

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertfünfunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 135

Donnerstag, den 15. Dezember 1949

V. Band

Geschäftliches Seite
368, 393, 418, 419

Berichtigung des Beschlusses des Ausschusses für den Staatshaushalt vom 14. Dezember 1949 zum Antrag der Staatsregierung, § 3 des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1949 vorweg in Kraft zu setzen (Beilage 3184).

Redner:

Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung] 368-369
Dr. Hundhammer (CSU) [z. Geschäftsordnung] 369
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] 369

Antrag der Abgeordneten Dr. Hundhammer und Genossen, Stod und Genossen und Bezold Otto und Genossen betreffend Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags — Erste und zweite Lesung 369—370

(Ohne Debatte.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1949 — Einzelplan VIII — (Beilage 3097) — Fortsetzung der Beratung.

Redner:

Dr. Franke (SPD) 370—373
Ortloff (CSU) 373—374

Berufung des Ministerialdirektors Dr. Konrad als Staatssekretär in das Staatsministerium der Justiz.

Redner:

Stod (SPD) 375

Vereidigung des neuernannten Staatssekretärs Dr. Konrad 375

Fortsetzung der Beratung über den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Beilage 3097).

Redner:

Krempf (CSU) 375—376
Maier Anton (CSU) 376—377
Widal (CSU) 378—379
Weidner (FDP) 380—381
Weiglein (CSU) 381—383
Riene (SPD) 383—386

Hagen Lorenz (SPD) 387—389
Schmidt Gottlieb (FDP) 389—391
Bachmann (CSU) 390
Behner (CSU) 392
Zillibiller (CSU) : 392—393
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . 393

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Staatsminister Dr. Schlögl 393—400

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt

a) zum Antrag der Staatsregierung auf Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen — Gesetz über Anleihen und Betriebsmittel des bayerischen Staates im Rechnungsjahr 1949 — (Beilagen 3184 und 3186) — Erste und zweite Lesung.

Redner:

Ortloff (CSU) [Berichterstatter] 405
Dr. Hundhammer (CSU) 405

b) zum Antrag der Abgeordneten Stod und Genossen betreffend Erhöhung des Entlassungsgeldes für Heimkehrer (Beilagen 3049 und 3183).

Redner:

Brechtel (CSU) [Berichterstatter] 406—407
Stod (SPD) 407
Staatssekretär Dr. Grieser 407—408
Staatsminister Dr. Kraus 408
Haas (SPD) 408

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 — Einzelplan VII — (Beilage 2773).

Redner:

Ortloff (CSU) [Berichterstatter] 409—410
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung] 409, 410
Zietzsch (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . 410
Dr. Hundhammer (CSU) [z. Geschäftsordnung] 410
Staatsminister Dr. Seidel 410
Dr. Hundhammer (CSU) 410

Seite

Mündliche Berichte des Ausschusses für Wirtschaft zu den Anträgen der Abgeordneten

- a) Piehler und Genossen betreffend **Verlängerung des Gesetzes zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft** (Beilagen 2996 und 3168);

Redner:

Zietzsch (SPD) [zur Geschäftsordnung]	411
Dr. Lacherbauer (CSU) [z. Geschäftsordnung]	411
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung]	411, 413
Piehler (SPD) [Berichterstatter]	411
Krempf (CSU)	411
Staatsminister Dr. Seidel	412, 413
Piehler (SPD)	412
Dr. Hundhammer (CSU)	413

(Der Antrag wird an den Ausschuß für Wirtschaft zurückverwiesen.)

- b) Dr. Hoegner und Genossen betreffend **Förderung des Absatzes einheimischer Aluminiumerzeugnisse** (Beilagen 2967 und 3169).

Redner:

Prüschent (CSU) [Berichterstatter]	413
------------------------------------	-----

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten

- a) Dr. Hoegner, Zietzsch und Genossen betreffend **vollständige Befreiung der Sozialrentner von der Leistung der Baunotabgabe**;
- b) Dr. Hoegner und Genossen betreffend **Wegfall der Baunotabgabe für Sozialrentner, die eine zusätzliche Wertrente beziehen**;
- c) Dr. Hille betreffend **Vorlage eines Gesetzesentwurfs über die Befreiung von der Entrichtung der Baunotabgabe für Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 3 000 DM** (Beilagen 3017, 2970, 2828 und 3164).

Hierzu **Beschluß** des Ausschusses für den Staatshaushalt betreffend Niederlegung einer klaren **Definition** über den Begriff der **Sozialrenten**.

Redner:

Dr. Winzler (CSU) [Berichterstatter]	414
Staatssekretär Dr. Müller	414—415
Dr. Hoegner (SPD)	415

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum **Entwurf eines Gesetzes über die Bereinigung von Kraftfahrzeugzuweisungen** (Beilagen 2696 und 3181).

Redner:

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]	415—416
--------------------------------------	---------

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeord-

Seite

neten Dr. Winzler und Genossen und Piehler und Genossen betreffend **Übernahme einer Staatsbürgerschaft für einen Überbrückungskredit an den bayerischen Flussspatbergbau** (Beilagen 3121 und 3165).

Redner:

Dr. Winzler (CSU) [Berichterstatter]	417
--------------------------------------	-----

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau zur Eingabe des Bayerischen Bauernverbandes in München betreffend **Aufhebung der Verfügungsbeschränkung für Werkwohnungen** — Nr. 8960 — (Beilage 3167).

Redner:

Krempf (CSU) [Berichterstatter]	417—418
Reiger (SPD)	418
Bickler (CSU)	418
Kraus (CSU) [zur Geschäftsordnung]	418

(Der Antrag wird an den Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau zurückverwiesen.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Michel und Genossen betreffend **Werkwohnungen für landwirtschaftliche Hilfskräfte** (Beilagen 2910 und 3170).

Redner:

Zietzsch (SPD) [zur Geschäftsordnung]	418
---------------------------------------	-----

(Der Antrag wird an den Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zurückverwiesen.)

Bemerkungen zur Festsetzung des Beginns der nächsten Sitzung und zur Anberaumung der nächsten Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt.

Redner:

Stoll (SPD) [zur Geschäftsordnung]	419
Dr. Hundhammer (CSU) [z. Geschäftsordnung]	419

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die Sitzung wird um 9 Uhr 15 Minuten durch den II. Vizepräsidenten K ü b l e r eröffnet.

II. Vizepräsident: Die 135. Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Dr. Baumgartner, Berger, Rupert, Brunner, Gentzner, Haaf, Hagen, Georg, Haußleiter, Dr. Horlacher, Huber, Sebastian, Kaiser, Kerner, Dr. Korff, Dr. Kroth, Lowig, Meigner, Michling, Dr. Müller, Nirschl, Pabstmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Rindt, Riß, Sauer.

Zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Hohes Haus! Der Haushaltsausschuß hat gestern vor lauter Eile, zu der dringend notwendigen weiteren geistigen Aufrüstung Bayerns zu kommen, einen Beschluß gefaßt, der vor dem Gesetz und

(Dr. Hoegner (SPD))

der Verfassung nicht standhalten kann und der deshalb berichtigt werden muß. Es handelt sich um den Antrag der bayerischen Staatsregierung an den Landtag, in dem es heißt:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen:

§ 3 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1949 wird in nachfolgender Fassung vorweg in Kraft gesetzt:

Meine Damen und Herren, wir können durch einen Beschluß nicht ein Gesetz in Kraft setzen, das erst künftig geschaffen werden soll!

(Dr. Hundhammer: Richtig! Das scheint unseren Kronjuristen im Haushaltsausschuß aber auch entgangen zu sein! — Heiterkeit.)

— Sie haben es aber nachträglich noch gemerkt, bevor es zu spät war, während es den anderen Herren bis jetzt offenbar entgangen ist.

Ich würde deshalb vorschlagen, den Antrag des Ausschusses folgendermaßen zu fassen:

Der Bayerische Landtag wolle folgendem Gesetzesentwurf seine Zustimmung erteilen:

(Dr. Hundhammer: Ja.)

Entwurf eines Gesetzes über Anlehen und Betriebsmittel des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1949.

§ 1

(1) Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt

Es folgt der Text, den wir beschlossen haben.

§ 2

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Dezember 1949 in Kraft.

Ich darf wohl annehmen, daß das hohe Haus gegen eine solche nur rein formelle Abänderung nichts einzuwenden hat, so daß wir nicht genötigt sind, deshalb nochmals den Haushaltsausschuß in Anspruch zu nehmen.

II. Vizepräsident: Zur Geschäftsordnung Herr Kollege Dr. Hundhammer!

(Zietsch: Nach der Sitzung ist man klüger! —

Dr. Stang: Ich habe es aber gestern ausdrücklich festgestellt!)

Dr. Hundhammer (CSU): Die vom Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner vorgeschlagene Änderung ist sachlich notwendig. Die Fraktion der CSU dankt für die Anregung und stimmt zu.

(Dr. Stang: Ich bitte ums Wort!)

II. Vizepräsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Ich möchte gegenüber den Ausführungen des sehr verehrten Herrn Kollegen Dr. Hoegner nur feststellen, daß ich als Vorsitzender des Haushaltsausschusses gestern ausdrücklich erklärt habe: Auch der neue Antrag muß in der Form eines Gesetzes beschlossen werden.

(Zietsch: Aber das ist nicht geschehen.)

Dr. Hoegner (SPD): Ich glaube, das haben die übrigen Mitglieder überhört; denn vor lauter vierter Landesuniversität war ihnen längst Hören und Sehen vergangen.

(Schallende Heiterkeit.)

Dr. Hundhammer (CSU): Ich glaube, diejenigen, denen das Hören und Sehen vergangen ist, sind auf der anderen Seite gesessen.

(Große Heiterkeit. — Stod: Das müssen wir erst abwarten! — Erneute Heiterkeit.)

Dr. Hoegner (SPD): — zum Abgeordneten Dr. Hundhammer gewandt —: In zwei Jahren werden Ihnen die Augen übergehen!

Dr. Hundhammer (CSU) — zum Abgeordneten Dr. Hoegner gewandt —: Aber vorerst sind Sie noch an der Angel, von der ich gestern gesprochen habe, hängen geblieben!

II. Vizepräsident: Das Haus nimmt von den Ausführungen Kenntnis. —

Die Berichterstattung und Abstimmung über Punkt 2 der Tagesordnung wird heute nachmittag erfolgen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Dr. Hundhammer und Genossen, Stod und Genossen und Bezold Otto und Genossen betreffend Gesetz über die Wandentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags.

Wird das Wort hierzu gewünscht? — Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und das Gesetz ohne Ausschußberatung zu verabschieden. Den Mitgliedern des hohen Hauses liegt der rotarisierte Abdruck vor. Ferner schlage ich dem Hause vor, auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht. Es ist so beschlossen.

Wir treten in die erste Lesung ein.

Ich eröffne die Aussprache. — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegt der verteilte rotarisierte Text zugrunde. Ich bitte diesen zur Hand zu nehmen.

Ich rufe auf: Art. 1. In Abs. 4 wirkt der erste Satz wegen seiner Länge unklar. Ich schlage daher dem Hause vor, aus dem einen Satz zwei Sätze zu machen und zu fügen:

Abgeordnete, die ihren Wohnsitz in einer Entfernung von 50 bis 200 Eisenbahnkilometern von München haben, erhalten einmal in der Woche das Sitzungsgeld auch für den der Sitzung vorausgehenden Tag.

Nun folgt der neue Satz:

Beträgt die Entfernung über 200 Eisenbahnkilometer, so wird auch für den auf eine der genannten Sitzungen folgenden Tag das Sitzungsgeld gewährt.

Der übrige Teil des Abs. 4 bleibt unverändert.

(II. Vizepräsident)

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 1 mit der von mir bekanntgegebenen redaktionellen Änderung des Abs. 4 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Art. 2. — Es erfolgt kein Widerspruch. Er ist angenommen.

Art. 3. — Es erfolgt kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Art. 4. — Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Art. 5. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die Art. 5 die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 6. — Ohne Widerspruch angenommen.

Art. 7. — Es erfolgt kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Art. 8. — Da kein Widerspruch erfolgt, ist auch dieser Artikel angenommen.

Art. 9. — Ohne Widerspruch angenommen.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dabei liegt der Text der Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf: Art. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. —

Ich stelle fest, daß die einzelnen Artikel auch in der zweiten Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. Aus dem Hause erfolgt kein Widerspruch; ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke Ihnen und stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Der Titel lautet:

Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VIII) — Beilage 3097 —.

Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Franke; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Franke (SPD): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Am gestrigen Tag haben gewissermaßen die engeren Fachleute gesprochen und vielleicht sieht es etwas vermessen aus, wenn ich als Nichtlandwirt nun auch meine Meinung zu gewissen Fragen, die hier angeschnitten wurden, sagen möchte. Aber so wahr Industrie und Landwirtschaft immer eng miteinander verbunden bleiben werden, wie ich stets wieder betone, so sehe ich darin auch eine entsprechende Berechtigung, mich zu diesen Dingen zu äußern.

Die Ausführungen unseres Herrn Landwirtschaftsministers und vor allem die Diskussion selber haben in klarer Einmütigkeit ergeben, daß man sich über die wahre wirtschaftliche Lage, in der wir uns befinden, keinerlei Täuschung hingibt. Der Anblick der vollen Läden ist bestimmt noch kein Ausdruck einer gesunden Wirtschaft. Ich möchte nicht so weit gehen, das schöne Lied aus der Operette Willköfers zu zitieren:

Ich seh' den Fall, vom Reichtum keine Spur,

Ich seh' den Fall, 's wär' all' dies Schwindel nur!
Aber sicher ist eines: Es gibt nicht gar so viele, die diese schönen Dinge kaufen können. Wer sie allerdings kaufen kann, für den bedeuten sie eine bemerkenswerte Realität.

Jedenfalls muß, gerade auch nach gewissen Kämpfen, die hinter uns liegen, betont werden, daß das, was wir heute als wirtschaftsoptisches Bild vor uns sehen, nicht das Ergebnis einer realen freien Wirtschaft gewesen ist. So sehr wir die Tatsache als solche dankbar begrüßen wollen, müssen wir uns doch immer wieder darüber klar sein, daß nach all dem Blutverlust das stolende Herz unserer Wirtschaft im Augenblick nur durch die Adrenalininjizze des Marshallplans in Gang gehalten wird. Die einzige echte Realität, die uns geblieben ist und die unser Leben bedeutet, sind die Reste unserer Industrie und unserer Landwirtschaft. Sie bleiben auf Leben und Tod miteinander gekoppelt; denn keiner der beiden Zweige wäre allein in der Lage, uns von sich aus zu ernähren.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Verzeihen Sie mir, wenn ich noch einen Vergleich ziehe! Wir gleichen dem Mann im Brunnen aus der schönen Parabel: „Es ging ein Mann im Syrerland“. An den Wurzeln unseres letzten Haltes nagen die Mäuse. Die Wurzel, an der wir uns noch halten, ist eben der Rest der uns verbliebenen Produktionsmittel, und die Mäuse, die daran nagen, heißen auch heute noch Demontage und ständige Zuwanderung von Osten her.

Und sehen Sie, deswegen — wir wollen jetzt ganz auf den landwirtschaftlichen Sektor umschalten — kommt es, wie wir schon gesehen haben, natürlich darauf an, dem Boden abzurufen, was er hergeben kann. Aber es ist uns auch klargemacht worden, daß selbst die beste Bewirtschaftung und der äußerste Fleiß der den Boden Bearbeitenden nicht ausreichen, wenn wir dem Boden nicht wieder jene Düngemittel zuführen in der Lage sind, die er braucht, um eben wieder Nahrung abgeben zu können. Und da muß ich in Bezug auf die Demontagen, die ja nicht nur unsere Industrie, sondern auch unsere Landwirtschaft bedrohen, einmal zittern, was gestern in den Demontagespalten, möchte ich sagen, des „Münchner Merkur“ stand, und hier nur in den Überschriften. Erste über-

(Dr. Franke (SPD))

chrift: „Frieden — aber kein Friedensvertrag“; zweite Überschrift: „Löging-Demontage gefährdet Erfolg des Marshall-Plans für Deutschland“; dritte Überschrift: „Brot aus der Luft wird demontiert — Abbau der Badischen Anilin- und Sodafabrik bedeutet Hunger für 15 Millionen Menschen“! Das alles in einer einzigen Morgenzeitung.

Es ist also klar: Wir stehen diesen Dingen anscheinend noch machtlos gegenüber. Für mich würde es allerdings zum Beginn eines wirklichen Friedens gehören, daß man uns auch hier entgegenkäme. Nehmen wir einmal an, alle diese Demontagen werden wirklich vollzogen, dann bleibt unserer armen Landwirtschaft nur übrig, sich umzusehen, woher sie sonst Düngemittel bekommen kann. Ich will nur einen Punkt herausgreifen.

Ich habe schon vor zwei Jahren einmal für den sehr aner kennenswerten Herrn Proschwitz und seine Abwässer düngung gesprochen. Ich weiß nicht, ob dieser Mann, der sich seit zwei Jahren in wirklich, ich möchte sagen, fast erschütternder Weise für seine Erkenntnisse einsetzt, in ausreichendem Maße ernst genommen worden ist. Das kann ich nicht beurteilen. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß man auf diesem Gebiet alles versuchen sollte, was möglich ist.

Nun, es gibt auch hintergründige Feinde dieser Art der Abwässer düngung. Man beruft sich dabei auf den ästhetischen, den hygienischen und den wirtschaftlichen Standpunkt. Ich erinnere an das berühmte Schlagwort der Kurzschluß düngung, nämlich daß es nicht richtig sei, menschliche Nahrung unmittelbar aus, sagen wir, einer Düngung mit menschlichen Fäkalien zu ziehen. Vielleicht wird es Sie doch interessieren, wie sich beispielsweise die Amerikaner dazu einstellen. Als ich seinerzeit auch einmal versuchte, mit einer amerikanischen Behörde über die Freigabe von Gärten zu verhandeln, sagte zu mir der Governor: Wir würden ja die Gärten schon in größerem Maße freigeben, wenn die Deutschen nicht die ekelhafte Eigenschaft hätten, aus ihren Gruben und mit ihren Fäkalien die Gärten zu düngen! Also das bekannte Odeln. Immerhin nicht uninteressant. Auf der anderen Seite — zu einer Entscheidung über diese Fragen wollen wir ja hier nicht kommen, aber sie sollen diskutiert werden — möchte ich doch darauf hinweisen, daß ein Land diese Kurzschluß düngung — um sie so zu bezeichnen — in allerhöchstem Maße betreibt, nämlich China. China ist doch wohl das Land, das der Welt zeigt, wie man unter halbwegs normalen Umständen, wenn nicht gerade Dauerkrieg ist, auf allerengstem, auf unglaublich engem Raum miteinander leben und wohnen kann. Selbst die Toten wohnen ja gewissermaßen noch mit im Haus. Da hat mir ein Missionar etwas Interessantes und Nettes darüber erzählt, wie hoch der Wert dieser Art von Düngung dort eingeschätzt wird. Vielleicht ist es etwas — sagen wir einmal — prekär, darüber zu sprechen; aber es ist tatsächlich so, daß die verschiedenen Gärtnereien dort Orte aufgebaut haben, wohin sich das Publikum einfach begeben kann, und wer dort gewesen ist, bekommt als Entgelt ein Bündel Moorrüben.

Ich wollte damit nur folgendes feststellen: Wenn ein hohes Kulturvolk wie die Chinesen den Wert der menschlichen Düngung in dieser Weise erkannt hat,

dann sollten wir es doch wirklich auch nicht versäumen, die Dinge vom wissenschaftlichen Standpunkt so weit zu treiben, wie es im Verein mit der notwendigen Hygiene und Ästhetik möglich ist.

(Zustimmender Zuruf von der CSU.)

Diese Frage der Düngung bezieht sich nun nicht nur auf unseren Ackerboden; sondern ich komme hier, mit der Natur durch die Jagd besonders verbunden, zur Frage des Waldes. Ich entledge mich bei dieser Gelegenheit eines mir von einem Forstmann erteilten Auftrags, der darauf hinweist, wie ungeheuer wichtig es doch ist, daß dem Wald auch die nötige Düngung zugeführt wird, wenn er wachsen soll. Ich will mich dabei nicht in Forstangelegenheiten im eigentlichen Sinne einmischen und mich auch nicht bei unseren Bauern unbeliebt machen, die zur Zeit noch auf diese Waldstreu angewiesen sind. Aber allmählich muß betont werden, daß es der Wald auf die Dauer nicht erträgt — sehen Sie sich nur die halbwüsten Wälder in der Nähe von Erlangen an! —, wenn dauernd das Fallaub, der Nadelabfall und überhaupt der gesamte Waldboden weggerissen und zur Düngung verwendet wird. Irgend etwas muß hier zur Abhilfe geschehen. Auch Gartenbauwirtschaftler haben mir gesagt — ich kann hier ja nur auf Grund von Informationen sprechen, aber wir haben ja alle die Pflicht, uns Informationen geben zu lassen —, daß auch der Unkrautverbreitung durch eine solche Art der Bewirtschaftung und Düngung sehr weitgehend Vorschub geleistet wird. Aber das wäre nur eine sekundäre Frage.

Viel wichtiger ist es, daß wir nicht versteppen, und da muß ich Ihnen sagen: Kommen Sie einmal in die „Wüste Gobi“ bei Erlangen, wo die Bäume fortgenommen und die Stöcke alle ausgerodet sind und wo der schiere Sand steht! Und dann bringe man das Kunststück fertig, dort nach den neuesten Erkenntnissen der Forstwirtschaft einen Mischwald anzulegen, wie er anscheinend einzig und allein die Zukunft unserer Forstwirtschaft insgesamt sichern soll!

Wichtig ist es vor allen Dingen gerade bei dieser Austrocknung und Ausdörrung, ja fast Verstepfung des Waldes, sich auch über die klimatischen Verhältnisse im klaren zu sein. Wir wissen durchaus, daß es ein Mikro-Klima gibt. In diesen Dingen rede ich nun etwas als Fachmann. Wir wissen, daß es geradezu erstaunlich ist, welche Unterschiede es da zwischen zwei Dörfern geben kann. Ich erinnere mich, daß es in der Heide an einer bestimmten Stelle nicht regnete, während an einer anderen Stelle die Gewitter dauernd herunterkamen, nach der Melodie: Wo noch etwas ist, kommt noch etwas hin! Dort herrschte nämlich jene Luftfeuchtigkeit über dem Wald- und Moorboden, die eben die Kondenskeime bildete —

(Donsberger: Das sind die Gewitterlöcher!)

— Sowohl. Und wenn wir nach Rußland hinübersehen, so sehen wir, daß dort auf dem Gebiet der Agrarkultur sehr viel geschieht und sehr großzügig geplant wird. Die Voraussetzung für jede Bodenkultur und jeden Getreidebau ist zweifellos die Nachbarschaft eines gesunden Waldbestandes.

Nun möchte ich hier etwas vielleicht Phantastisches sagen. Ich bin weder Dominik noch Jules Verne; aber ich möchte hier immerhin ein Bedenken offen aussprechen, indem ich auf die Atomversuche hinweise.

(Dr. Franke [SPD])

Das meine ich ganz allgemein. Wir wissen, daß man versucht hat, das Wetter physikalisch zu beeinflussen. Denken Sie an die Versuche in den Alpen oder hier in dieser Gegend, wo man auch früher schon einmal ernsthaft mit Wetterkanöchen geschossen hat, um Gewitter zu zerstreuen oder Regen herbeizuziehen, je nachdem wie man es brauchte!

(Dr. Hundhammer: Oder Wetterläuten!)

Stellen Sie sich vor, welche lächerliche Energieladung so ein puziges Kanöchen enthält — und das sollte wirken! Vielleicht hat es gewirkt, ich weiß es nicht.

Denken Sie weiter daran, daß man in Amerika, mit ein paar Kilogramm fester Kohlenäure durch die Luft fahrend, ganze Niederschläge erzeugt hat und daß das sogar so weit geht, daß sich die Juristen bereits überlegt haben, ob es zulässig ist, daß sich eine Landschaft mit Hilfe der Kohlenäure schon vorher eine Wolke herunterregnet, die von Natur aus für die dahinter liegende Landschaft bestimmt war.

(Zurufe.)

Nun, meine Herren, was geschieht aber bei einer Atomexplosion? Über die dann frei werdenden Energien wollen wir gar nicht reden. Es werden außerdem ungeheure elektrische Ladungen frei, die sich der Atmosphäre mitteilen. Wir wissen, daß elektrische Ladungen immer Kondensationskerne sind. Das beginnt schon in der Wilsonschen Nebelkammer, in der wir sehen, daß dort, wo ein Elektron entlanggeht, sich bereits sichtbare Nebeltropfen bilden, wenn eine Sättigung der darin befindlichen Atmosphäre vorhanden ist. Es ist durchaus keine phantastische Frage, daß sich riesige Kondensationsatmosphären nach der erfolgten ungeheueren Explosion der Atombombe bilden, die, wenn die Versuche über dem Wasser stattfinden, vielleicht bewirken, daß der dort aufsteigende Wasserdunst schon vorher niederkommt. Dadurch, daß die Atomknallerei jetzt bereits jenseits des Ural in größerem Stile begonnen hat, sind solche Störungsmöglichkeiten auch in unsere unmittelbare Nähe gerückt. Ich spreche jetzt hier einmal aus dem offenen Fenster, selbst auf die Gefahr hin, lächerlich zu erscheinen, aber es sollte sich tatsächlich zumindest die internationale Wissenschaft, die sich allein die Atomexperimente reserviert hat — wir dürfen ja nicht mit-tun —, auch darüber Gedanken machen, ob man nicht tatsächlich auch atmosphärische Störungen hervorrufen kann, die weltweite Wirkungen auslösen. Die Verantwortung jener Physiker ist ungeheuer, darüber wollen wir uns klar sein. Ein Teil der Theoretiker sagte, es könne nichts passieren, der andere Teil der Theoretiker meinte aber, es sei nicht ganz sicher, ob nicht die ganze Erde zu einer Nova in die Luft fliegt, bevor das erste Experiment vorüber ist. Wie wir gesehen haben, ist das Experiment noch einmal gut abgelaufen. Ich glaube aber, diejenigen, die diese Experimente ausführen, haben die Pflicht, jede Wirkung zu berücksichtigen, und wir wissen nicht, wie ungeheuer sie sein kann.

Im Hinblick auf die Wissenschaft möchte ich noch ein weiteres sagen. Es ist davon gesprochen worden, daß wir Sch u l u n g, Schulung und noch einmal Schulung brauchen. Ich halte sie für den Arbeiter der Industrie genau so notwendig wie für die Arbeitskräfte der Landwirtschaft. Vielleicht ist sogar in der Landwirtschaft auf

allen Gebieten mehr getan worden als, sagen wir einmal, für die Arbeiterschaft. Das will ich hier nicht zur Diskussion stellen. Es ist gerade auch in Anwesenheit des Herrn Landwirtschaftsministers davon die Rede gewesen, daß er für die Schulen schließlich Geld brauche, wenn er sie in dem Umfang betreiben wolle, wie sie geplant sind. Vielleicht darf ich dazu die Anregung geben, daß sich der Herr Landwirtschaftsminister in diesem Falle einmal mit dem Herrn Kultusminister bespricht, wenn er Schulen dieser Art gründen will und dafür Geld braucht.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Sehr gut!)

Wenn dieser nämlich für fünf Universitäten Geld hat, wird es vielleicht auch noch für einige landwirtschaftliche Schulen reichen.

(Heiterkeit. — Sehr gut! — Dr. Hundhammer:

Wir scheint, der Landwirtschaftsminister kann mit seinen Mitteln an sich schon etwas großzügiger sein als der Kultusminister!)

Ein weiterer Kontakt zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte nicht nur über die Wissenschaft und die von mir erwähnte Art der Düngerproduktion hergestellt werden, sondern auch über den Maschinen-sektor. Zu diesem Punkt ist wirklich etwas sehr Bemerkenswertes gesagt worden. Jedermann ist der Überzeugung, daß die Traktoren zum halben Preise geliefert werden könnten und daß niemals eine Panne eintreten würde, wenn es sich um einheitliche Typen handelte. Ich bedauere nicht, daß dieser Krieg verloren gegangen ist, ich bedauere nur, wie jeder von Ihnen, daß er begonnen hat. Wir wollen uns aber darüber im klaren sein, daß er zum Teil dadurch verloren gegangen ist, daß unsere Maschinen völlig uneinheitlich waren, ob es nun die Sanitätsgeräte, die Röntengeräte mit ihren fünf bis sieben Typen oder die Transportgeräte waren. Die Amerikaner hatten alles von vornherein so vorbereitet, daß zum Beispiel bei den Jeeps, die praktisch den Krieg mitgewonnen haben, ein Teil mit dem anderen vertauscht werden konnte. Wenn wir den Krieg gegen Hunger und Not gewinnen wollen, dann müssen wir uns auch landwirtschaftliche Jeeps in dem Sinne bauen, daß man alle Teile gegeneinander auswechseln kann. Dazu ist es notwendig, daß sich das Können aller in einer höchsten Leistung konzentriert. Ein Staatspreis von 10 Millionen D-Mark wäre für diesen Zweck nicht zu viel.

(Sehr gut!)

Sie werden mir nun sagen, daß in diesem Gedanken schon wieder eine Planung liege. Ich will hier nicht eine Diskussion über die Zwangswirtschaft und die damit zusammenhängenden wirklich ungerechten Parolen zur Frage der notwendigen Planung, der Genossenschaften und dergleichen heraufbeschwören. Wenn aber unser lieber Freund Weingierl bei der letzten Diskussion festgestellt hat, daß die Sozialdemokratie den Bauern bereits wieder sehr weit entgegengekommen sei, so daß sie eigentlich schon mehr für die Regierung spreche als — verzeihen Sie, ich glaube — die ganze CSU, dann möchte ich darauf erwidern, daß man auch ungefähr sagen kann: Die Bauern sind mit ihren Erkenntnissen auch sehr weitgehend zu uns herübergekommen. Es ist nur zu begrüßen, wenn sich z. B. der Gewerkschaftsführer — in diesem Sinne überhaupt der Vertreter des werkschaffenden Volkes, nicht von Par-

(Dr. Franke [SPD])

teilen — mit dem Landwirtschaftsminister oder dem Bauernführer unterhält. Dann sollten gewisse Stimmen schweigen, die immer gleich fürchten, das wäre der Anfang vom Bolschewismus. Planung ist noch lange nicht Anfang vom Bolschewismus. Aber daß wir da auf breiter Linie arbeiten müssen, da nur vereint auch die Schwachen mächtig sind, das ist doch eine Lehre, die allgemein anzuerkennen ist. In diesem Sinne will ich sagen: Wenn früher einmal hier der Arbeiter und dort der schaffende Bauer gestanden hat — These und Antithese —, dann wäre es im Interesse der Theorie wie der Praxis das einzig Richtige, daß wir eben zur Synthese kommen, zur Zusammenarbeit, die sich hier wenigstens willensmäßig aus den Diskussionen bereits ergeben hat.

Ich war neulich in Bonn und hörte dort, wie ein Amerikaner sagte: Ich fürchte, meine Herren, im Jahre 1952 werden Sie wieder Mais ins Brot backen müssen. — Wir sehen also — und damit komme ich zum Anfang meiner Ausführungen zurück —: Jeder von uns ist sich dieser kommenden Gefahr bewußt. Aber wir dürfen aus dem, was der Herr Landwirtschaftsminister ausgeführt hat, entnehmen, daß wirklich Planung und Wille dahin gehen, es richtig zu machen. Und wir alle wollen helfen!

(Allgemeiner Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Abgeordneter Dr. Klopff.

Dr. Klopff (CSU): Mitglieder des Bayerischen Landtags! Mein Herr Vorredner hat in ausgezeichnete Weise darauf hingewiesen, wie unbedingt notwendig die landwirtschaftliche Ausbildung ist. Er hat — wohl mit einem kleinen Seitenhieb auf den gestrigen Beschluß des Haushaltsausschusses — davon gesprochen, daß, wenn man für eine fünfte Universität Geld habe, — wobei ich bemerken darf, daß es ja erst die vierte Landesuniversität ist —,

(Dr. Franke: Es war mit Absicht „fünf“ gesagt!)

man auch für die Landwirtschaftsschulen Geld haben müsse. Ich darf erklären: Wenn die Bevölkerung überall so opferfreudig wäre wie in den Städten Regensburg und Bamberg, wo sie durch eigene Opfer das hingestellt hat, was heute zu sehen ist, dann hätten wir bereits in jedem Landkreis eine Landwirtschaftsschule.

(Stoß: Ich dachte, eine Universität! — Heiterkeit.)

Nun ist auch davon gesprochen worden, daß die Berufsschule für die Landwirtschaft unter allen Umständen besser ausgebaut werden müßte. Das Problem der Berufsschule ist so wichtig, daß wir uns darüber kurz unterhalten müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Berufsschule mit dem Berufsschullehrer steht oder fällt. Es geht nicht an, daß sich der Berufsschullehrer seine Kenntnisse für die landwirtschaftliche Berufsschule durch ein kurzes Studium aneignet, sondern der landwirtschaftliche Berufsschullehrer muß nach meiner Auffassung in erster Linie Praktiker sein. Dieser Praktiker muß selbstverständlich eine solche pädagogische Schulung besitzen, daß er den Voraussetzungen entspricht, die ein Berufsschullehrer erfüllen muß.

(Sehr richtig!)

Der landwirtschaftliche Berufsschullehrer wäre auch der gegebene Mann, bereits in die Seelen der Kinder die Liebe zur Scholle und die Liebe zum landwirtschaftlichen Beruf einzupflanzen.

(Sehr richtig!)

Damit könnte der erste Schritt getan werden, um die Landwirtschaft zu bekämpfen.

(Sehr gut!)

Wenn ich bedenke — wir haben prominente Vertreter des Bergarbeiterstandes hier —, daß sich der so schwere Beruf des Bergarbeiters Generationen um Generationen in der Familie vererbt, so müßte es dem Berufsschullehrer auch gelingen, die Liebe zur Scholle und die Liebe zum landwirtschaftlichen Berufsstand in die Seele der Schüler zu pflanzen.

Aber nicht nur das! Der landwirtschaftliche Berufsschullehrer muß auch das Vertrauen der Erziehungsberechtigten besitzen. Wenn er dieses Vertrauen hat, wird es so kommen, daß der Bauer sagt: Du, mein lieber Sohn, morgen mußt du in die Berufsschule; geh hin und lerne was! Es wäre furchtbar, wenn der Bauer sagen würde: Morgen ist Berufsschule; leider Gottes muß ich dich hinschicken; notwendiger wäre, wenn du mir im Hof helfen würdest!

Es ist dann auch sehr viel von der Flurbereinigung gesprochen worden. Ich möchte nun nicht die Flurbereinigung als solche behandeln; das geschah bereits. Das Wort wurde aber auch nach der Richtung gebraucht, daß eine gewisse Flurbereinigung zwischen den Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums und den Kompetenzen des Kultusministeriums durchgeführt werden möchte. Dieser Gedanke wurde bei der Beratung des Landwirtschaftsetats deshalb in die Debatte geworfen, weil wir im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ wiederholt lesen konnten, daß die Landwirtschaftsschulen unter einem falschen Ministerium stünden. Die einschlägigen Forderungen des Bauernverbandes wurden im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ wiederholt in dieser Weise besprochen. Ich möchte hier bloß der Bitte Ausdruck geben, daß die berechtigten Wünsche des Landwirtschaftsministeriums und die berechtigten Wünsche des Kultusministeriums auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, um so zum Wohle der Landwirtschaft Erfüllung finden zu können. Ich habe es sehr bedauert, daß während der langen Beratungen, die mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt wurden und stärkster Anteilnahme und Mitarbeit begegneten, die Vertreter oder die Schriftleiter des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“ in den Haushaltsausschüssen nicht erschienen sind.

(Hört, hört!)

Ich stelle mich hier auf den Standpunkt, daß das Organ der Landwirtschaft wohl das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ ist. Wenn dieses Organ, das doch fast in jedem Bauernhof zu finden ist, es nicht einmal der Mühe wert findet, zur Beantwortung der Fragen, die die Landwirtschaft betreffen, einen eigenen Vertreter ins Parlament zu entsenden, so bedauere ich das im Interesse der Landwirtschaft.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ verfolgt haben, dann konnten Sie feststellen, daß über diese langen Verhandlungen des Landwirtschaftsausschusses

(Ortloff [CSU])

und des Haushaltsausschusses nur ganz kurze Berichte darin enthalten waren, gezeichnet mit BLD, Bayerischer Landtagsdienst — nicht daß man meinen könnte, Bayerischer Landwirtschaftsdienst! Hier müßte eingesetzt werden.

Noch mehr bedauere ich, daß dieses „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ zum Schlusse der Beratungen einen Artikel bringt mit der Überschrift: „Auch der Landtag rührt sich“.

(Zurufe: Unerhört!)

Das muß ich mit aller Energie zurückweisen. Es geht nicht an, daß im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ bloß Opposition gegen die Regierung und gegen das Parlament getrieben wird. Es muß so sein, daß auch das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ befriedigende Kritik übt.

(Kurz: Da sind eben entsprechende Kräfte drin; das ist sehr einfach!)

Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß die Zusammenarbeit zwischen der Presse und dem Parlament eine andere werden muß, wenn wir einen demokratischen Staat aufbauen wollen.

Wenn wir nun von den Landwirtschaftsschulen sprechen, so bedenken Sie — ich halte es für notwendig, das zum Ausdruck zu bringen —, daß ja mit der Abschlußprüfung die Tätigkeit dieser Schulen eigentlich nicht beendet ist. Alle Absolventen, die eine Landwirtschaftsschule oder eine Kreisackerbauschule absolviert haben, schließen sich zu dem Verband der Landwirtschaftsschüler zusammen. Dieser Verband der Landwirtschaftsschüler stellt draußen die Pioniere für die Landwirtschaft. Ich möchte also hier auch die Bitte zum Ausdruck bringen, daß der Verband der Landwirtschaftsschüler die entsprechende Förderung seitens des Staates beziehungsweise des Ministeriums in der Weise erfährt, daß man ihn in seinen berechtigten, nur auf Hebung und Förderung der Landwirtschaft abzielenden Forderungen entsprechend unterstützt.

Ich möchte heute auch einmal den Gedanken anregen, ob es nicht zweckmäßig wäre, verdienten Landwirten, die sich für die Allgemeinheit eingesetzt haben, wieder eine Auszeichnung zu geben, wie wir das früher auch getan haben. Ich könnte mir vorstellen, daß wir dadurch viele Leute dafür gewinnen könnten, sich für die Landwirtschaft auch weiterhin restlos einzusetzen.

Eine Frage, deren Besprechung hier auch notwendig ist, ist die: Was hilft alle Schulbildung, was hilft der eiserne Wille, die Landwirtschaft zu heben und zu fördern, wenn wir nicht auch daran gehen, es den Landwirten möglich zu machen, das zu tun? Ich erinnere daran, daß allein in meinem Stimmkreis Parsberg heute noch eine Fläche von 10 000 Hektar oder 30 000 Tagwerk fast völlig unbenutzt liegt, die einst bester landwirtschaftlicher Grund war, die aber nun während des zwölfjährigen Nazireichs zu Truppenübungsplätzen herangezogen wurde. Hier müssen alle Mittel eingesetzt werden, um diese Fläche wieder der allgemeinen Volksernährung nutzbar zu machen.

Dann denken Sie daran, daß wir fast nicht in der Lage sind, den tatsächlichen Forderungen, die an einen intensiven Betrieb gestellt werden, nachzu-

kommen, weil wir in einem großen Teil unseres bayerischen Vaterlandes, wenn eine kleine Trockenperiode kommt, nicht einmal das Vieh ausreichend tränken können, weil wir eben nicht genügend Wasser haben. Wenn der Landwirt im Winter bei Frost und im Sommer, wenn er die Gespanne zur Einführung der Ernte benötigt, 15 Kilometer fahren muß, um ein Odeßfaß voll Wasser herbeizuschaffen, so ist es bestimmt notwendig, hier einzugreifen, um diesen Übelständen abzuwehren und baldigst zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich mich aber einer Ehrenpflicht entledigen und daran erinnern, daß auch den landwirtschaftlichen Arbeitern und den Landwirten selbst der Dank dafür gebührt, daß sie auch in der schwersten Zeit standgehalten und mitgeholfen haben, alles zu tun, um — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nach besten Kräften die Ernährungswirtschaft durchzuführen.

Ich möchte aber auch dem Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, unserem Kollegen Kiene, den Dank und die Anerkennung zum Ausdruck bringen.

(Allgemeiner Beifall.)

Herr Kollege Kiene ist nicht Landwirt, aber ich habe festgestellt, daß er, obwohl er nicht Landwirt ist, den Auschuß so vorzüglich leitet, daß man ihm dafür bestimmt den Dank und die Anerkennung aussprechen kann.

(Zietsch: Bravo!)

Im Hinblick auf die Arbeit, die der Haushaltsauschuß geleistet hat, möchte ich gegenüber dem Einwurf, das Parlament bestehe aus zu wenig Landwirten, folgendes sagen: Nach meiner Auffassung hätte ein besserer Landwirtschaftsetat nicht verabschiedet werden können, auch wenn das Parlament aus 180 Bauern bestanden hätte.

(Hört, hört! links. — Sehr richtig! bei der CSU.)

Das will ich klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Die Arbeiten des Haushaltsausschusses im Verein mit denen des Landwirtschaftsausschusses haben ergeben, daß auf allen Seiten der eiserne Wille zum Aufbau besteht. Wenn dieser eiserne Wille Gemeingut aller wird, dann ist bestimmt die Hoffnung berechtigt, daß auch uns über dem in der Ferne leuchtenden Weihnachtsbaum wieder die Morgenröte einer besseren Zukunft erstrahlen wird. Das wolle Gott!

(Beifall rechts und in der Mitte.)

II. Vizepräsident: Ich habe dem Hause ein persönliches Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu bringen:

An den Präsidenten des Bayerischen Landtags
Herrn Dr. Michael Horlacher
München.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beabsichtige, den Ministerialdirektor im bayerischen Justizministerium, Herrn Dr. Anton Konrad, als Staatssekretär in das Staatsministerium der Justiz zu berufen. Ich bitte Sie, die gemäß Art. 45 der Bayerischen Verfassung erforderliche Zustimmung des Bayerischen Landtags herbeiführen zu wollen.

(II. Vizepräsident)

Falls diese Zustimmung erteilt wird, ersuche ich gleichzeitig, den neuberufenen Staatssekretär gemäß Art. 56 auf die Verfassung zu vereidigen.

In vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Hans Ehard

Bayrischer Ministerpräsident.

Ich bitte das hohe Haus, wenn es dazu willens ist, der Berufung zuzustimmen.

(Stoß: Ich bitte ums Wort!)

— Herr Abgeordneter Stoß!

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Der Ministerialdirektor Dr. Konrad ist auch meiner Fraktion kein Unbekannter. Auch meine Fraktion weiß, was Ministerialdirektor Dr. Konrad am Aufbau des Justizministeriums und der Justiz in Bayern geleistet hat. Wir wünschen nur, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Konrad als Staatssekretär genau so unparteiisch seines Amtes walten möge, wie er das als Ministerialdirektor getan hat.

Meine Fraktion stimmt deshalb dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten zu.

II. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Ich lasse über die Berufung abstimmen und bitte diejenigen Mitglieder des Hauses sich vom Platz zu erheben, die mit dem Vorschlag einverstanden sind. — Ich danke Ihnen und konstatiere die einstimmige Zustimmung des Hauses.

Ich bitte nun Herrn Staatssekretär Dr. Konrad, vorzutreten.

(Staatssekretär Dr. Konrad begibt sich zum Präsidenten.)

Herr Staatssekretär Dr. Konrad! Wenn Sie bereit sind, das verantwortungsvolle Amt des Staatssekretärs im Justizministerium zu übernehmen, dann wollen Sie mir bitte den Eid auf die Verfassung nachsprechen!

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Bitte, erheben Sie die Hand und sprechen Sie mir nach:

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe!

(Staatssekretär Dr. Konrad spricht die Eidesformel nach.)

Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär, und wünsche Ihnen, daß Sie Ihres verantwortungsvollen Amtes recht erfolgreich walten.

Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter K rem p l.

Krempl (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, hohes Haus! Die bisherige Debatte zum Etat des Landwirtschaftsministeriums ist im großen und ganzen mehr wie eine akademische Diskussion verlaufen. Man ist meines Erachtens viel zu wenig auf das negative Vorbringen gegenüber dem Ministerium eingegangen, daß heißt auf das, was man im Volk spricht. Es bestünde auch seitens der Bauern die Pflicht, die Angriffe anlässlich einer solchen Aussprache zurückzuweisen.

Ich habe es dieser Tage in einem Laden erlebt, wo ich mir etwas kaufte, daß eine Frau sagte: „Der g'hört auf ein Brettl nauf und g'schnellt!“ Darauf habe ich vor den Leuten gefragt: „Haben Sie das vom Jahr 1933 bis zum Jahr 1944 auch gesagt?“ Die Antwort war: „Nein!“ Ich erklärte dann — die Frau wollte nämlich Eier kaufen —: „Wissen Sie auch, daß uns in dieser Zeit, vom Jahr 1933 bis zum Jahr 1944, die Einfuhr aus allen Ländern abgeschnitten wurde, von denen wir früher Eier bezogen haben? Wir bekommen heute kein Ei aus Jugoslawien und kein Ei aus anderen Ländern, die Überfluß an Eiern haben.“ Es ist Tatsache, daß beispielsweise gerade der Eierpreis der Bevölkerung weh tut. Aber es gibt auch Bauern, wenigstens in unserer Gegend — das muß ich mit Stolz sagen —, bei denen man jetzt trotz der Winterszeit Eier zu einem Preis von 20 bis 25 Pfennigen das Stück bekommt. Wir haben schon Bauern, die auch über ihren eigenen Gartenzaun hinausgehen und die Not der Bevölkerung kennen. Ich habe diesen Leuten im Laden dann auch gesagt: Ihr schimpft und denkt nicht daran, wie es vor einigen Jahren war, wie vor einigen Jahren die Leute noch angestanden sind, während man heute alles bekommt! Ich habe weiter auf die Tatsache hingewiesen: Bringen nicht die Bäuerinnen heute schon Gänse, Butter und derartige Dinge in die Stadt herein und betteln, daß man sie ihnen abkauft? Soweit sind wir durch eine gewisse Wirtschaft gekommen. 13 Jahre mußten die Leute schweigen, sie sagten nichts und jetzt reden sie zu viel und kritisieren alles.

Ich darf noch auf einen Wunsch eingehen, bevor ich zu meinem eigentlichen Anliegen komme. Ich möchte das Landwirtschaftsministerium bitten, daß in der Abteilung Forsten — mein Freund, Kollege Ortloff, hat schon darauf hingewiesen — in Bezug auf die Anliegerbauern um Hohenfels herum etwas geschieht, damit diese Bauern wieder zufrieden werden. Denn es war nicht recht, daß man ihnen zwangsweise ihre Wälder, die sie für ihre Bauernhöfe brauchen, weggenommen hat und sie ihnen jetzt auf die Dauer wegnehmen will. Man muß diese Bauernhöfe dadurch wirtschaftsfähig erhalten, daß man den Betreffenden entgegenkommt und ihnen die weggenommenen Grundstücke durch Kauf oder Tausch wieder zurückgibt.

Nun muß ich auf den Hauptpunkt kurz eingehen. Ich habe bereits gesagt, man habe viel zu akademisch gesprochen und sei nicht auf die negative Seite eingegangen. Ich muß leider im Namen des Berufsstandes, den ich vertrete, auch eine negative Seite berühren. Von Bohnenstraße, Amberg, Nabburg, Roding, von überallher werde ich antelefoniert: Ja, Abgeordnete, seid ihr noch Abgeordnete? Wir zahlen Steuern, damit diejenigen, die diese Steuern empfangen, unsere Existenz vernichten! Ja, Abgeordnete, wissen Sie denn nicht, daß jetzt gerade in der ärmsten Gegend Bayerns, in der Oberpfalz, ungefähr 40 bis 50 Verkaufsstellen eingerichtet worden sind? Freilich weiß ich das. Ich habe alles getan, um diese Verkaufsstellen wieder abzustoppen. Das Landwirtschaftsministerium, der Ministerrat, so sage ich den Leuten, haben einstimmig dagegen Stellung genommen. Der Landwirtschaftsminister hat einen Befehl herausgegeben, worin das Verbot einer Zusammenarbeit zwischen der Organisation „Steffen“ und der Organisation „Soziales Hilfswerk Bayern“ lag. Es ist alles geschehen; ich bin

(Krempf [CSU])

ohnmächtig, ich kann nichts mehr dagegen tun. — Weiter sagt man mir: Ja, wissen Sie denn nicht, daß die Verkaufsstellen 225 000 DM erhalten haben aus den Geldern, die wir als Steuern aufbringen, damit sie uns umbringen, damit sie unsere Existenz vernichten? Wenn man diese 225 000 DM den Geschäften in der Oberpfalz gibt und sie auf die Konsumvereine und auf die wichtigen Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte verteilt, dann können diese noch billiger verkaufen als diese neuen Verkaufsstellen! Es ist nicht so einfach für uns, draußen als Mittelstandsvertreter aufzutreten, wenn wir sehen müssen, daß eine Organisation gegen den Willen der Staatsregierung, gegen den Willen auch

(Kurz: des Untersuchungsausschusses!)

— des Untersuchungsausschusses und gegen alle Machtmittel des Staates, mit denen man sich sonst noch durchsetzen kann, 225 000 DM an solche Verkaufsstellen in Waren hingibt. Da kann man dann leicht sagen: Wir verkaufen das Pfund Zucker um 50 Pfennig. Die anderen müssen es um 60 Pfennig verkaufen. Es ist Tatsache, daß der Zuckerpreis vom Staat normiert, also festgesetzt ist. Diese Organisation verkauft aber den Zucker reklameweise um 50 Pfennig je Pfund. Ich muß sagen, es gibt Ortschaften, wo jetzt bei der unlauteren Reklame mit diesen Mitteln normale Geschäfte, auch Konsumvereinsläden um 50, 60 Prozent — ich weiß den Zuckerpreis augenblicklich nicht genau — im Umsatz zurückgegangen sind.

(Zuruf links: Ich habe Zucker in den Schaufenstern in München für 1,60 DM ausgestellt gesehen! — Herr Kollege, sagen Sie es doch genau: Wer hat die 225 000 DM gegeben?)

— Die 225 000 DM hat die Organisation Stefan trotz Verbots an das Soziale Hilfswerk Bayern gegeben. Wenn die anderen Geschäfte 225 000 DM bekommen, können sie auch schleudern.

(Zuruf rechts: In Waren oder in bar?)

— In Waren, unverzinslich.

(Zuruf: Das ist immer das gleiche!)

60 000 DM sind bis jetzt wieder zurückbezahlt. So geht es nicht. Sowohl das Landwirtschaftsministerium wie das Finanzministerium müssen hier eingreifen; denn hier geht es tatsächlich um den Schutz des § 153 der Bayerischen Verfassung. Man fragte mich am Telefon: Ist denn dieser § 153 der Bayerischen Verfassung bloß eine Beschwichtigungsspielle für gewisse Kreise gewesen? Hat man dabei nichts gedacht? Dazu habe ich gesagt: Fahren Sie nach München und lesen Sie das Protokoll; darin steht genau, warum dieser § 153 geschaffen wurde! Ich erinnere in den Versammlungen, wenn ich angekräht werde, immer daran, daß seinerzeit sogar Herr Staatsrat Dr. Hoegner diesen Art. 153 der Verfassung ganz besonders begründet hat. Auch die Sozialdemokratie hat da also mitgemacht. Nun aber stehen wir als Landtag hier und müssen zusehen, wie da verfahren wird, als ob überhaupt kein Landtag und keine Staatsregierung vorhanden wäre! Man tut, was man will, und wir werden nach der Seite noch schlimmere Dinge erleben. Wir können uns diesen großen Beamtenapparat auf die Dauer nicht leisten, wir werden aber sehen, daß sich diese Leute auf Grund der Beziehungen, die sie im Ministerium angeknüpft

haben, doch so quasi wieder Beamtenstellen suchen werden. Wenn das auf ehrlichem Wege geschieht, habe ich ja nichts dagegen, wenn es aber mit unlauteren Mitteln gemacht wird, dann müssen wir dagegen ankämpfen.

Einen Gedanken muß ich noch zum Ausdruck bringen. Es wäre nach meiner Ansicht eine große Gefahr, wenn man Verkaufsstellen für Leute bis zu einem Einkommen von 200 DM einrichten würde. Was für ein Unsinn! Oder wenn man Verkaufsstellen für die Flüchtlinge einrichten würde!

(Zuruf von der SPD: Warum denn? — Haas:

Leben Sie einmal von 200 DM im Monat, dann werden Sie bald merken, daß die Leute gern um einige Pfennige billiger kaufen!)

— Ich glaube nicht, daß die Lebensmittel um einige Pfennige billiger verkauft werden können.

(Zuruf von der CSU: Warum macht der Konsum das nicht?)

— Ja, das macht der Konsum nicht und das kann auch die Edeka nicht machen. Bedenken Sie doch, daß auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels große Einkaufsorganisationen bestehen, die mit eigenen Fabriken ausgerüstet sind, die also so billig arbeiten, wie es überhaupt geht! Wir dürfen da nicht dahin kommen wie die Frau, die, wie ich vorhin erzählt habe, erklärt hat, weil die Eier nicht billiger werden: „Die gehören g'schnell!“ Man muß das, was man sagt, auch verantworten können.

Ich möchte also das Staatsministerium nur bitten, für Gerechtigkeit auf diesem Gebiet zu sorgen und darauf hinzuwirken, daß die 225 000 DM zum mindesten zurückbezahlt und dann meinetwegen armen Flüchtlingen in bar zur Verfügung gestellt oder für den sozialen Wohnungsbau verwendet werden, und zwar auf dem Gebiete der Landwirtschaft.

(Weidner: Sehr gut!)

Auf diese Weise könnte man Frieden in die Bevölkerung hineinbringen und vermeiden, daß sie aufgespalten wird.

(Beifall bei der CSU und FPV.)

II. Vizepräsident: Bevor wir in der Debatte weiterfahren, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß noch 9 Redner zum Wort gemeldet sind. Außerdem wird auch noch der Herr Minister sprechen. Wenn wir so weitermachen, werden wir in Zeitnot geraten; denn es muß ja doch auch noch der Etat des Wirtschaftsministeriums erledigt werden. Morgen nachmittag soll aber der Landtag an der Feier im Lager Dachau teilnehmen, so daß dann also nur noch der Freitagvormittag zur Verfügung steht. Ich bitte daher die Redner, sich möglichst kurz zu fassen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Maier Anton.

Maier Anton (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich sehr lange rede; ich habe das wirklich nicht im Sinn. Zu einem Punkt möchte ich aber doch bei der Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums das Wort ergreifen. Es wird sehr viel geklagt über die Bürokratie, und ich möchte dazu einen kurzen Beitrag geben. Früher gab es die Wirtschaftsverbände, den Getreide-, den Milch-, den Fett-, den Viehwirt-

(Maier Anton [CSU])

schaftsverband usw. Was ist aus diesen Wirtschaftsverbänden geworden? Sie wurden Abteilungen im Landwirtschaftsministerium. Sie wurden also aufgelöst und sind doch im gleichen Augenblick wieder neu entstanden. Jetzt sollen diese Abteilungen im Landwirtschaftsministerium abgebaut werden, und nun hören wir schon, daß sie Beratungsstellen werden sollen. Die Ernährungsämter A sollen Beratungsstellen werden, und was aus den Ernährungsämtern B wird, wissen wir nicht.

(Wimmer: Gar nichts, weil sie gemeindlich sind! Wir lösen sie auf, sobald wir können.)

— Herr Kollege Wimmer, ich bin überzeugt, daß man auch da etwas findet, um diese Leute wieder unterzubringen.

(Wimmer: Froh sind wir, wenn wir nichts mehr davon wissen!)

— Freilich wären wir sehr froh! Wenn ich aber heute höre, Herr Kollege Wimmer, daß in dieser Stunde draußen noch die vom Ministerium geschickten Prüfer herumgehen, um den Markenrücklauf zu überwachen, dann kann ich wirklich keine Worte mehr finden für eine derartige Verschleuderung von Mitteln.

(Bodesheim: Das ist Ihr Ministerium!)

Nachdem wir bisher nur Lob gehört haben, darf ich vielleicht auch einmal ein Wort der Kritik sagen, nachdem wir doch hier frei reden dürfen. Am Haushaltsplan des Landwirtschaftsministeriums ist zwar schon sehr viel abgestrichen worden, ich bin aber der Auffassung, es könnte noch viel mehr abgestrichen werden.

(Gehring: Nein!)

— Es kann noch viel mehr abgestrichen werden, Herr Kollege Gehring! Wenn man heute noch in diesem Umfange Lebensmittelfarten druckt, an die sich kein Mensch mehr hält, dann ist das hinausgeworfenes Geld. (Sehr richtig!)

Nun hat der Herr Minister erklärt, diese Lebensmittelfarten seien gewissermaßen Verbilligungsscheine. Da bitte ich aber dann den Herrn Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft, dafür zu sorgen, daß nur die Leute die Verbilligungsscheine bekommen, die wirklich darauf angewiesen sind, so daß man nicht Tausende und Hunderttausende — ich bin selbst Drucker — für das Papier und den Druck der Lebensmittelfarten unnötig hinauswerfen muß. Wenn ich ein solcher Prüfer wäre und hinausgeschickt würde, wüßte ich nicht, wie ich mich verhalten müßte bei einem solchen Unsinn. — Entschuldigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck! Es ist niemand getroffen, aber der Begriff, nicht die Unordnung ist ein Unsinn, ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen, und diesen Unsinn kann ich eben nicht mitmachen. Ich möchte jedenfalls nicht in der Lage dieser Prüfer sein, die etwas derartiges durchführen müssen. Wenn solche Aufträge erteilt werden, dann muß man sich schon fragen: Gibt es wirklich keine besseren Aufgaben? Sie können dann auch die Anforderungen an die Qualität dieser Prüfer nicht allzu hoch stellen, denn Sie geben ihnen Aufgaben, die Sie selbst innerlich ablehnen müssen.

Nachdem wir ziemlich am Schluß der Zwangswirtschaft stehen, richte ich eine Bitte an das Ministerium und an die zuständigen Referenten. Ich glaube, es wäre

doch gut, wenn einmal nach dieser Richtung am Schluß auch eine kleine Gewissenserforschung stattfinden würde, die auf die Frage abgestellt sein müßte: Haben wir unsere Aufgabe erfüllt, haben wir immer die richtigen Leute hinausgeschickt, um die Bauern und das Volk zu traktieren, oder haben wir Leute hinausgeschickt, die alles andere als Menschen sind, zu denen man Vertrauen haben kann? Meine Damen und Herren! Ich will nicht in Einzelheiten eingehen, obwohl ich Namen nennen könnte von Herren, die vor Jahren Männer und Familien unglücklich gemacht haben und heute noch in der Prüfstelle tätig sind.

(Hört!)

In einem Fall ist ein Mann 19 Tage unschuldig im Gefängnis gesessen. Der Herr Prüfer, der heute noch im Dienst steht, hat verlangt, daß der Mann verhaftet wird. Der Landesprüfer des Landesernährungsamtes hat dem Mann einige Strang Wolle weggenommen und bei ihm ein paar Pfund Kaffee gefunden. Deswegen hat man ihn ins Gefängnis gesperrt und drei Wochen lang behalten. Der Prüfer, der dies veranlaßt hat und nicht bloß in einem Einzelfall, sondern in mehreren Fällen — ich könnte das nachweisen, aber der Hinweis möge genügen —, sitzt heute noch im Ministerium und prüft heute noch, wird also heute noch losgelassen. Nach meiner Auffassung muß man hier wohl eine dringende Gewissenserforschung anstellen und eine Besserung und eine Abkehr von derartigen Dingen ermöglichen. Ich habe mich mündlich mit dem zuständigen Herrn Referenten eingehend darüber unterhalten.

Nach meiner Überzeugung kann im Landwirtschaftsministerium noch viel gespart werden, auch bezüglich dessen, was bereits genehmigt ist. Ich bitte den Herrn Staatsminister, dafür zu sorgen, daß gespart wird und daß die Ersparnisse für die Bildung des Volkes und für den sozialen Wohnungsbau verwendet und auch für den Aufbau der Universitäten, der Kliniken usw. zur Verfügung gestellt werden. Ich bin überzeugt, daß noch Mittel freigemacht werden können und daß das auch in Zukunft möglich sein wird.

Zum Schluß noch ein Wunsch! Es wird viel gesprochen von der Not der Landwirtschaft, von der Dienstbotennot usw. Sorgen Sie dafür, Herr Staatsminister, daß unsere Bauern von der Kontrolle, von der Überwachung freigemacht werden.

(Zuruf von der CSU: Ist schon lange der Fall!)

Bitte, es wird doch noch überwacht. Das ist mir gestern erst gesagt worden, daß die Biehirtschaft noch überwacht wird und die Getreidebewirtschaftung noch vorhanden ist. Dazu noch etwas anderes! Heute wird der Bauer in der Frage der Wohnungen sehr schwer überwacht und kontrolliert. Gehen Sie hinaus und schauen Sie die Wohnungen in den niederbayerischen Bauernhöfen an und beobachten Sie, wie dort die Massen zusammengedrängt sind und überfluten! Erst vor einigen Tagen ist ein Bauer aus seinem Schlafzimmer, in dem er schon 30 Jahre gewesen ist, mit Polizeigewalt herausgeworfen worden, um Flüchtlinge unterzubringen. Nach meiner Auffassung muß der Bauer frei sein und sich wohl fühlen können, er soll nicht als Mann zweiter Klasse behandelt werden. Wer vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein arbeitet, muß den notwendigen Schutz und die notwendige Freiheit haben.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **B i d a l**.

Bidal (CSU): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es klingt eigentlich komisch, daß anlässlich des Oktoberfestes 1949 in der gesamten Presse so wenig über die Landwirtschaft zu vernehmen war, und es klingt noch komischer, daß gerade jetzt bei der Beratung des Landwirtschaftsetats die Zuhörer und die Presse so schwach vertreten sind. Solche Dinge wirken deshalb so komisch, weil man heute allzu oft die Landwirtschaft kritisiert, sich aber um Dinge, die die Landwirtschaft und die Allgemeinheit stark angehen, zu wenig kümmert. Das muß auch hier in diesem hohen Hause festgestellt werden.

Wir alle erinnern uns an die Zeit vor 12 Monaten, vor 18 Monaten. Wir alle wissen, wie damals die Dinge hier in München, in den Großstädten und im allgemeinen ausfielen. Der Hunger war damals nur allzuoft Gast. Wir haben häufig die Frage gestellt, wie es wohl noch kommen wird. Meine Damen und Herren, Gott sei Dank ist es anders gekommen, als zu befürchten war. Und warum ist es so rasch anders gekommen?

(Weidner: Ausländische Hilfe!)

Nur deshalb, weil die Initiative der Landwirtschaft nie versagt hat! Das glaube ich hier in diesem hohen Hause sagen zu müssen. Die Privatinitiative der einzelnen draußen — ganz egal, ob es sich um Besitzer oder landwirtschaftliche Dienstboten handelt — hat nie versagt, und gerade von den zwei hier besonders wichtigen Gruppen, nämlich den Landwirtschastlichen Dienstboten und den Bäuerinnen, wird in der Allgemeinheit zu wenig gesprochen. Man debattiert hier über Stellenvermittlungen, Kunstdünger, Maschinenbenutzung usw. Alles recht und gut! Aber gerade über die intern entscheidenden Fragen spricht man zu wenig.

Es wird z. B. immer wieder die Frage der Landflucht behandelt. Die Landflucht hält an, ja, sie wächst von Tag zu Tag. Sie wuchs sogar im Herbst, was wir in früheren Jahrzehnten um diese Jahreszeit nie beobachten konnten. Sogar jetzt, kurz vor Weihnachten, hält die Landflucht an. Worin liegt die Ursache? Ist es immer die Bezahlung? Nein, es ist ein rein psychologischer Grund, der darauf beruht, daß eine gewisse geistige Diffamierung des landwirtschaftlichen Berufsstandes leider Gottes allzuoft festzustellen ist. Das ist eine Hauptursache. Diese geistige Diffamierung muß aufhören. Besonders sollte sie in einem Lande wie Bayern, das man als einen Agrarstaat bezeichnen muß und kann, nicht zu finden sein.

(Haas: Bessere Schulen auf dem Lande!)

— Bessere Schulen auf dem Lande, Herr Kollege: Jawohl! Man hat über diese Frage schon sehr viel debattiert. Diese besseren Schulen auf dem Lande kann man nicht aus dem Boden stampfen; man muß vor allem zuerst das notwendige Lehrer- und Lehrmaterial haben.

(Hemmersbach: Warum denn nicht?)

— Wir werden Jahrzehnte brauchen, bis wir so weit sind.

(Haas: Wir haben es ja auch für die Universitäten; wir werden es auch hier aufbringen!)

— Um über diese Fragen zu reden, muß man das Praktische und das Geistige zusammenfassen. Wir können ohne das praktische Element keine Landwirtschaftsschule aufbauen, und es fehlt hier noch sehr vieles. Das muß festgestellt werden.

Wenn man diese geistige Diffamierung, von der ich gesprochen habe, heute draußen, hauptsächlich auf Bahnfahrten nur allzuoft feststellen muß, so ist das ein bedauerlicher Zustand, und wenn man sich hierüber, ganz gleichgültig ob mit einem Schweizer, einem Amerikaner oder einem Franzosen, unterhält und feststellen muß, daß in deren Ländern in dieser Frage ein ganz anderer Geist lebendig ist wie bei uns, so ist das um so bedauerlicher, nachdem immer betont wird, daß wir nie in der Lage sein werden, unsere gesamte Ernährung selbst aufzubringen. Sorgen wir an allen Stellen dafür, daß diese Dinge sich wenden!

Ich würde es von meiner Person aus am liebsten sehen, wenn Stadt und Land immer mehr verwachsen, wie sich einmal der Herr Oberbürgermeister von München so vortrefflich ausgedrückt hat. Das können wir vielleicht am besten bewerkstelligen, wenn wir der Landwirtschaft auch zu einer entsprechenden Existenz verhelfen. Wir müssen es erreichen, daß die bäuerliche Tätigkeit tatsächlich zu einer freien Existenz führt und man nicht mehr darüber zu debattieren braucht, daß sich die Frage der Existenz in der Landwirtschaft über Generationen erstreckt, das heißt, daß Generationen beteiligt sein müssen, bis hier einmal eine dauernde Existenz gesichert ist.

Wie sieht es da aus? Wir begegnen hier gerade in den heutigen Übergangsverhältnissen draußen in der Landwirtschaft einem Dschungel. Herr Landwirtschaftsminister, überlegen wir einmal: In der Landwirtschaft sind heute Verhältnisse vorhanden, bei denen einen das Grauen überkommen könnte. Zum Beispiel werden uns die Verhältnisse in Bezug auf die Übergabe wohl noch schweres Kopferbrechen machen. Zum größten Teil ist heute der Altbauer mit seinen 70, 80 und mehr Jahren noch im Besitz des Hofes; der junge Bauer, der eigentlich schon als solcher tätig ist, ist nicht in der Lage, diesen Besitz zu übernehmen, eine gewichtige Abfindung zu zahlen usw. Wenn Sie sich hierüber einmal mit den zuständigen Notariaten unterhalten, werden Sie über diese Mißstände nähere Erfahrungen sammeln. Ich möchte von dieser Stelle aus das Landwirtschaftsministerium ersuchen, vielleicht einmal nähere Auskünfte darüber einzuholen. Ich glaube, daß sich dann auch das Landwirtschaftsministerium als solches diesen Überlegungen nicht entziehen kann.

Meine Damen und Herren! Es ist auch viel über die Flurbereinigung gesprochen worden. Gerade diese Flurbereinigung, die wir neben der geistigen Flurbereinigung absolut notwendig brauchen, wird vielleicht noch manchen Staub aufwirbeln. Ich selbst bin heute 50 Jahre alt. Bevor ich auf die Welt kam, hat in meiner Gemeinde die Flurbereinigung begonnen, und heute ist sie leider Gottes noch nicht beendet. Wie kann das sein? Hier liegen allerdings besondere Umstände vor. Aber ich bin deshalb manchmal skeptisch, wenn die Ansicht vertreten wird, daß man die Flurbereinigung so aus dem Handgelenk heraus abwickeln könnte. Eine Flurbereinigung kann ja nur vorgenommen werden, wenn zugleich auch die nötige Entwässerung und vielleicht auch Bewässerung mit durchgeführt wird. Es handelt sich dabei

(Vidal (CSU))

auch um die Anlage eines Straßennekes, und in Verbindung mit der Anlage des Straßennekes kommt selbstverständlich auch die Schaffung einer dementsprechenden Graben- und Entwässerungsanlage in Betracht. Es kann vielleicht möglich sein, daß in verschiedenen Gebieten — ich denke an Mainfranken usw. — die Dinge etwas anders liegen. Aber wenn wir Gegenstände wie die Oberpfalz usw. betrachten, so wird dieses Problem nicht allzu leicht zu meistern sein. Aber wir setzen unsere Hoffnung auf das Landwirtschaftsministerium. Vielleicht wäre es gut, wenn die notwendigen Vorarbeiten in den Dörfern draußen baldigst vorgenommen würden. Es erweist sich nämlich meistens nicht als richtig, die Anträge rein theoretisch vom grünen Tisch aus zu betrachten und zu bearbeiten und dann auf einmal mit dem Ergebnis in die Praxis hinauszustürmen. Daraus entstehen häufig Folgen, die die Flurbereinigung bei der Landwirtschaft in starken Mißkredit bringen.

Ich möchte auch noch kurz an einen Satz aus der Etablierte des Herrn Ministers bezüglich der Landwirtschaft erinnern. Er hat davon gesprochen, daß es gelungen sei, hauptsächlich in den staatlichen Forsten den Borkenkäfer zu vernichten und daß auch in den Privatwäldern dasselbe erreicht werden müßte. Demgegenüber muß ich erwähnen, die Ausbreitung des unheilvollen Borkenkäfers war nicht durch die Privatwäldungen verursacht, sondern leider Gottes durch die Staatswäldungen. Ich möchte hier nicht die Beamten angreifen, sondern feststellen, daß es an den Umständen lag. Meistens waren die Munitionsanstalten die Ursache; denn im Jahre 1944 durfte kein Forstbeamter mehr im Bereich dieser Anstalten seine Tätigkeit ausüben und damals, das steht einwandfrei fest, ist der Borkenkäfer bereits in rauen Mengen aufgetreten. Es gelang im Jahre 1945, als alles drunter und drüber ging, nicht mehr, hier Abhilfe zu schaffen. Als weiterer schädlicher Umstand kam die trockene Witterung hinzu, auch im Jahre 1946, und heute müssen wir leider feststellen, daß Tausende von Hektar vernichtet sind, was bei einigermaßen verantwortlicher Pflege nicht hätte vorkommen können. Jedenfalls muß ich hier ausdrücklich anführen, daß nicht die Privatwäldungen schuld sind oder doch nur da und dort; denn es steht fest, daß in den Privatwäldungen der Borkenkäfer in dieser Art und Weise zu allerletzt aufgetreten ist und meistens nur da, wo eine Privatwaldung als Randwaldung an den Staatswald anstieß.

Ich möchte dann noch auf ein Kapitel zu sprechen kommen, das sicherlich uns alle berührt. Es betrifft das landwirtschaftliche Versicherungswesen. Auch hier muß einmal eine allgemeine Flurbereinigung durchgeführt werden. Wie liegen hier die Dinge? Häufig ist es so, daß ein ehemaliger landwirtschaftlicher Diensthilfe, der vielleicht später einmal ein kleineres Anwesen bekommen konnte, heute im Genuß einer Sozialversicherung ist. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß alle jene Personen, die ehemals Besitzer eines landwirtschaftlichen Anwesens waren und infolge Kinderlosigkeit usw. dieses Anwesens abgaben, um von ihrer Rente zu leben, heute nicht einmal im Genuß einer Versicherung sind und vielleicht als die Ärmsten der Armen bezeichnet werden müssen. Das muß leider allzu-

oft beobachtet werden und das kann mir wohl auch niemand in diesem Hause bestreiten. Deshalb glaube ich, daß es vielleicht auch für das Landwirtschaftsministerium gut wäre, wenn wir uns einmal über die Frage des Versicherungswesens innerhalb der Landwirtschaft ein wenig unterhalten würden.

Auch auf die Hagelversicherung muß die Besprechung ausgedehnt werden. Ich wollte seinerzeit einmal einen Antrag stellen betreffend die Übernahme einer Staatsbürgerschaft für die Bayerische Versicherungskammer, Abteilung Hagelversicherung. Ich habe damals infolge der Währungsumstellung usw. davon Abstand genommen. Dank der Güte des Himmels konnte die Abteilung Hagelversicherung gewissermaßen wieder einen Reservestock bilden. Auf der anderen Seite ist aber dieser Reservestock noch nicht ausreichend, um der Landwirtschaft eine Versicherung bieten zu können, die in der Lage ist, mit festen Prämienätzen aufzuwarten. Hoffen wir, daß sich die Verhältnisse für die Bayerische Versicherungskammer — Abteilung Hagelversicherung — auch im Jahre 1950 wieder so günstig gestalten mögen wie im Jahre 1949!

Auch die Baunotabgabe möchte ich noch kurz streifen. Gerade die Baunotabgabe wirbelt — neben dem Rentenbankzins — bei uns im Schwäbischen draußen, die wir uns gewissermaßen als Grenzler bezeichnen müssen, wohl am meisten Staub auf.

(Zietsch: Das ist aber eine recht angenehme Grenze, Herr Kollege!)

— Sowohl, Herr Kollege, es ist eine angenehme Grenze, das Land Württemberg erhebt nämlich keine Baunotabgabe und baut trotzdem.

(Zietsch: Gut, gut! — Zuruf von der SPD: Württemberg hat eine größere Steuerkraft.)

— Nicht mehr Steuerkraft! Geben Sie heute von Bayern ein Drittel der Ärmsten der Armen ab und schaffen Sie hier einen gerechten Ausgleich, dann werden wir die gleiche Steuerkraft besitzen wie Württemberg! Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich kenne die Struktur in Württemberg ganz genau. — Wegen der Baunotabgabe darf ich nur das eine sagen: Wir haben — wenigstens in meinem Landkreis — sehr viele Anwesen, die dem Zerfall nahe sind und bereits vor 10, 12 und 15 Jahren von den Baukommissionen abgeschrieben wurden. Vielleicht wäre es gut, wenn man mit Hilfe der Versicherungskammer, Abteilung Brandversicherung, einen Artikel einbauen oder ein Gesetz ausarbeiten könnte, wonach es — vielleicht nicht jetzt, aber später — möglich wäre, wie in der Schweiz mit billigen Versicherungsgeldern diese Anwesen, die heute bereits dem Zerfall nahe sind, wieder herzurichten. Vielleicht können wir, Herr Landwirtschaftsminister, über diese Frage einmal diskutieren.

Meine Damen und Herren! Um die Aussprache nicht allzusehr auszuweiten, möchte ich nur noch die Bitte stellen: Halten wir alle zusammen, die wir uns in diesem Hause befinden! Ich weiß, daß uns in dieser Richtung auch mit der Opposition eine große Freundschaft verbindet, wie es uns Kollege Maag gestern so vortrefflich dargelegt hat. Zeigen Sie bitte Verständnis für unsere bayerische Landwirtschaft, damit diese jederzeit in der Lage ist, „die Liebe, die durch den Magen geht“ aufrechtzuerhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Weidner**.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Seien Sie bitte nicht beunruhigt; ich werde mich recht kurz fassen!

(Bravo! — Zietsch: Wir sind durchaus geneigt, Ihnen zuzuhören!)

— Das ist sehr freundlich von Ihnen. Meine Damen und Herren! Wenn ich als Flüchtling jetzt einmal besonders der Flüchtlinge aus dem landwirtschaftlichen Sektor gedenke, so werden Sie das verstehen. Das trübste Flüchtlingslos hat die Bauern aus dem Osten, aus dem Südosten Europas getroffen. Sie wissen, daß es einfach unmöglich ist, allen diesen Flüchtlingen wieder zu Eigentum und Boden zu verhelfen. Aber, meine Damen und Herren, haben wir auf diesem Gebiete vielleicht nicht doch etwas verabsäumt? Sie erinnern sich, daß im Sommer dieses Jahres der damalige Gouverneur von Wagoner selbst eingegriffen hat, um die Bodenreform und die Siedlungsfrage besonders zugunsten der Flüchtlinge vorwärtzutreiben. Er ist damals sogar so weit gegangen, daß er einen Termin festsetzte, zu dem ihm positive Vorschläge auf diesem Gebiete gemacht werden sollten.

(Zurufe links.)

— Ich spreche jetzt als Flüchtling. Dieser Eingriff hat bei den Flüchtlingen naturgemäß die Meinung hervorgerufen, daß hier mehr geschehen kann, als tatsächlich geschehen ist. Ich habe in der Rede des Herrn Ministers gerne gehört, daß er das Land Bayern auf diesem Gebiet als vorbildlich für ganz Westdeutschland bezeichnet. Mir liegt aber eine Zeitungsnotiz „Schleppende Landzuteilung in Bayern — Flüchtlinge benachteiligt“ aus der „Neuen Zeitung“ vor. Den letzten Punkt überlasse ich dem Herrn Landwirtschaftsminister zur Nachprüfung, möchte aber dazu doch einen Satz vorlesen. Es heißt dort, daß bei den Siedlerstellen die Flüchtlinge der Zahl nach mit 32 Prozent, der Fläche nach mit 37 Prozent berücksichtigt würden. Die Flüchtlinge sind aber tatsächlich mit nur 22 Prozent berücksichtigt. Wenn diese Ziffern richtig sind, dann wäre allerdings die von mir erwähnte Behauptung des Herrn Ministers Dr. Schlögl, daß Bayern auf diesem Gebiet vorbildlich sei, unrichtig. Vielleicht nimmt der Herr Minister noch irgendwie Stellung zu diesem Problem, das im Lande naturgemäß stark beachtet wird.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß ich kein Landwirt bin. Ich möchte aber die Frage der Arrondierung noch kurz ansprechen. Über diese Frage ist im hohen Hause inzwischen genug gesprochen worden. Ich möchte Ihnen aber einmal einige Vergleichsziffern nennen, wie in Bayern und in den anderen westdeutschen Ländern dieses Problem inzwischen vorwärtgetrieben worden ist. Auf diesem Gebiet steht nämlich Bayern weitaus an letzter Stelle. Bei einer gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von 4 620 000 Hektar müssen nach einer hier vorliegenden Zeitungsnotiz in Bayern noch 3 280 000 Hektar arrondiert werden. Wie sieht es damit in anderen Ländern aus? Hessen hat bei 1 Million Hektar noch 250 000 Hektar, Schleswig-Holstein bei 1 273 000 Hektar nur noch 176 000 Hektar zu arrondieren. Ungefähr ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den anderen Ländern. Ich sagte schon vor-

hin, daß ich kein Landwirt bin. Ich kann also diese Frage nicht nachprüfen. Wenn dem aber so ist, dann soll sich, bitte, die bayerische Landwirtschaft und auch das bayerische Landwirtschaftsministerium an die Brust schlagen, denn hier und in allererster Linie hier können wir unsere Produktion in befriedigender Weise vorwärtstreiben.

Ich habe vorhin vergessen, zu unterstreichen, was Kollege Maag gestern so geschickt gesagt hat. Er sagte, im Etat seien zur Errichtung von Neusiedlerstellen 6 500 000 DM eingesetzt; er befürchte aber, daß dieser Betrag nicht ganz Verwendung finden werde. Dieselbe Befürchtung hege ich auch. Deshalb möchte ich den Herrn Minister bitten, gerade diese Frage intensiv vorwärtzutreiben; denn alle die Flüchtlinge, die früher in der Landwirtschaft tätig waren, sehen ja gerade auf den Fortschritt dieser Frage.

Nur noch einige andere kleine Punkte: Vorgestern stand in der „Süddeutschen Zeitung“, der Herr Minister lasse nur noch zwei Sorten Brot zu; das Mischbrot gebe es nicht mehr. — Ich bin allerdings der Auffassung, daß das schon ein Eingriff in die private Sphäre des einzelnen ist. Vorhin ist hier von verschiedenen Seiten mit Recht betont worden, daß wir ja eine Zwangswirtschaft nicht mehr haben. Wenn es also notwendig ist, auf diesem Gebiet einzugreifen, dann bin ich allerdings der Ansicht, daß das in anderer Form geschehen müßte. Dabei erinnere ich mich aus früheren Jahrzehnten, daß wir seinerzeit in Preußen in einer ähnlichen Lage waren. Damals wurde eine lebhaft und immer wieder auftretende Propaganda zugunsten des Verbrauchs von Roggenbrot entfaltet — und, meine Damen und Herren, sie hat Erfolg gehabt. Sie werden beispielsweise bei den Flüchtlingen eine große Neigung für den Verbrauch von Roggenbrot finden. Es ist vielleicht der überwiegende Teil der ostdeutschen Flüchtlinge, der in der Hauptsache Roggenbrot dem Weizenbrot unter allen Umständen vorzieht.

(Zuruf von der CSU: Hoppla!)

Ich möchte dann Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen anderen Punkt lenken, den die Herren Landwirte in diesem Hause vielleicht werden unterstreichen können. Wäre es nicht richtig gewesen, wenn der Bayerische Bauernverband seinerzeit seine Mitteilungen, daß wir vor Erhöhungen des Weizenpreises stehen, rechtzeitig unterlassen hätte? Diese Mitteilungen haben nämlich dazu geführt, daß, wie man mir berichtet hat, die Mühlen praktisch keinen Weizen mehr bekommen haben, oder wenn sie einheimischen Weizen erhielten, so haben sie eben höhere Preise dafür zahlen müssen, das heißt sie mußten sich bei ihren Dispositionen von vornherein auf die Möglichkeit einer Preiserhöhung einstellen. Inwieweit dabei das bayerische Landwirtschaftsministerium etwa den Bayerischen Bauernverband unterstützt hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Meine Damen und Herren, nur noch ein Wort zu dem sozialen Hilfswerk, das der Herr Kollege Krempf vorhin erwähnt hat. Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus betont vor all diesen sogenannten sozialen Hilfswerken gewarnt, die ja nicht neu sind. Sie sind auch nach dem ersten Weltkrieg in großem Umfang aufgetreten. Damals war es so, daß diese Institutionen reiflos pleite gegangen sind, als sie dem freien Wettbewerb ausgesetzt waren. Wir haben hier im Hause eine

(Weidner [FDP])

Sachverständige auf dem Gebiet des Lebensmitteleinzelhandels, nämlich die Frau Kollegin Gröber. Was sie mir sagte, nämlich, daß es auf dem Gebiet des Lebensmitteleinzelhandels unmöglich sei, große Gewinne einzubeimsen, kann ich vollständig unterschreiben; denn der Lebensmitteleinzelhandel arbeitet mit den geringsten Gewinnspannen.

(Lachen links.)

— Meine Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, daß es so ist. Wenn Sie etwas anderes sagen, so ist das wahrscheinlich — ich wage das hier zu behaupten — auf Unwissenheit zurückzuführen. Ich bin ganz fest überzeugt, daß das, was mir Frau Kollegin Gröber sagte, richtig ist.

(Haas: Glücklicherweise können wir auch rechnen!

— Hagen Lorenz: Und der Geldschrank!)

— Herr Kollege, Sie haben bei einem Lebensmittel-einzelhändler noch keinen Geldschrank gesehen.

(Zuruf von der SPD: O doch! — Schauen Sie sich die Ausstattung bei Dallmayer an!)

Ich möchte also davor warnen, all diese Hilfswerte in besonderer Weise zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Herunter mit dem Preis, dann brauchen wir keine Hilfswerte!)

Diese sind doch ein wirtschaftlicher Widersinn. In dem Augenblick, wo sich der freie Wettbewerb mit allen Phasen wirtschaftlicher Notwendigkeiten entwickelt, werden diese Institutionen versagen. Beweis: Die Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg!

Borhin ist hier auch die Beamtenfrage im Rahmen des Landwirtschaftsministeriums gestreift worden. Meine Damen und Herren, ich glaube, mir hierzu weitere Ausführungen ersparen zu können. Ich habe so am Rande Kenntnis bekommen von der Tätigkeit des Unterausschusses, der sich hier mit gewissen schwerwiegenden Problemen beschäftigt. Nach dem, was ich inzwischen von Beteiligten — nicht aus der Mitte des Ausschusses — über den hier zur Debatte stehenden Gegenstand gehört habe, wird sich das Haus wahrscheinlich mit der Beamtenfrage im Bereich des Landwirtschaftsministeriums noch einmal umfassender beschäftigen müssen.

II. Vizepräsident: Ich muß mein Ersuchen an die Redner wiederholen, sich möglichst kurz zu fassen; wir werden sonst gezwungen sein, heute eine Abend Sitzung einzulegen.

Das Wort hat der Abgeordnete Weiglein.

Weiglein (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Haus! Ich hatte mich bei meiner Wortmeldung dahin geäußert, daß ich sie wahrscheinlich zurückziehen werde. Aber nachdem die Gedanken, die ich Ihnen hier vortragen will, bisher nicht gebracht wurden, muß ich doch einige Ausführungen machen.

Wenn wir den Landwirtschaftsetat durchblättern, müssen wir feststellen, daß das Landwirtschaftsministerium, an der Spitze unser Minister Dr. Schlögl, im Etat Grundlagentat geschaffen hat, die für die bayerische Landwirtschaft und für das bayerische Volk Früchte tragen werden.

Die schulische Ausbildung hat Kollege Ortloph ausgiebig gestreift. Ich möchte das unterstreichen, was er in der Frage der Berufsschullehrer ausgeführt hat. Meinem Kollegen Scharf darf ich sagen, daß er nicht richtig getippt hat. Der Lehrer, der diese Fünf- und Sechzehnjährigen unterrichtet, muß schon etwas von der Landwirtschaft verstehen; sonst nehmen ihn die Schüler nicht mehr ernst. Deshalb möchte ich die Ausführungen des Kollegen Ortloph hundertprozentig unterstreichen und auch noch den Wunsch anfügen, daß diese landwirtschaftlichen Fachlehrer eine bessere Unterstützung erhalten mögen. Sie haben zum Teil sehr wenig Lehrmittel und sind gehaltsmäßig sehr niedrig eingestuft. Auch die Kreise müßten sich etwas mehr um die Ausstattung der Schulen kümmern. Der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl wird ja auch als Schulminister bezeichnet und kommt so gelegentlich mit dem Herrn Kultusminister in schulischen Fragen in Konflikt. Ich glaube, daß die Schüler mehr davon hätten, wenn auch diese berufsschulische Ausbildung unter seiner Obhut stünde.

Flurbereinigung und Arrondierung wurden ausgiebig behandelt. Kollege Maag hat erwähnt, daß es auf diesem Gebiet schneller vorwärtsgen sollte. Auch ich bin der Meinung. Ich habe in meiner Gemeinde vielleicht vor 1½ Jahren einen Antrag eingereicht, es solle nur ein Graben gezogen werden. Bis heute ist die Sache vom Kulturbauamt noch nicht so weit erledigt, daß die Arbeit begonnen werden kann.

Daß wir die Ernährungsämter abbauen, wird von der Bevölkerung freudig begrüßt. Aber wenn mein väterlicher Freund Bachmann meint, die überflüssigen Leute sollen Aufklärungsvorträge halten, so kann ich da nicht mittun. Die allerwenigsten würden sich dafür eignen, und es wäre eine Frage, ob sich die Bauern von diesen Leuten etwas sagen lassen würden. Der Vorschlag Maag, die Leute bei der Flurbereinigung zu verwenden, wäre zu überlegen. Kollege Maag hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, man sollte den Bauernwald unter 10 Hektar unter die Forstabteilung hereinnehmen. Ich weiß nicht, wie weit er gehen will und welche Kosten entstünden.

(Zuruf des Abgeordneten Maag.)

Wenn sie nur beraten soll, bin ich vollkommen damit einverstanden.

(Maag: Habe ich gesagt!)

— Es handelt sich also nur um Beratung. Wenn Kosten entstünden, wäre es eine andere Sache.

Herr Kollege Scharf hat erklärt, wir sollten eine neue Institution gründen, und das wären die Bauernkammern. Ich weiß nicht, ob diese Institution das erreichen würde, was unser Bauernverband nicht tut, nämlich Gesetze vorzubereiten. Die Frage ist, wer sie beschließen soll. Zu beschließen hat darüber wohl das hohe Haus. Der Bauernverband kann aber die Vorschläge genau so an das hohe Haus geben. Leider Gottes geschieht dies sehr selten, das muß ich schon sagen.

(Scharf: Die gesetzliche Berufsvertretung muß gehört werden.)

— Sie kann auch überstimmt werden. Wir hätten dann nur eine Behörde zu zahlen, damit soundso viele Leute

(Weiglein [CSU])

untergebracht werden. Aber von einer bestimmten Eignung und einem bestimmten Zweck kann ich hier nichts erkennen.

(Maag: Hört, hört!)

Sie wissen, daß ich ein Obstbauer bin. Ich will nur kurz darauf eingehen. Ich hatte vor Jahren schon den Antrag gestellt, die Schädlingsbekämpfung vorwärtszutreiben und Versuche zu unternehmen. Das ist zum Teil geschehen. Ich darf dem hohen Haus verraten, daß Ergebnisse gezeitigt wurden und zutage traten, die die Vorschriften der Schädlingsbekämpfungsindustrie über den Haufen warfen. Es hat sich gezeigt, daß die Ratschläge der Industrie nichtig sind und daß viel Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Ich bitte den Herrn Landwirtschaftsminister darum, diese Versuche weiterführen zu lassen, um dem bayerischen Volk und den Obstbauern dann von amtlicher Seite wirkliche Ratschläge geben zu können, auf die man sich dann verlassen kann. Denn wenn irgend jemand seine Mittel absetzen will, so ist ihm alles gleich, wenn er nur Geld daraus ziehen kann.

Unser Kollege Maag will die Bäuerin zu einer Königin machen. Ich glaube, wir alle sind damit einverstanden. Nur weiß ich nicht, wie das geschehen soll. Die Situation auf unseren Dörfern ist leider Gottes anders. Auch ich, Kollege Maag, habe mir vorgenommen, als ich in den Landtag zog und an die Not der Bäuerinnen dachte, die sich von früh bis spät plagen müssen und deren Dasein wirklich nicht schön ist: Das sei meine Hauptaufgabe! Du müßtest zu erreichen versuchen, daß die Bäuerin doch endlich für ihren Hof da ist, für die Umgebung, daß sie Königin in ihrem Reich ist, wie unser Kollege Maag gesagt hat! Aber was ist eingetreten?

(Zuruf: Darum wollen wir es verbessern!)

Die Dienstboten sind weg, die Kinder müssen mit zur Arbeit gehen. Und aus welchem Grunde geschieht das? Weil der Preis der landwirtschaftlichen Produkte so niedrig gehalten wurde! — Bis jetzt war es dieser Zwangspreis. Die Industrie hat ganz gut kalkulieren können und nur in der Landwirtschaft hat man nach Rentabilität wenig gefragt. Dazu kommt bei uns in Franken heuer noch die Trockenheit, die Futterknappheit, kommen die Wildschäden, die schlechte Kartoffelernte. Ich glaube, daß wir im nächsten Jahr in dieser Art noch mehr erleben müssen. In meinem kleinen Dorf mit 250 Einwohnern sind fünf Dienstboten weggegangen; zum Teil versuchen sie es mit Stempeln, zum Teil sind sie beim Vater, der zum Stempeln geht. Und der Bauer muß sie mit seinen Steuergeldern auch noch mitbezahlen.

(Zuruf: Oho! — Die Steuern möchte ich einmal sehen!)

— Ich darf Ihnen sagen: Wir hatten vor dem Krieg pro Hektar 14 bis 16 Mark Steuer zu zahlen; heute sind es 66 Mark pro Hektar.

(Baumeister: über 100!)

Dazu kommen aber noch andere Ausgaben. Sie können das ganz ruhig nachrechnen. Wenn man z. B. die Getreideerträge nimmt, auf den Hektar soundso viel Zentner, kann man die Einnahmen und Ausgaben

ganz gut abschätzen. Die Zeit ist so, daß wir heute mit dem Ausland konkurrieren sollen. Präsident Truman hat erklärt, die Welt dürfe im Handel nicht mehr abgeschlossen werden. Nun stellen Sie sich einen fränkischen Bauernhof vor, der mit einer Farm in Amerika oder mit einem Kolchosbetrieb konkurrieren soll! Ich glaube, hier müßte man schon Wege finden, um zu einem Ausgleich zu kommen.

(Zuruf von der SPD: Großzügige Flurbereinigung!)

— Ja, die Flurbereinigung ist ein Weg dazu. Aber wenn dort Maschinen, Traktoren usw. verwendet werden, ist es für uns eine Unmöglichkeit, mit unseren einfachen Ackergeräten mit jenen Betrieben in Konkurrenz zu treten.

Was wird es bedeuten, wenn jetzt Handelsverträge mit dem Ausland abgeschlossen werden, wenn ein freier Austausch erfolgt? Was hat denn Frankreich auszuführen, was hat Italien auszuführen, was hat Holland auszuführen? Sie haben Gemüse, haben Wein und haben solche Früchte auszuführen, die wir im Inland zum großen Teil selbst erzeugen können. Diese Früchte werden dann unseren Markt beherrschen. Jetzt ist es ja schon geschehen, daß der Feldgemüsebau vernichtet wurde. Wenn wir Feldgemüsebauern keine Ware haben, ist das Gemüse teuer. Dort könnte man versuchen, es billig auf den Markt zu bringen. Wenn wir dann das Gemüse haben, kommt erneut der Druck und dann werden diese Bauern vernichtet. Ich glaube, daß wir im Fränkischen sehr viele Zuckerrüben usw. haben; im nächsten Jahr wird es keinen Bauern mehr geben, der sie anbauen wird. Ich weiß nicht, was dann in einigen Jahren geschieht, ob wir dann das Gemüse haben, das wir benötigen.

Ich weiß auch nicht, ob der Herr Landwirtschaftsminister gegenüber dem Herrn Wirtschaftsminister bei dem Streit um die Ein- und Ausfuhr im Vorteil sein würde; ich weiß nicht, wer der Stärkere wäre. Ich würde den Herrn Ministerpräsidenten bitten, unseren Landwirtschaftsminister bei diesen Fragen zu unterstützen. Denn die Wirtschaft mit ihrem Geld wird hier wohl sehr stark drängen. Ich sehe im Frühjahr bei vielen Bauern die Kündigungsschulden kommen, ich sehe voraus, daß sie mit einer Verschuldung in das neue Jahr gehen. In den Monaten Januar, Februar, März, April werden auch unsere ländlichen Geschäftsleute hinter den Ladentischen stehen und nichts verkaufen können. Wo wird dann in dieser Situation das Sparen beginnen? Zuerst bei den Dienstboten, zweitens beim Kunstdüngerkauf und drittens beim Kraftfuttermittelfauf. Damit wären unsere Absichten, wie sie hier in diesem Etat zum Ausdruck kommen, vereitelt.

Wir werden vor die Frage gestellt, ob unser bayerisches und deutsches Bauerntum wohl in der Zukunft bestehen kann, wenn auf der einen Seite diese Waren hereinkommen und dann andererseits mit Steuergeldern noch die Subventionen bezahlt werden sollen. Ich habe als Bürgermeister und als Abgeordneter alles daran gesetzt, daß die Bauern ihr Viefersoll erfüllen; Zeitungsausschnitte beweisen das heute noch. Aber ich höre vom Ministerium wenig davon, daß man eingreifen muß, weil heute die Schafpreise unter jedem Erzeuger-

(Weiglein [CSU])

wert liegen, das Rindvieh zu Schleuderpreisen verkauft wird usw. Wie war es denn im letzten Jahr mit den Kartoffeln? Trotz Zwangsbewirtschaftung kosteten sie 2 Mark pro Zentner.

Herr Minister, wenn Sie Ihr Augenmerk auch auf diese Zustände richten würden, wären wir Ihnen besonders dankbar. Lassen Sie die Autos fahren und hegen Sie nicht hinter jedes Fahrzeug die Polizei! Das steht Ihrem zarten Gemüt nicht an. Herr Minister, die Agrarpolitik wird in Bonn gemacht; versäumen Sie dort keine Sitzung, machen Sie dort Ihren Einfluß geltend! Ich glaube, es wird dann im nächsten Jahr darüber zu reden sein, ob wir dann auch in diesen Punkten Erfolgsaussichten haben. Ich bitte das Landwirtschaftsministerium, auch in der Agrarpolitik sein Möglichstes zu tun.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiene.

Kiene (SPD): Der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat uns einen großen Überblick über sein sehr umfangreiches Arbeitsgebiet gegeben. Es gibt kaum ein Ministerium, in dem so viele Interessentengruppen zusammenstoßen wie im Landwirtschaftsministerium: Erzeuger, Verarbeiter, Verteiler und Verbraucher der verschiedensten Arten stehen einander gegenüber. Dabei entstehen naturgemäß eine große Reihe von Schwierigkeiten.

Dem Herrn Abgeordneten Ortlöcher ist aufgefallen, daß bei der Beratung des Stats das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ nicht vertreten war. Mir ist aufgefallen, daß hier im Bayerischen Landtag der Amtsvorgänger des Herrn Landwirtschaftsministers nicht vertreten war.

(Sehr gut!)

Der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl hat uns einen sehr umfangreichen Bericht erstattet. Sein Vorgänger hatte die Gewohnheit, uns alle Vierteljahre einen sehr umfangreichen Bericht vorzulegen.

(Zuruf: Und gedruckt auch noch!)

Es fällt mir deshalb besonders auf, daß Herr Dr. Baumgartner als Vertreter einer angeblich extra-bayerischen Agrarpolitik

(sehr gut! bei der CSU)

und einer besonderen bayerischen Bauernopposition oder Bauernpolitik zu den grundlegenden Ausführungen seines Amtsnachfolgers keine Stellung nehmen will.

(Lebhafte Zurufe.)

Wir hätten nämlich sehr gerne gehört, was er an der Tätigkeit des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums im letzten Jahr auszuweisen gehabt hätte, und zwar hier im Landtag, nicht in den Volksversammlungen!

(Lebhafte Zustimmung von der SPD und CSU.)

Statt dessen übt sich Herr Baumgartner in Bonn und macht westdeutsche Politik.

(Heiterkeit.)

Vielleicht ist mir dieser Umstand deswegen besonders aufgefallen, weil bei der Beratung des Justizetats der Herr Justizminister die Tätigkeit seines Amtsvorgän-

gers wiederholt in sehr wohlwollender und schöner Weise gepriesen hat; es war beinahe ein bißchen zuviel des Guten.

(Große Heiterkeit. — Zuruf aus der Mitte:
Für die Opposition!)

Wie kummervoll hat sich demgegenüber Herr Staatsminister Dr. Schlögl über die Amtsführung seines Amtsvorgängers ausgesprochen!

(Erneute große Heiterkeit.)

Ist Ihnen das nicht auch aufgefallen?

(Allgemeiner Beifall.)

Gewiß, er hat kein einziges unschönes Wort über ihn und über die Verhältnisse gesagt, die er bei seiner Amtsübernahme angetroffen hat. Wissen Sie, das ist die Solidarität innerhalb des Bauernverbandes;

(große Heiterkeit)

die aber höchst einseitig von unserem Herrn Staatsminister geübt wird.

(Sehr richtig! bei der SPD und CSU.)

In erster Linie mußte der Herr Staatsminister Dr. Schlögl nämlich den bitterbösen Kartoffelkrieg unseligen Angedenkens beenden, den Herr Baumgartner vom Zaun gebrochen hatte

(sehr gut!)

und der mit einer Katastrophe zu enden drohte.

(Zielfich: Deswegen ist er ja gegangen!)

Da warf damals der Kartoffelkrieg-Generalstabschef freiwillig die Karten, den Marschallstab und die Kartoffeln hin.

(Schallende Heiterkeit.)

In mühevoller Kleinarbeit und vielen Unterredungen hat Minister Schlögl dann ein erträgliches Verhältnis mit Frankfurt wiederhergestellt und uns große Erleichterungen an übergeordneten Lieferungen usw. erwirkt. Diese Verdienste möchte ich hier im Interesse unserer Landwirtschaft und unserer Ernährung in Bayern nicht verschwiegen sehen.

(Sehr gut!)

Aber auch andere wichtige Ereignisse und Tatsachen hat der Herr Staatsminister mit dem Mantel des Bergessens zugedeckt, zum Beispiel den Mehgeraufstand in der Prinz-Ludwig-Straße,

(Heiterkeit)

die umfangreichen Weizen- und Mehlornungen der sanfteren, aber nicht minder eigensüchtigen Bäcker und Müller und die wenig schönen Manipulationen gewisser Viehhändler-elemente.

(Dr. Hille: Und den Flugastall, den er ausgemistet hat!)

— Auch das.

Es ist schade, daß Herr Kollege Maier nicht da ist.

(Zuruf.)

— Er ist da. Ich wollte ihm nachher den Bericht der Landesprüfstelle zu lesen geben, damit er sieht, daß bei der Überprüfung von vielen, vielen Betrieben und Handelsgeschäften, auch von landwirtschaftlichen Betrieben, nicht nur Mißgriffe gemacht worden sind.

(Maier Anton: Das ist auch nicht behauptet worden, sondern ich habe ausschließlich behauptet, daß manche Spreu unter dem Weizen ist.)

(Kiene [SPD])

— Aber damit kann man eine Einrichtung, die bitter notwendig ist, nicht verurteilen, Herr Kollege Maier.

(Sehr richtig! links.)

Sonst müßte ich Ihnen Zahlen vorlesen, die sich dadurch ergeben haben, daß man die Lumpen aus den einzelnen Berufszweigen scharf anfassen mußte.

(Maier Anton: Aber auch umgekehrt kann man etwas Bitteres sagen.)

— Das haben Sie ja gesagt. Ich möchte nur die Verallgemeinerung widerlegen, die daraus vielleicht entstehen könnte.

(Maier Anton: Ich auch.)

Nur durch die immer wirkungsvollere Tätigkeit der Landesprüfstelle und durch Sicherungsmaßnahmen wie die Einführung der Transportbegleitscheine, die manchen Leuten so unangenehm sind, durch den Einsatz von Polizei- und Straßenkontrollen konnte verhindert werden, daß noch mehr Fleisch, Vieh, Butter und Eier nach dem kaufkräftigeren Norden verschoben wurden, als das bereits geschehen ist.

Markenfälschungen und Bezugsscheinfälschungen und eine immer stärker werdende Demoralisation ließen die Bewirtschaftung schließlich unmöglich werden.

Wenn man so zurückgeht auf die Schwierigkeiten der Volksernährung in den Jahren 1947 und 1948, dann erscheint einem der gegenwärtige Zustand in einem nahezu unwirklichen Licht. Die Hungersnot und die Dürre von 1947 scheinen vollständig vergessen zu sein. Heute kann das Brot nicht weiß genug, die Wurst nicht fett genug und das Fleisch nicht „schweinern“ genug sein. (Sehr gut!)

Nur die überhöhten Preise sind das Kriterium unserer gegenwärtigen Ernährungslage. Aber nur durch die gewaltige Einfuhr von Weizen, Fett, Zucker und Futtermitteln, die uns der Marschallplan noch zwei Jahre lang ermöglicht, ist diese Ernährungslage zu erklären. (Sehr gut! in der Mitte.)

Mag auch in diesem Wirtschaftsjahr aus eigener Erzeugung mehr als in den Vorjahren auf den Binnenmarkt gekommen sein, so steht doch fest, daß die heimische Erzeugung noch keineswegs den Friedensstand erreicht hat. Wir stehen vielleicht bei 80 bis 85 Prozent der Friedenserzeugung.

Wir müssen aber unbedingt zu einer spürbaren Mehrerzeugung kommen, zu Qualitätsverbesserungen und zur Lenkung unseres Verbrauchs. Wir verlangen eine 75prozentige Ausmahlung unseres heimischen Roggens, Herr Landwirtschaftsminister, und damit die Herstellung eines Roggenbrotes in Friedensqualität.

(Stoß: Sehr gut! Das wird auch gekauft!)

Wir müssen den Weißbrotverbrauch auf ein erträgliches Maß zurückdämmen. Wenn Herr Kollege Weidner damit nicht ganz einverstanden ist, so tut mir das leid. Wenn er sich dadurch in seiner persönlichen Freiheit etwas beeengt fühlt oder wenn sich die Bäckereien oder Müllereien vielleicht in ihrer persönlichen Freiheit dadurch beschränkt fühlen, so bedaure ich das. Wir müssen

das aber fordern im Interesse der Allgemeinheit; denn wir werden in den Jahren 1952 oder 1953 vielleicht alle zusammen froh sein, wenn wir genug Roggenbrot zu essen haben.

(Sehr richtig!)

Wir als gewählte Männer des Volkes dürfen das nicht aus dem Auge lassen und müssen das auch immer wieder betonen: Es geht nicht an, daß der Weizen verbraucht wird und der Roggen aufgestapelt werden muß, weil er nicht abgenommen wird.

Für die Landwirtschaft und für die Ernährung erscheinen auch nicht die Subventionen und Unterstützungen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Existenz als das Notwendigste oder das Einzige. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß nur bessere berufliche und fachliche Ausbildung einerseits und die Verwirklichung der landwirtschaftlichen wissenschaftlichen Forschung andererseits bedeutende Erfolge zu bringen vermag. Wir halten es hier mit dem Grundsatz: Wer es fertig bringt, dort drei Ähren zu ernten, wo bisher deren zwei gewachsen sind, der hat mehr für unser Volk getan als der Eroberer fremder Länder.

(Kraus: Das hat man im Dritten Reich auch gesagt!)

Mit anderen Worten: Am meisten Neuland kann in den Köpfen der Menschen gewonnen werden. Über die wissenschaftliche Forschung ließe sich wahrlich noch viel sagen. Ich darf nur daran erinnern, daß Amerika, das für die landwirtschaftliche Erzeugung und für die Ernährung vorbildlich geworden ist, eine außerordentliche Forschungstätigkeit entfaltet hat, daß es allein 48 landwirtschaftliche Hochschulen besitzt mit je 10 bis 12 Abteilungen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Zweige, sowie Forschungsanstalten mit je 75 bis 150 Mann Forschungspersonal. Ein bekannter Ernährungsforscher hat ausgeführt: Wenn jährlich 20 Millionen Menschen auf der Erde zuwachsen, dann muß die landwirtschaftliche Erzeugung in wenigen Jahren vielleicht verdoppelt und verdreifacht werden, um die Menschheit ernähren zu können.

Ich darf Sie hier nur an eines erinnern, was uns in der bayerischen Landwirtschaft besonders angeht, nämlich an die Verbesserung der Tierzucht. Wenn es möglich wäre, die Durchschnittsleistung der Milch bedeutend zu steigern, so daß der Fettgehalt pro Liter Milch im Durchschnitt für jede Kuh auf 4,5 Prozent ansteige, dann hätten wir wahrscheinlich die größte Fettkatastrophe überwunden.

Man züchtet heute in Amerika die sogenannten Maishybriden, bei denen der Fett- oder Ölgehalt doppelt oder dreifach so groß sein soll als beim gegenwärtigen Mais. Ich darf Sie daran erinnern, daß es gerade durch die Forschung gelungen ist, zum Beispiel Zuckerrübensorten zu erzeugen — sie werden heute vielfach angebaut —, die einen Zuckergehalt von 20 statt wie früher von 6 Prozent haben. Sie können daraus ersehen, was gerade durch die landwirtschaftliche Forschung und durch die Umsetzung ihrer Ergebnisse in die Praxis für die Volksernährung geleistet werden könnte. Es ist schade, daß Herr Kollege Weingierl nicht da ist; ich möchte ihm nämlich einiges sagen.

(Zuruf: Hereinholen!)

— Das wäre gut.

(Kiene [SPD])

Aus den genannten einleuchtenden Gründen haben sich die sozialdemokratische Fraktion und in vollständiger Übereinstimmung auch der Ernährungsausschuß und der Haushaltsausschuß des Landtags für eine Erhöhung der entsprechenden Positionen des Landwirtschaftsetats eingesetzt. Wir haben nämlich begriffen, daß das Steuer in der Gegenwart um 180 Grad herumgerissen werden muß. Jetzt handelt es sich nicht mehr in erster Linie um die Erfassung und Verteilung, sondern jetzt geht es in erster Linie um die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

(Sehr gut!)

Außerdem haben wir 1,5 Millionen DM für die Siedlung und ferner 1 Million DM für Werkwohnungen zur Verfügung gestellt, was wir als Sozialdemokraten natürlich besonders begrüßen.

Dem neugierigen Kollegen Weinzierl möchte ich aber noch veraten, warum die Sozialdemokraten dem Landwirtschaftsminister keine Schwierigkeiten machen — nicht der ganzen Regierung, wie ich nebenbei bemerken möchte —:

Die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterschaft, die in den letzten Jahrzehnten erkämpft und erstritten wurde, kann nicht gehalten werden, wenn das flache Land nicht mitleidet.

(Sehr gut!)

Solange es auf dem Lande unterwürfige Knechtsseelen gibt, die nach dem starken Herrn zu rufen bereit sind, so lange ist die Demokratie nicht aus der Gefahr. Solange das Land imstande ist, das Gefinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter einschließlich Häusler, Siedler und Kleinbauern menschenwürdig zu ernähren und zu kleiden und in guten Wohnungen unterzubringen, kurz gesagt, solange das arbeitsmäßige, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Gefälle von der Stadt zum Land fortgesetzt anhält, ist an eine Vollbeschäftigung in den Städten und in den Industrien nicht zu denken. Im Gegenteil, die Verwendung arbeitsparender Maschinen wird wieder eine industrielle Arbeitslosenarmee schaffen. Sollen dazu noch diejenigen kommen, die der Landarbeit den Rücken kehren und als Lohndrücker in die Städte gehen? Die notwendig werdende Verkürzung der Arbeitszeit muß, um die Arbeitslosenarmee zu beseitigen, auch in den landwirtschaftlichen Berufen möglich werden.

Auch die Bäuerin soll eine kürzere Arbeitszeit bekommen, nachdem sie bekanntlich die längste Arbeitszeit hat; dazu muß die Landwirtschaft befähigt werden durch größere Rendite, durch stabile Preise und durch weitgehende Sicherung. Wenn Arbeiterschaft und Bauernstand zusammenhelfen, dann können sie die Kosten dieses Zieles auf die industrielle Wirtschaft und auf den Handel abwälzen. Nicht daß die Entwicklung, wie sie sich gegenwärtig anbahnt, umgekehrt verläuft!

Ähnlichen Zielen soll auch die Vernunftsehe zwischen Bauernverband und Gewerkschaften dienen. Zur Zeit sind jedoch die Preise der industriellen Produkte die höchsten, die es gibt. Darunter leidet leider die Bauernwirtschaft und auch die Arbeiterschaft. Der Index dieser Preise bewegt sich um 183, für Baustoffe, Maschinen und Geräte liegt er bei 200, für Bindengarn sogar bei 280, und ähnlich ist das Verhältnis bei Kunst-

dünger usw. Der landwirtschaftliche Preisindex dagegen liegt bei etwa 160, der Index der Löhne aber nur bei 145. Diese völlig verkehrte Situation haben wir der Frankfurt-Bonner Wirtschaftspolitik zu danken, die nur Investitionsorgen bei der Industrie kennt.

Von größter Wichtigkeit für die Landwirtschaft ist die Möglichkeit, in verstärktem Maße Kunstdünger zu beziehen. Darum muß mit allen Mitteln der geplanten Demontage der Anilin- und Sodawerke in Oppau widersprochen werden. Diese Demontage würde eine schwere Schädigung unserer Landwirtschaft und unserer Ernährung bedeuten, und der umfangreichste Beratungsdienst nach amerikanischem Muster kann diese Schädigung nicht wettmachen. —

(Stoß: Sehr gut!)

Bei den vielfältigen Beratungen im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft war man durchaus nicht immer gleicher Meinung. Immer aber hat die Vereinigung gesiegt, so daß wir fast immer eine weitgehende Übereinstimmung erzielen konnten. Wir haben dem Ministerium oft deutlich die Meinung gesagt, haben ihm Warnungszeichen gegeben und dabei immer ein gutes Gehör, Verständnis und guten Willen gefunden. Vor allem haben die Referenten allen Landtagsmitgliedern gegenüber ein beachtenswertes Entgegenkommen und eine demokratische Haltung an den Tag gelegt.

Nicht zufrieden sind wir allerdings mit den Verhältnissen in der Milchwirtschaft. Dort hat sich eine Reihe von Mißständen gezeigt. Es wird insbesondere neuerdings über den hohen Wassergehalt der Butter geklagt und ebenso auch über die starke Entrahmung der Milch. Die Milch wird teilweise in sehr minderwertiger Beschaffenheit verkauft. Ist es gerechtfertigt, daß die Erzeuger unverändert noch die Rücklieferungsbutter erhalten, während der Anteil des Normalverbrauchers auf 125 Gramm gesenkt werden mußte und sogar die Gefahr besteht, daß dieses geringe Quantum nicht mehr ausgeliefert werden kann? Vielfach wird ja von den Bauern die Rücklieferungsbutter gar nicht mehr abgenommen. Bei den Molkereien aber verschwindet sie spurlos. Das Gerede von der Freigabe der Butterpreise hat die Egoisten veranlaßt, rücksichtslos „unbedingt notwendiges Investitionskapital“ aus Butter zu machen. Vollfette und dreiviertelfette Käse entziehen dem Markte Vollmilch und Butter. Der alte König, ich meine den ungekrönten König des Allgäus, macht auf eigene Faust Preispolitik in Milch, Butter und Käse. Wie lange, Herr Minister, soll dieser verfassungswidrige Zustand noch anhalten?

(Zuruf: Wie heißt er?)

Wie lange soll diese Vollmacht, die Ihr Vorgänger Dr. Baumgartner dem ehemaligen Reichsminister Fehr erteilt hat und auf Grund deren im Allgäu ein Nebenministerium für die Milchwirtschaft besteht, noch weiterbestehen?

(Dr. Kille: Das ist nicht fair!)

— Nein, das ist nicht fair. Wenn Sie selbst aus Zartgefühl eine Änderung nicht schaffen wollen, Herr Minister, so hilft vielleicht der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft nach, vielleicht auch der Herr Ministerpräsident! Es kann nicht so bleiben, daß Herr Fehr auf eigene Faust für das Allgäu eine eigene Preispolitik betreibt kraft einer Vollmacht, die ihm der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner, ich weiß nicht, ob

(Kiene [SPD])

kurz vor seinem Abgang oder vielleicht, wie ich gehört habe, sogar erst 14 Tage nach seinem Weggang erteilt hat. Ich kann das nicht nachprüfen, aber ein Abgeordneter hat den Minister Fehr und den Minister Dr. Baumgartner noch 14 Tage nach der Amtsübernahme durch den jetzigen Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl in dessen Amtszimmer angetroffen.

(Zietsch: Die wollen vielleicht autonom werden!)

— Da sind wir dagegen! Bei allem Föderalismus wollen wir nicht, daß das Allgäu und Schwaben sich selbstständig machen.

(Zietsch: Preisautonom!)

— Auch das müssen wir verhindern. Dieser alte Herr, dem ich an seiner Ehre und seinem Ansehen nichts wegnehmen möchte, hat jetzt genug Extratouren getanzt, jetzt muß einmal damit Schluß gemacht werden.

(Heiterkeit.)

Leider muß ich bekennen, Herr Staatsminister, daß Ihr Referent für Landwirtschaft sich nicht des Vertrauens erfreuen kann, das die anderen Referenten genießen. Es ist unbedingt notwendig, daß hier die Verhältnisse einmal nachgeprüft werden. Die Finanzierung von Großmolkereien ist Ursache beständiger Angriffe, es stimmt hier nicht und dort nicht, und das Gerede und Gerede will nicht verstummen. Sie wissen aber, bei uns gibt es ein Sprichwort, das heißt: „Wo's net brennt, da raucht's net!“

Und nun noch ein ähnlicher Beitrag zu dem Thema: „Das Ei und die menschliche Unzulänglichkeit“ oder: „Das ist ein seltsam Ding . . . das Ei, das Ei, das Ei.“ Wie Sie wissen, ist das Ei ein weißer rundlicher Gegenstand mit flüssiger Nahrung, Dollar und Eiweiß im Innern,

(Heiterkeit und Zuruf: Leider nicht Dollar!)

Dotter und Eiweiß im Innern. Obwohl das Ei keine Füße hat, ist es zu jeder Zeit der Bewirtschaftung davongelaufen.

(Große Heiterkeit.)

Das Ei hat bewiesen, daß die freie Wirtschaft — meine Herren von der Demokratischen Partei! — ebensowenig genügend Eier zu einem anständigen Marktpreis auf den Markt zu bringen vermag als etwa die Zwangswirtschaft, die man als vollständig unfähig bezeichnet hat. Das Ei hat bewiesen, daß die Selbstsucht gewisser Händler und Verteiler unter jedem Wirtschaftssystem zum Beispiel goldene Eier aus der Not der Verbraucher zu machen versteht.

(Sehr gut! — Baumeister: Auch der Bund hat das gemacht!)

Das Ei hat bewiesen, daß die Preise nicht durch die Selbstkosten bestimmt werden, sondern durch die Mangelage, die man kräftig ausnützt. Das Ei hat bewiesen, daß es der bestgeeignete Gegenstand zur Zauberei ist: Hofuspokus — und weg ist es! Ich hätte nie gedacht, daß es so viele Zauberer bei uns gibt. Übrigens verschwinden die Eier ohne Unterschied, ob numeriert und klassifiziert oder nicht. Das Ei hat bewiesen, daß es ein seltenes Kunstwerk sein muß, sonst würde es heute nicht einen so hohen Liebhaber- oder Luxuspreis haben. Das Ei hat bewiesen, daß ein Wirtschaftsdirektor leichter für 16 Millionen DM Burgunder oder für 9 Millionen DM

französische Parfümerien einführen kann als Eier, ganz einfache Eier; dazu ist er eben nicht fähig.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das Ei hat bewiesen, daß die Schuhfabrikation weitgehend dadurch gefördert werden kann, daß man die Hausfrauen zwingt, kilometerweite Wege um ein oder zwei Eier oder höchstens ein halbes Duzend Eier zurückzulegen. Das Ei hat bewiesen, daß die Klagen der Hausfrauen nur durch eine Intensivierung der Vegetätigkeit der Hühner behoben werden können. Das Ei hat ferner bewiesen, daß eine kluge Frau mit 20 bis 30 Hühnern, einigen hundert Kilos Körnerfutter und einer halben Stunde Arbeit täglich einen größeren Verdienst haben kann als ein großer kräftiger Arbeiter in gewöhnlicher Arbeit. Das Ei hat bewiesen, daß die bayerische Geflügelzucht zwar wohl Spitzenleistungen aufzuweisen hat, aber leider nicht in der Lage ist, den bayerischen Bedarf auch nur einigermaßen zu decken. Das Ei hat bewiesen, daß ein Landwirtschaftsminister allein wegen der Sorgen, die ihm die davongelaufenen Eier bereitet haben, Kummerfalten und graue Haare bekommen kann.

(Heiterkeit.)

Allein die Eier haben es fertiggebracht, daß der Minister für Ernährung und Landwirtschaft sich folgenden Stoßseufzer zugelegt hat:

Ich wollt', ich wär ein Huhn,

Ich hätt' nicht viel zu tun,

Ich legte jeden Tag ein Ei

Und Sonntags auch mal zwei . . .

(Heiterkeit und Händeklatschen.)

Bei dem guten Willen, den Sie haben, den Eiermangel bei uns abzustellen — —

(Dr. Hoegner: Das ist ja der reinste Eierkuchen, den du uns da servierst!)

— Ja, ein fetter Eierkuchen, das wäre etwas Schönes.

Trotzdem beabsichtigt der Herr Staatsminister nicht, sich auf die Eier zu legen, sondern uns neue schwere und sorgenvolle geistige Eier aufzugeben.

Er möchte nämlich das Kapitel F o r s t e n in der nächsten Zeit auch zum Abschluß bringen. Als vorsichtiger Berater möchte ich warnend sagen: O rühre, rühre nicht daran! (Zuruf: Rühreier!)

Das gleiche gilt für die Änderung des E r b h o f g e s e z e s oder für die Schaffung eines H ö f e r e c h t s. Aber auch die Schaffung einer neuen L a n d w i r t s c h a f t l i c h e n H o c h s c h u l e liegt ihm sehr am Herzen. Ich glaube, daß er auch hier in einen gewissen Widerspruch zu dem Herrn Kultusminister gerät, weil es sich dabei auch wieder um Mittel handelt. Nachdem es aber im vergangenen Jahr gelungen ist, drei wichtige landwirtschaftliche Reformgesetze, das Rörgegesetz, das Arrondierungsgesetz und das sehr schwierige Jagdgesetz, unter Dach und Fach zu bringen, haben wir die Hoffnung, daß wir seinen berechtigten Reformplänen auch in den kommenden Jahren gerecht werden können. Bis zum Jahre 1952 haben wir ja Frist für solche Sachen. Ab 1952 werden uns wohl die direkten Ernährungsjorgen wieder mehr plagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hagen Lorenz.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Wir hatten gestern und haben heute den Etat des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu beraten. Wenn wir die Debatte verfolgt haben, so lag der Schwerpunkt eigentlich bei der Landwirtschaft; denn mit Ausnahme meines Kollegen Kiene ist zu vier Fünfteln über die Landwirtschaft gesprochen und nur so ganz am Rande auch die Ernährungswirtschaft mitgestreift worden. Den Tenor dazu hat wohl die Etabrede des Herrn Staatsministers gebildet; denn auch sie hat sich nur ungefähr auf 10 Seiten mit der Ernährung befaßt und auf 45 oder 46 Seiten mit der Landwirtschaft. Ich möchte nun deshalb absolut nicht sagen, daß nicht auch die Landwirtschaft ihre Nöte und Sorgen hat und daß sie nicht betreut werden soll; aber wenn jemand Ernährungs- und Landwirtschaftsminister ist, dann hätte er meiner Meinung nach die Aufgabe, gerade dem Sektor Ernährung, der heute so ungeheuer schwer darniederliegt, auch etwas mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, als das in der Etabrede des Herrn Staatsministers geschehen ist.

Nun weiß ich, daß der Herr Staatsminister sagen könnte: Bitte schön, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts! Ich bin ja für die Ernährung gar nicht mehr verantwortlich, sondern wie das früher von Frankfurt ausgegangen ist, so geht es jetzt von Bonn aus! — Also der Dualismus zwischen dem Bund und dem Land wird immer herangezogen als Entschuldigung sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite hin. Wir stellen aber fest, daß man sich bei bestimmten anderen Aufgaben in Bayern nicht immer so stark nach dem Bund gerichtet hat als gerade auf diesem Sektor. Sie werden daher verstehen, meine Damen und Herren, wenn ich mich aus diesen Gründen etwas mehr dem Ernährungssektor zuwende, als es bisher geschehen ist.

Ich möchte nicht sagen, daß wir irgendwie Anhänger der Zwangswirtschaft wären. Aber die Frage habe nahezu sämtlicher Lebensmittel, die bis jetzt erfolgt ist, war unserer Auffassung nach unbedingt falsch, und zwar deshalb, weil man eine freie Wirtschaft, die ja gerade von den Herren Demokraten so sehr gefordert wird, nur dann einführen kann, wenn Angebot und Nachfrage in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen. Können wir das nun bei der Ernährung sagen? Ich behaupte: Nein, wir können es nicht sagen; denn die Nachfrage ist eine weit größere als das Angebot, und leider müssen wir dabei noch feststellen, daß von dem vorhandenen Angebot gerade durch die freie Wirtschaft ein Großteil dem normalen Verbrauch nicht zugeführt wird, sondern auf dem Schwarzmarkt nach dieser oder jener Richtung hin verschwindet.

(Brüschent: Dieser Markt ist ja schon gar nicht mehr schwarz!)

— Daß die Farbe nun gerade das Ausschlaggebende ist, Herr Kollege Brüschent, möchte ich nicht behaupten. Die allgemeine Bezeichnung lautet so. Wir können aber ruhig „Grauer Markt“ sagen, damit Sie sich vielleicht nicht betroffen zu fühlen brauchen.

(Heiterkeit.)

Nun noch etwas anderes! In den vergangenen Wochen hat man in Bayern ein großes Jammern darüber gehört, daß Weizen und Weizenmehl so knapp sei, wogegen Roggen in riesigen Mengen aufgespeichert

liege und nicht abzusehen sei. Ich habe aus landwirtschaftlichen Kreisen sogar die Befürchtung vernommen, daß der Roggen, wenn er nicht endlich einmal seiner Bestimmung zugeführt wird, das heißt in die Mühlen kommt und vermahlen wird, schließlich vertrocknet, sich dann für die menschliche Ernährung nicht mehr eignet und nur mehr als Hühnerfutter verwendet werden kann. Andererseits wird aber Weizen, der bei uns in Bayern in ausreichendem Maße nicht vorhanden ist, mit kostspieligen Devisen aus dem Auslande eingeführt, wogegen Roggen ja hauptsächlich im eigenen Lande wächst und aus dem eigenen Lande stammt. Nun bedient man sich hier in der Schuldfrage einer sonderbaren Auslegung. Man sagt, schuld an diesem unhaltbaren Zustand seien die bösen Verbraucher, und zwar deshalb, weil sie immer noch nicht einsehen wollten, daß nur sie den Krieg verloren hätten und deswegen den Verbrauch von weissem Gebäck und Weißbrot unbedingt einschränken müßten. Diese ja nur gut gemeinte Mahnung kam ausgerechnet unmittelbar vor dem Weihnachtsmonat, ebenso wie die Kürzung der Butterrationen, die auch zufällig in den Dezember fiel. Es war wohl nur eine tragische Vereinigung ungünstiger Umstände, daß die Verknappung derjenigen Grundnahrungsmittel im Dezember eingetreten ist, die unsere Hausfrauen gerade an Weihnachten am allernotwendigsten gebraucht hätten, um ihren Lieben eine kleine Freude zu bereiten.

Es ist uns bekannt, und zwar aus zuverlässiger Quelle, daß sich mehrere Großmühlen in letzter Zeit weigerten, zu den bisherigen Preisen Weizenmehl abzugeben. Es ist ferner bekannt, daß die Bauern mit dem Verkauf von Weizen zurückhalten. Wir haben es also anscheinend mit einem wohl inszenierten Lieferstreik der Landwirtschaft und der Mühlen zu tun. Es ist das nicht das erstemal, daß Erzeuger, Verarbeiter und Händler in traurem Verein einen wirtschaftlichen Druck zum Zweck der Preistreiberei ausüben. Bereits im Juni 1949, als die Bauern mit den von der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten festgesetzten Schweinepreisen nicht einverstanden waren, setzten sie bekanntlich mit der Belieferung der Märkte aus und erreichten dadurch, daß die Preise von 1.60 Mark auf 1.80 Mark für das Pfund Lebendgewicht stiegen.

Ich kann den Beweis dafür antreten, daß trotz allem genug Butter vorhanden wäre und sich das Kanzlerwort, das seinerzeit bei der Eröffnung des Bundestags in der programmatischen Rede fiel, unbedingt erfüllen ließe. Der Kanzler hat nach der Regierungsübernahme erklärt, der Preis der wichtigsten Lebensmittel würde nicht steigen. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß dieses Kanzlerwort nicht gehalten wurde. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, für das, was ich gesagt habe, einige Beweise anführen. Der günstige Wind, der ja manchmal auch bei uns weht, hat mir einige Schreiben auf den Tisch fliegen lassen. Ich habe hier ein Schreiben eines Gewerkschaftskollegen, der mir mit-

Von der Firma Wilhelm Bald, Ködingen, erhielt der Betriebsrat der Freiburger Firma Fortschritt G.m.b.H. ein Angebot über Molkereibutter, welches wir Euch abschriftlich zur Kenntnis bringen.

(Hagenhorst (SPD))

Der Briefschreiber kommt dann auf die Butterkürzung gerade an den Feiertagen zu sprechen, die ich ja schon erwähnt habe. Nun aber die Abschrift des Schreibens der Firma Wilhelm Bald in Röttingen über Wassertrüdingen — also noch im bayerischen Bezirk, Herr Landwirtschaftsminister! —, das folgenden Inhalt hat:

Als ich kürzlich einem Kreditinstitut in Freiburg eine Mitteilung zu machen hatte, erwähnte ich in einem Begleitbrief, daß ich hier laufend frische Molkerei-Butter von den Bauern aus deren Selbstversorger-Ration

— die, wie behauptet wird, angeblich so gering ist — im Gegengeschäft hereinnehmen könne. Ich bekam daraufhin vom Betriebsrat eine Bestellung über 63 Pfund, die ich in dieser Woche in 3—4 Sendungen werde erledigen können, nachdem ich soeben die letzte von Verwandten und Bekannten

— er schreibt hier: „Meine Frau ist Freiburgerin“ — gewünschte Butter wegschickte. Sollte auch in Ihrem Hause, das mir durch meine frühere Tätigkeit bekannt ist, gerade vor den Feiertagen Interesse an besser, frischer Butter bestehen, dann müßten Sie mir möglichst umgehend schreiben und eventuell zunächst das eine oder andere 5-Kilo-Paket bestellen, bei dem das Porto mit 10 Pfennig per Pfund Inhalt am günstigsten ist, um mir dann die endgültig gewünschte Menge etwas später aufzugeben.

Wegen der angekündigten weiteren Kürzung der Zuteilung auf nur ein Viertel Pfund pro Monat und der ebenfalls beabsichtigten Preiserhöhung hierfür vermag ich allerdings noch nicht sicher zu sagen, ob ich den Preis von 4 DM per Pfund einschließlich Verpackung ganz halten kann. Lieber aber werde ich auf die Geschäfte einige Wochen verzichten, als daß ich die Butter zu einem nennenswert höheren Betrage anrechne; denn er ist für die Bauern hoch genug. Wegen die hiesigen Forderungen relativ günstig, so kann auch später noch einmal geliefert werden, solange die Zuteilungen derart ungenügend bleiben.

Was sehen wir daraus, meine Damen und Herren? Butter ist in genügender Menge vorhanden und ausgerechnet dem armen Teufel, der armen Frau eines Arbeiters, der vielleicht in der Woche nur 35 oder 40 Mark verdient, kürzt man nun in der Weihnachtsperiode die Butterzuteilung auf 125 Gramm, also um rund 50 Prozent. Und auf der anderen Seite hat man Butter genug, um den Schwarzen Markt — Sie entschuldigen, Herr Kollege Prüßchenk, wenn ich das Wort wieder gebrauche — weiterhin zu beliefern.

Daß man auch in Bonn nicht allzusehr daran denkt, Rücksicht auf das gegebene Kanzlerwort und darauf zu nehmen, was für die breite Masse des Volkes unbedingt notwendig ist, mag — ohne daß wir uns heute zu sehr damit befassen wollen — aus einem weiteren Schriftstück hervorgehen, das mir ebenfalls auf den Tisch flog, und zwar von einem sehr guten Bekannten in einem Ministerium. In dem Schreiben heißt es folgendermaßen:

Die leitenden Herren der Bundesernährungsverwaltung in Frankfurt haben gemeinsam beschlos-

sen, die gesamte Lebensmittelbewirtschaftung schleifen zu lassen, damit im Frühjahr eine Katastrophe in der Lebensmittelversorgung eintritt. Diese sei dann ein drastischer, aber guter Beweis für die Notwendigkeit, die Lebensmittelbewirtschaftung und die dafür nötigen Stellen (und Stelleninhaber!) beizubehalten.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ein Herr aus diesem Komplott hat kürzlich diese Äußerung im Rausch getan. Mein Gewährsmann hat mir in der Vergangenheit schon öfters Informationen gegeben, die immer richtig waren.

Daraus ersehen wir, daß doch auch Interessenten vorhanden sind,

(Dr. Hille: Daß es auch Idioten gibt!)

die, wie schon in der Debatte ganz richtig bemerkt wurde, Riemen aus der Not und aus der Haut des Volkes schneiden.

Nun möchte ich nicht der Landwirtschaft oder den Erzeugern allein die Schuld geben; wir müßten aber immerhin auch in der bayerischen Landwirtschaft endlich einmal dazu kommen, von diesem konservativen Beharrungsvermögen in der Bewirtschaftung etwas abzugehen und uns einigermaßen den technischen Neuerungen zuzuwenden. Die Möglichkeit dazu ist gegeben. Man möge mir nicht entgegenhalten, der kleine bayerische Bauer sei dazu nicht in der Lage, weil er die notwendigen Geldmittel nicht besitze. Es gibt auch in anderen Dingen Dorfgemeinschaften; ebenso kann man für Bewirtschaftungsmaschinen Gemeinschaften bilden, damit die Einführung technischer Neuerungen möglich ist. Wir müssen nicht deswegen, weil der Großvater und der Urgroßvater hinter dem primitiven Handpflug hergingen, auch in der heutigen schweren Notzeit noch hinter diesem Pflug hergehen, sondern wir sind zwangsläufig gehalten — zwangsläufig auch in Bezug auf die Landwirtschaft selbst, wenn sie sich nicht kaputt machen will —, uns der technischen Neuerungen zu bedienen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

In der Debatte wurde auch schon über die Landwirtschaft der Arbeiter gesprochen. Kann man, es den landwirtschaftlichen Arbeitern wirklich verdenken, wenn sie das an sich bei den unsicheren Arbeitsmöglichkeiten auch nicht leichte Los in der Stadt auf sich nehmen und lieber in die Stadt gehen? Warum tun sie es denn? Weil ihnen der draußen auf dem Lande gezahlte Lohn nicht einmal mehr die Möglichkeit gibt, das Nötigste für das tägliche Leben zu beschaffen.

(Weinzierl Alois: In der Stadt gibt es mehr Feiertage.)

— Mein lieber Kollege Weinzierl, ob das für eine derartige immerhin schwerwiegende Entscheidung der einzige Grund sein dürfte, möchte ich doch nicht unterstellen. Ich glaube es nicht, denn ich kenne die Mentalität unserer Arbeiter und ich weiß, daß sie arbeitsfreudig sind, auch unter schlechten Bedingungen. Sie haben das bewiesen, als sie gerade während der Jahre 1945, 1946, 1947 eigentlich nur um Gotteslohn und sonst nichts anderes gearbeitet haben, während es alle anderen Schichten des Volkes immerhin noch verstanden haben, für sich etwas herauszuholen.

Ich habe des öfteren mit verschiedenen Stellen, auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten, darüber gespro-

(Hagen Lorenz [SPD])

chen, daß meiner Meinung nach deshalb eine Verteuerung Platz greift, weil sich ein unnötiger Zwischenhandel auf der ganzen Linie breitmacht, der wenigstens zu einer 20 bis 25prozentigen Verteuerung der Lebensmittel beiträgt.

(Zuruf: Wie wollen Sie den ausschalten?)

Ich habe auch mit dem Herrn Landwirtschaftsminister bei verschiedenen Gelegenheiten darüber verhandelt. Man hat sich aber bisher auf der ganzen Linie noch nicht getraut, irgendwo an den unnötigen Handel heranzugehen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß der Handel als Mittler zwischen Produzent und Verbraucher notwendig ist. Aber der unnötige Zwischenhandel läßt sich in einem derart verarmten Lande, wie es Deutschland nun einmal ist, nicht mehr vertreten. Ich meine jenen Zwischenhandel, dessen ganze Tätigkeit darin besteht, in einem Büro auf einen Anruf zu warten, diesen Anruf entgegenzunehmen, und dann ein neues Gespräch zu führen und anzuordnen, die erhaltene Bestellung auf soundso viele Zentner Kartoffel, Getreide oder was weiß ich, mit dem Auftrag weiterzuleiten, die Ware an eine bestimmte Stelle zu liefern, und dafür dann 20 bis 25 Prozent des Preises einzustechen. Zur Beseitigung dieser trassen Mißstände sollten wir als die Volkvertretung — ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit — einmal zusammenstehen. Dazu ist die Hilfe des Herrn Ministerpräsidenten und auf dem Ernährungsfeld auch die Hilfe des Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums unbedingt notwendig. Wir wollen nicht, daß man uns nachredet, wir würden nur alles von den Bauern verlangen. Wir wollen schon die Gestaltung eines gerechten Erzeugerpreises, denn jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Aber nicht nur die Arbeit des Landwirts ist ihres Lohnes wert, sondern auch die Arbeit der industriellen und der wirtschaftlichen Arbeiter in der Stadt, die leider noch viel weniger zum Leben haben als diejenigen, die auf dem Lande draußen arbeiten.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns endlich einmal darüber klar sein, daß die Mißstände in der Ernährungswirtschaft nicht mehr fort-dauern können. Von Bayern aus muß auch versucht werden, auf der Ebene des Bundestags und vor allem des Bundesrats eine Bresche nach der Richtung zu schlagen. In der Person des Herrn Ministerpräsidenten haben wir ja einen prominenten Vertreter Bayerns im Bundesrat. Ich hoffe, daß er sich dort voll und ganz dafür einsetzt, daß endlich einmal die ungeheure Diskrepanz zwischen den Preisen und Löhnen beseitigt wird, die gerade auf dem Gebiet der Ernährung in einer zu nahezu hundert Prozent abträglichen Weise in Erscheinung tritt. Ich warne vor der Ansicht, daß man mit dieser Preispolitik fortfahren und bei dieser Diskrepanz auch noch den sozialen Frieden wahren kann. Wir glauben nicht daran. Wenn es aber etwas anders kommt, dann geben Sie nicht denjenigen die Schuld, die zu den Gequältesten zählen.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD. —

Bereinzelter Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt Gottlieb.

Schmidt Gottlieb (FDP): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Mein Vorredner, Kollege Hagen, hat aufgezeigt, warum die Landwirtschaft so wichtig ist. Wenn die Landwirtschaft nicht der Nährstoffsand wäre, dann wäre sie selbstverständlich nicht so wichtig, wie sie es in Wirklichkeit ist. Wir ersehen das aus den Zahlen über die Lebensmittel, die wir neben unserer eigenen Produktion noch einführen müssen. Wenn uns darge-tan wird, daß wir für die Einfuhr 4,5 Milliarden DM ausgeben, dann wissen wir, was wir noch benötigen und wie weit wir die Landwirtschaft noch heben müssen, wenn sie das erzeugen soll, was unser Volk verbraucht. Nach dem Kriege von 1870 mußte Frankreich 5 Milliarden Francs bezahlen. Ein Franzose sagte dem damaligen Kanzler, daß ein Mann, der zur Zeit der Geburt Christi mit dem Zählen angefangen hätte, heute noch nicht damit fertig wäre. Der Kanzler gab ihm zur Antwort, er habe einen Mann mitgebracht, der schon vor der Geburt Christi zu zählen begonnen habe. Wenn wir diese Zahl betrachten, so ist es uns doch klar, daß wir alles tun müssen, um die Landwirtschaft nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse des Volkes zu heben. Je mehr wir der Landwirtschaft geben, um so mehr geben wir dem konsumierenden Volk. Ich habe hier im Hause schon einmal ausgeführt: Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren; wo nichts ist, kann man nichts hergeben! Wir hoffen, daß nicht vergessen wird, was die Landwirtschaft in jener Zeit alles geleistet hat, als uns niemand von auswärts etwas gegeben hat und wir vielleicht auch um 8 Milliarden nichts bekommen hätten.

Dann möchte ich vor allem noch auf die Punkte hinweisen, die bis jetzt vielleicht weniger angezogen worden sind und auf die zurückzukommen ich für notwendig erachte, um die Produktion der Landwirtschaft zu heben. Es wäre natürlich vor allem unser Wunsch, unsere Dstgebiete zurückzuerhalten; dann wäre unsere Ernährung selbstverständlich viel leichter sicherzustellen. Aber die Aussicht ist vorerst noch nicht gar so hoffnungsvoll. Doch können wir eines tun:

Sie wissen, bei der Währungsreform hat man die Landwirtschaft ganz und gar vergessen. Die Industrie hat Kredite bekommen, die Landwirtschaft aber nichts, weil man eben die Landwirtschaft nicht als wichtig genug einschätzte. So kann es nicht weitergehen. Es ist wohl schon mehreren Kollegen passiert, daß sich Leute aus der Landwirtschaft an sie gewandt haben, die heute baufällige Wirtschaftsgebäude besitzen, die unbedingt instandgesetzt werden müssen. Jetzt sagen Sie mir einmal, was wollen diese Leute machen? Sollen sie heute Geld um 8 und um 10 Prozent aufnehmen, obwohl doch schon seit langen Jahren nachgewiesen ist, daß sich die Landwirtschaft eigentlich nur zu zwei Prozent rentiert? Infolgedessen bitten wir den Herrn Minister,

(Zuruf: Er ist nicht da!)

— der leider nicht mehr anwesend ist, dafür zu sorgen, daß auch der Landwirtschaft Kredite gegeben werden, mit denen sie arbeiten kann, nämlich höchstens zu drei oder von mir aus vielleicht zu vier Prozent.

Ich möchte den Herrn Minister oder das Landwirtschaftsministerium bitten, besonders auf die Notstandsgebiete Rücksicht zu nehmen. Seien wir froh und dankbar, daß wir Notstandsgebiete nicht mehr in dem Maße haben wie 1947! Aber ich kann Ihnen

(Schmidt Gottlieb (FDP))

sagen, manche Gebiete weisen auch heute einen derartigen Notstand auf, daß in Bayern die Notlage heuer noch viel krasser als 1947 in die Erscheinung treten würde, wenn dieser Notstand allgemein wäre. Ich kann mich z. B. aus meinem Leben nicht erinnern, daß die Kartoffeln derart erfroren waren wie heuer bei uns. Dazu kam dann noch Trockenheit und damit zusammenhängend der starke Mäusefraß. Das Landwirtschaftsministerium und der Herr Minister im besonderen wird sich wohl nachdrücklich dafür einsetzen, diesen Gebieten billige Kredite, Steuernachlaß, verbilligte Futtermittel, Mais, Saatgut und Frachtermäßigung zukommen zu lassen, damit auch sie wieder Anschluß finden.

Stellen Sie sich weiterhin vor, meine Herren, wie sich gerade in diesen Gebieten die Soforthilfe und die Baunotabgabe auswirken, wo doch die hauptsächlichste Einnahme fehlt, nämlich die aus der Kartoffelernte; denn eine Kartoffelernte, wie wir sie voriges Jahr hatten, die den Bauern auch Geld gebracht hat, kommt nicht oft vor! Bedenken Sie außerdem, daß es für den Bauern ein großer Schaden ist, wenn im heurigen Jahr große Weidegebiete wieder ihren Viehstand verringern mußten! Das ist doch selbstverständlich und ohne weiteres begreiflich. Heu hat es bei uns genügend gegeben; aber der Grünfutternachwuchs hat nachgelassen. Es ist ganz klar, daß damit auch Milch und Butter weniger wurden. Ich begrüße es, wenn noch ganze Lager davon vorhanden sind, um einen Ausgleich herbeizuführen, muß aber feststellen, daß in diesen Gebieten ein großer Ausfall an Milch und Butter zu verzeichnen war.

Nun komme ich noch auf etwas anderes zu sprechen, da gerade mein Kollege Bachmann in der Nähe ist. Herr Kollege Bachmann, Sie haben sich gestern sehr für den Gedanken erwärmt, daß die Milch- und Fettwirtschaft doch wieder in ihr altes Geleise kommen sollte. Ich möchte aber doch bitten, auch in dieser Hinsicht eine Änderung zu schaffen. Da man nun mit der Zeit der Milch- und Fettwirtschaft wieder freie Bahn geben will, müßte man auf diesem Gebiet dafür sorgen, daß auch die kleinen und mittleren Betriebe in ihrer Existenz und in ihrem Betrieb nicht mehr gefährdet werden und daß in dieser Hinsicht der Zwang endlich aufhört, vor allem was die Zusammenlegung von Molkereien betrifft. Der Bauer kann nämlich auch sehr gut rechnen. Wenn es im Interesse der Bauern liegt und Sie uns versprechen können, daß sich dadurch die Einnahmen erhöhen, dann sind die Bauern bestimmt nicht dagegen. Aber wenn man nur Zwang übt und dabei nur Schikanen anwendet, dann kehren wir uns endlich einmal davon ab; denn der ganze Landtag hat sich dafür ausgesprochen und dafür gestimmt, daß man diese Molkereien wieder existieren läßt, wie sie auch zuvor bestanden haben. Es hat sich ja erwiesen, daß sie existieren können. Ich habe erst kürzlich mit einem Molkereivorstand gesprochen, der nur tausend Liter Milch am Tag verarbeitet. Er hat mir gesagt, er komme sehr gut fort und liefere vorzügliche Ware. Warum also soll man dann kleine und mittlere Betriebe nicht auch existieren lassen? Freie Bahn dem Tüchtigen! Ich nehme doch an, daß es auf die Tüchtigkeit des Betriebsführers ankommt, ganz gleich, ob es sich um

einen großen, um einen mittleren oder um einen kleinen Betrieb handelt. Nur der freie Wettbewerb wird hier nämlich fördernd eingreifen — —

Bachmann (CSU): Darf ich einen Satz dazu sagen? — Wir haben neulich in zwei Molkereien den Preis durchgerechnet.

II. Vizepräsident: Bitte keine Zwiegespräche!

Bachmann (CSU): Verzeihung, Herr Präsident! Ich wollte das gleich richtigstellen. — Da bekommt eine Gemeinde 0,6 Pfennig weniger. Sie hat erklärt, wenn sie 1 Pfennig weniger kriegt, dann geht sie weg.

Schmidt Gottlieb (FDP): Kollege Bachmann, da möchte ich dir entgegenen: Es bestehen hier Unterschiede, nachdem doch jetzt die Bevölkerung auf die Magermilch nicht mehr so scharf ist. Sie ist auch froh, wenn sie einmal Vollmilch bekommt. Und wir Bauern wollen absolut nicht, daß die Magermilch in die Städte verschickt und dort schließlich weggeschüttet oder wer weiß wozu sonst verwendet wird. Denn die Magermilch ist sehr notwendig für die Schweinezucht und die Fettproduktion. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Milchlieferant 0,6 Pfennig mehr bekommt und dafür keine Magermilch oder umgekehrt. Mir ist es lieber, ich bekomme Magermilch und brauche kein Wasser zu nehmen. Damit komme ich viel weiter, als wenn ich einmal sechs Zehntelpfennig mehr bezahlt bekomme. Ich halte dafür, daß es an der Zeit ist, auch hier einmal Remedur zu schaffen um sozusagen eine Flurbereinigung durchzuführen, damit die Sache in Ordnung geht. Nur der freie Wettbewerb wird hier das bringen, was wirklich notwendig ist.

Kollege Maag hat gestern schon den Wunsch ausgesprochen, daß die Gelder nicht nur an die Zuchtverbände vergeben werden sollen. Ich wäre auch dafür, daß in der Hinsicht die ganze Landwirtschaft beteiligt wird. Denn wir wissen als Bauern, die wir mitten in der Praxis stehen, daß gerade in der Viehzucht sehr, sehr viel im argen liegt. Was in der Tierzucht getrieben wird, ist noch nicht alles reell. Wir müssen aber auf diesem Gebiet zu ganz realen Grundlagen kommen. Dann gibt es endlich wieder einmal eine Landwirtschaft, die zufrieden ist; denn unsere Bauern schimpfen und sind unzufrieden.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Maag hat gestern bewiesen, daß er doch seinem guten Gemüt keinen Zwang auferlegen kann. Er hat der Bäuerin gedacht und auch die Frage der Landflucht behandelt. In einer großen Versammlung im Norden hat einmal ein Bauer behauptet — es handelte sich dabei auch um die Landflucht —: Niemals fließt das Wasser den Berg hinauf! Die Landflucht muß doch bestimmt ihren Grund haben! Und dieser Grund liegt klar zutage: Sie wissen, unsere Dietsboten kommen auch zu ihren in die Städte abgewanderten Kollegen, die in ganz anderen Verhältnissen leben und denen ganz anderes geboten werden kann. Selbstverständlich reißt es dann die anderen mit. Wir können es verstehen und begreifen. Dazu kommt noch, daß wir feststellen müssen — wir haben uns erst jüngst im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft darüber unterhalten und wir sind darüber in der letzten Zeit sehr viele Be-

(Schmidt Gottlieb [SPB])

schwerden zugegangen —, daß der Diensthote heute nicht einmal mehr eine Werkwohnung, nicht einmal eine anständige Wohnung, ja, nicht einmal ein anständiges Zimmer bekommen soll. In der Hinsicht muß vom Bayerischen Landtag und von der bayerischen Regierung schon einmal zugegriffen werden, damit die Verhältnisse in Ordnung kommen. Einem landwirtschaftlichen Diensthoten, der von morgens bis abends in Dienst ist, gebührt auch eine anständige Wohnung. Wir sind auch durchaus für eine entsprechende Unterbringung unserer Flüchtlinge, und nach der Richtung glaube ich doch, daß wir mit der Zeit im allgemeinen eine Lockerung erfahren werden. Wir hoffen, daß die Herren in Bonn, wenn sie auch viel streiten und lamentieren, auf dem Gebiete dazu kommen, sich an der Notlage Bayerns, das die Empfangsstation ist, zu beteiligen und uns auch einen Teil der Last abzunehmen. Denn eine solche Last muß auf breitere Schultern gelegt werden. Nur dann werden wir sie leichter tragen.

(Zuruf: Das mußt du Lorig einmal sagen; der soll das machen!)

Die Bäuerin: Herr Kollege, da gebe ich dir recht. Wir wünschen, daß sie Bäuerin auf dem Lande bleibt. Es ist aber natürlich genau so wie mit den Diensthoten. Unser Land hat Fühlung mit der Stadt. Und wenn die Bäuerin eine Schwester in der Stadt besitzt, die vielleicht einen Beamten oder Arbeiter geheiratet hat, so ist es kein Wunder, wenn die sie verführt und die Bäuerin sich sagt: Wenn ich nur nicht so blöd gewesen wäre und einen Bauern geheiratet hätte!

• (Zustimmung.)

Was ist eine Bäuerin? Sie ist Arbeiterin vom Morgen bis zur Nacht. Sie hat nicht nur ihre Familie zu versorgen, sie hat das Gefinde, sie hat das Vieh, sie hat die ganze Milchwirtschaft zu betreuen und zu leiten, und besonders im Kriege ist Unendliches von ihr verlangt worden.

(Zurufe: Das wissen wir alles.)

Das behaupten wir und das stellen wir fest, und wir hoffen bloß, daß es in Zukunft nicht vergessen wird.

Über die Eierwirtschaft ist in der Debatte Vorzügliches ausgeführt worden, doch habe ich bei der Aufzählung dessen, was das Ei gelehrt hat, eines vermißt: Der freie Handel hat auch gelehrt, daß, wenn das Ei freie Wege gehen darf, nicht Millionen von Eiern kaputtgehen müssen. Die Gefahr ist Gott sei Dank beseitigt. Daß die Eier zu wenig sind, wissen wir. Wenn der Herr Landwirtschaftsminister imstande wäre, den Hennen durch irgendeinen Paragraphen vorzumachen, daß sie am Tage zwei Eier legen müßten, dann könnte man vielleicht um diesen Mangel herumkommen.

(Heiterkeit.)

Außerdem noch das eine: Wenn wir genügend Futter haben und damit genügend Hühner füttern können, dann gibt es Eier in Hülle und Fülle und damit verschwindet der hohe Preis, den wir Bauern nicht verschuldet und nicht gewollt haben. Der Bauer hat Gott sei Dank auch nicht verlangt, daß die Eierwirtschaft freigegeben wird. Das hat Frankfurt gemacht

und nicht wir. Der Bauer wäre mit 15 Pfennig genau so zufrieden.

(Bodesheim: Wer hat aufgeschlagen, die Hühner oder —?)

— Das kennen wir besser.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Hagen bemängelt hat, daß gerade über die Ernährungswirtschaft die Bauern zu wenig gesprochen haben, dann möchte ich dazu sagen: Herr Kollege Hagen, probieren wir doch endlich einmal, ob wir es in Bonn nicht so weit bringen können, daß es wenigstens für die Arbeiterschaft und für das werktätige Volk ein freies Bier gibt. Wenn wir als Bayern, die wir doch die Konsumenten sind und die meisten Brauereien haben, das nicht fertigbringen, dann haben wir unsere bayerische Selbständigkeit verloren.

(Zuruf: Der Lorig trinkt doch kein Bier!)

Wir wollen nicht, daß, nachdem wir jetzt gutes Bier haben, Bier über das Maß hinaus getrunken werden soll. Aber das werktätige Volk soll doch endlich einmal ein Bier bekommen, das es auch wirklich zu einem erschwinglichen Preis kaufen kann, nicht zu einem Preis von einer Mark. Sonst dürften Sie auch über den Eierpreis nicht schimpfen; der Eierpreis zu 40 Pfennig ist im Verhältnis zum Bierpreis bestimmt nicht zu hoch. Aber beides ist zu verurteilen. Ein Bierpreis von einer Mark ist für einen Arbeiter unbedingt viel zu hoch.

(Zuruf von der CSU: Ja, trinkt der Lorig auch Bier?)

Was die Schulen anlangt, möchte ich noch folgendes sagen. Es ist richtig, daß die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Jugend geschult werden muß. Aber es gibt vielleicht auch Wege, auf denen diese Schulung nicht fort und fort Landwirtschaftsschulen im großen Stil erfordert. Auch aus den Schülern könnte man Lehrer machen. Schließlich könnte auch in jeder Gemeinde an Wintertagen eine Schule abgehalten werden. Die beste Schule ist ja immer das Beispiel, wenn derjenige, der etwas gelernt hat, sein Wissen den anderen vermittelt. Auf diese Art und Weise könnte man das Landvolk und die jungen Bauern ganz billig nachschulen.

Wenn fortwährend behauptet wird, daß niemand mehr das Roggenbrot essen will, so lehren wir doch endlich einmal zu einer anständigen Ausmahlung von 65 Prozent zurück! Ich meine, ich esse gegenwärtig in München ein viel besseres Roggenbrot als zu Hause. Wenn es wirklich ein gutes Roggenbrot gibt auf Grund der 65prozentigen Ausmahlung, dann weiß ich nicht, ob nicht mancher das Roggenbrot vorzieht.

(Donsberger: Im Ries werden halt die Mühlen besser kontrolliert!)

Bei der besseren Ausmahlung gewinnen wir Fleis. Die geben wir den Schweinen; dann gibt es Fett und Schweinefleisch. Und wenn es Schweinefleisch und alle Lebensmittel in Hülle und Fülle gibt, muß doch unbedingt das Volk zufrieden werden.

(Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Zehner. Es liegen noch drei Wortmeldungen vor; wir wollen diese Wortmeldungen erledigen, bevor wir zu Tisch gehen.

Zehner (CSU): Damen und Herren dieses hohen Hauses! Ich will nur ganz kurz einige Gedanken aussprechen und dabei auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Hagen zurückkommen. Er hat ganz besonders kritisiert, daß der Handel heute noch eine so große Verdienstspanne hätte. Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er diesen Händler, der heute noch 25 oder 20 Prozent Gewinnspanne hat, vor die Öffentlichkeit bringen würde.

(Gröber: Sehr richtig!)

Ich weiß aus meiner eigenen Branche, daß wir mit einer ganz kleinen Verdienstspanne rechnen müssen und daß wir heute wirklich zu kämpfen haben, um überhaupt den Betrieb aufrechtzuerhalten. Hier möchte ich den Gedanken zum Ausdruck bringen: Gleiches Recht für alle!

(Gröber: Sehr richtig!)

Wir sollten auch die Arbeit der Handeltreibenden einmal so anerkennen, wie wir die Arbeit der Arbeiter und der Bauern und Bäuerinnen anerkennen.

(Zuruf von der SPD. — Gegenruf von der CSU.)

In der Debatte wurde auch davon gesprochen, daß gerade in der Weihnachtszeit nur 125 Gramm Butter zugeteilt werden. Ich habe mich, als ich das zu hören bekam, sofort mit dem Landwirtschaftsministerium in Verbindung gesetzt, weil verschiedene Frauen zu mir kamen und sich darüber beklagten; sie sagten — entschuldigen Sie, meine Herren Kollegen, wenn ich es nun so offen ausspreche —: Das haben halt wieder die Männer gemacht; denn Frauen hätten auf keinen Fall zugegeben, daß gerade in der Weihnachtszeit nur 125 Gramm Butter zugeteilt werden,

(Gröber: Sehr richtig!)

wo doch jede Hausfrau etwas auf den Weihnachtstisch stellen will.

Unser Herr Landwirtschaftsminister legt großen Wert darauf, daß unsere Bäuerinnen und besonders die Landjugend geschult werden. Ich freue mich außerordentlich darüber, daß er sein ganz besonderes Augenmerk darauf richtet, möchte aber doch zum Ausdruck bringen, daß wir, wenn wir die Bäuerinnen und die Landjugend schulen wollen, unbedingt Lehrerinnen auf das Land hinausgeschicken müssen, die aus der Praxis herausgewachsen sind, damit es sich nicht wiederholen kann, was einmal eine Bäuerin zu einer Wirtschaftslehrerin sagte: „Du kannst doch nur die Hennen aus dem Büchserl füttern“. Es muß so sein und die Bäuerin muß wissen, daß hier eine Lehrerin vor ihr steht, die selbst die Praxis hinter sich hat. Dann möchte ich doch auch, sagen, daß gerade die Bäuerin Wert darauf legen muß, daß sich die Landjugend für diesen Beruf besonders ausbildet, damit die künftigen Bäuerinnen die praktische Schulung erhalten, die sie für ihren Beruf zur Weiterbildung brauchen.

Bedauern muß ich eigentlich, daß nur ganz wenig zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Bäuerin nicht nur die Frau ist, die die Kuh melkt und die Hühner füttert, sondern daß sie zugleich auch eine Erzieherin und eine Mutter ihrer Kinder sein muß, daß sie zugleich auch die Kulturträgerin des Bauernvolkes sein und bleiben muß.

(Sehr richtig!)

Deshalb würde ich es ganz besonders begrüßen, wenn das Landwirtschaftsministerium etwas mehr sein Augen-

merk darauf lenken würde, daß die Lehrerinnen, die heute aufs Land ausgeschiedt werden, wirklich charaktervolle Persönlichkeiten sind.

(Dr. Hundhammer: Sehr richtig!)

Denn wir verlangen von unseren Bäuerinnen mehr als nur eine ausgesprochen wirtschaftliche Tüchtigkeit. Sie müssen unbedingt die Kulturträgerinnen des Volkes bleiben. Wenn sie das nicht bleiben würden, würden wir die Ernte dafür in kurzer Zeit einholen können, nämlich

(Dr. Hundhammer: den Schaden tragen!)

— den Schaden tragen.

Ich möchte noch einen Gedanken vorbringen. Ich trat einmal in einen großen Bauernhof ein. Über dem Eingang war ein Relief in folgender Durchführung angebracht: Es saß eine Bäuerin inmitten eines vollgefüllten Korbes, ein Kind auf dem Arm und rechts und links zwei brennende Kerzen. Dieses Relief sollte bedeuten, daß die Bäuerin in ihrem Bauernhof als die Hüterin des Glaubens sitzt und daß von hier aus das Licht in die Welt hinausreichen soll und in die Welt hinausgetragen werden muß und daß sie zugleich den Segen ihrer Arbeit neben sich stehen hat, den vollgefüllten Korb. Unsere Lehrerinnen und Wirtschaftslehrerinnen, die auf das Land ausgeschiedt werden, müssen ganz besonderen Wert darauf legen, daß dieses Glaubenslicht im Bauernvolk gehütet wird.

(Gröber: Sehr richtig!)

Ich wäre dem Landwirtschaftsministerium sehr dankbar, wenn es das allergrößte Augenmerk darauf richten würde. Ich weiß, daß heute da und dort Strömungen vorhanden sind, die Bäuerin nur rein wirtschaftlich zu schulen. Diese rein wirtschaftliche Schulung lehnen alle guten und gesunden Bäuerinnen ab.

(Sehr richtig!)

Sie verlangen auch eine kulturelle und eine religiöse Schulung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zillibiller.

Zillibiller (CSU): Meine Damen und Herren! Aus dem Riesenkomplex der heute zur Debatte stehenden Fragen möchte ich lediglich eine herausgreifen, die der Herr Kollege Kiene vorhin schon berührt hat, leider Gottes nur sehr am Rande. Die Forstabteilung hat uns einen Fünfjahresplan vorgelegt. Dieser Plan ist sicher voll zu begrüßen. Ob er in dieser Fülle durchgeführt werden kann, in der er formuliert ist, wird die Zukunft erweisen. Ich glaube nicht daran; denn die Ansprüche, die er an den Staatsfiskus stellt, sind für die heutige prekäre Lage des Staates zu groß.

Unter all den Gesichtspunkten, die dieser Fünfjahresplan erwähnt, um die Forstwirtschaft wieder auf ihre volle Höhe zu bringen, steht nach der Wiederaufforstung und nach dem Wegebau auch die Frage der Regelung der Forstrechte. Die Landwirte und die Forstabteilung sind sich einig, daß diese Frage gerecht gelöst werden soll. Aber ich glaube, wenn es darauf ankommt, diese gerechte Lösung näher zu definieren, so werden die Ansichten sehr, sehr weit differieren.

(Zuruf.)

Die Forstabteilung ist in gewissen Schwierigkeiten. Sie hat die Ehe mit dem Finanzministerium gebrochen oder wenigstens gelöst, um nicht nur als Weltküh des Staates zu gelten.

(Zietsch: Sie hat aber eine neue Ehe geschlossen!)

— Ja, eben. Die Forstabteilung hat eine neue Ehe geschlossen und sich unter die Fittiche des Landwirtschaftsministeriums begeben,

(Zietsch: Das hat ihr gefallen!)

weil sie hoffte, dort mit den Forderungen der Forstwirtschaft mehr Berücksichtigung zu finden.

(Donsberger: Da fühlt sie sich aber nicht wohl!)

— Sie fühlt sich hier nicht wohl, das ist das, worauf ich hinauswill. In dem Moment, in dem sie sich dem Landwirtschaftsministerium angegliedert hat, sieht sie die strenge Regelung, die sie für das Forstrecht vorschlagen will, gefährdet. Der Kampf, der jetzt in dieser letzteren Sphäre entbrannt ist, wird wohl letzten Endes in der Brust unseres Herrn Landwirtschaftsministers ausgefochten werden müssen, der sich zu entscheiden hat, ob er mehr auf der Seite der Forstwirtschaft oder auf der bäuerlichen Seite steht.

(Maag: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen!)

— Sicher. Aber die Tendenzen, die sich heute zur Regelung dieser Frage bereits ankündigen, möchte ich jetzt schon nicht unwiderprochen lassen. In dem neuen Forstrechtsgesetz, das uns angekündigt ist, soll ja die Holzrechtsfrage des Staatswalds gelöst werden. Aber die Tendenz, die aus der Forstrechtsdenkschrift zu ersehen ist, die uns bereits vorliegt, läßt für diese Regelung nichts Gutes ahnen.

Auf der anderen Seite muß die Frage der Holzrechte in den Gemeindewaldungen in der neuen Gemeindeordnung gelöst werden. Auch hier werden alle möglichen gefährlichen Absichten offenbar. Das Innenministerium ist hier leider nicht mehr vertreten. Der Entwurf des Städteverbandes schlägt bereits vor, daß alle Holzrechte ohne Vergütung abgelöst werden sollen.

(Baumeister: Dann geht es wie in Rußland!)

Ich weiß nicht, worüber ich mich mehr wundern soll, über die Unverschämtheit, die sich da zeigt, oder über das Nichtkönnen der Juristen, die nicht einmal den Art. 159 der Bayerischen Verfassung kennen. Eine Rundfrage seitens des Innenministeriums, die in den letzten Wochen an die einzelnen Gemeinden ergangen ist, deutet auch darauf hin, daß beabsichtigt ist, die alten Holzrechte in Geld abzulösen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß gewisse Schwierigkeiten bestehen und daß verschiedene Holzrechte existieren, die so nicht weitergeführt werden können. Überall dort aber, wo der einzelne Landwirt auf diese Holzrechte angewiesen ist, müssen die Holzrechte in Natur erhalten werden. Bei Ablösung in Geld ist dieses in ein oder zwei Monaten durch Steuern oder sonst etwas wieder verbraucht und der Bauer sitzt ohne Holz da. Wir tun in anderer Hinsicht so viel: Wir genehmigen Millionenbeträge zur Förderung der Landwirtschaft; wir errichten neue Siedlerstellen und man weist dort, wo es möglich ist, diesen Siedlern einen Wald zu. Dort aber, wo der Anspruch auf Holz seit Jahrhunderten besteht und anerkannt ist, will man den Bauern das Holz weg-

nehmen. Heute schon möchte ich gegen diese Tendenzen, die von seiten der Forstverwaltung wie von seiten des Innenministeriums, Herr Staatssekretär Schwalber, in der Holzrechtsfrage beabsichtigt sind,

(Zuruf links: Das kennt er nicht!)

die schwersten Bedenken anmelden und schärfsten Protest erheben. Wer wie ich erlebt hat, welchen Sturm der Entrüstung die Durchführung der neuen Gemeindeordnung vom Jahre 1936 unter den Kleinbauern ausgelöst hat, vor allem im Gebirge, wo man auf den Rohstoff Holz wie nirgendwo angewiesen ist, der wird wissen —

(Zurufe links.)

— Deshalb können wir nicht über das Recht hinausgehen; sonst könnten wir überhaupt alles nivellieren wie in Rußland. — Die Landwirtschaft erwartet von der Regierung und vom Parlament, daß die Angelegenheit so befriedigend und so gerecht als möglich gelöst wird. Ich bitte, wenn die Debatte über das Forstrechtsgesetz und über die neue Gemeindeordnung einmal Wirklichkeit wird, um die entsprechende Unterstützung des Parlaments.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl.

(Dr. Stang: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang das Wort.

Dr. Stang (CSU): Meine Damen und Herren! Wir müssen auch auf die Dispositionen dieses Tages etwas Rücksicht nehmen. Um 14 Uhr findet bereits eine Sitzung des Theaterausschusses statt. Vorher müssen wir etwas gegessen haben; wir werden nicht hungrig den Tag verbringen können.

(Dr. Hundhammer: Beim Landwirtschaftsetat!)

Deshalb möchte ich meinen, daß der Herr Landwirtschaftsminister, der Veranlassung haben wird, längere Ausführungen zu machen, erst heute nachmittag spricht.

II. Vizepräsident: Da es der Wunsch des Hauses ist, unterbreche ich jetzt die Sitzung.

Wir wollen aber bereits um 14.30 Uhr die Sitzung wieder aufnehmen. Es ist unmöglich, daß wir mit den wichtigen Beratungsgegenständen fertig werden, wenn wir im bisherigen Tempo weiterfahren. Wir stehen doch vor den Weihnachtsferien.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 39 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 14 Uhr 51 Minuten durch den II. Vizepräsidenten Kübler wieder aufgenommen.

II. Vizepräsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Die Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird fortgesetzt. Ich erteile dem Herrn Staatsminister Dr. Schlögl das Wort.

Staatsminister Dr. Schlögl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß sämtliche Diskussionsredner in objektiver Weise zum

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Etat meines Ministeriums Stellung genommen haben. Ich freue mich, auch feststellen zu können, daß ein Teil der Abgeordneten mir eine gewisse Anerkennung ausgesprochen hat. Es ist auch für einen Minister angenehm, wenn seine undankbare Arbeit Anerkennung findet. Ich bin aber auch den Diskussionsrednern sehr dankbar, die Kritik geübt haben. Ich darf auf diese Kritik eine kurze aufklärende Antwort geben.

Der Herr Kollege Maag hat geglaubt, daß die 6,5 Millionen DM, die im Etat für die ländlichen Siedlungen vorgesehen sind, vielleicht gar nicht verbraucht werden würden. Ich kann ihn beruhigen: wenn ich Geld habe, so wird es auch zweckentsprechend ausgegeben.

(Heiterkeit.)

Sie wissen, daß von diesen 6,5 Millionen DM allein 500 000 DM für die Siedlung in Saar verwendet werden sollen, um das Wohnungselend in München aufzulockern. Ich hoffe, daß ich im nächsten Etat noch mehr Mittel für diese Zwecke bewilligt bekomme.

Auch die 2 Millionen DM für die Durchführung des Siedlungsgesetzes werden selbstverständlich so verwendet wie die 6,5 Millionen DM. Sie wissen, daß die Grundgedanken des neuen Flüchtlingsiedlungsgesetzes auf einer Denkschrift meines Ministeriums beruhen. Es ist dies ein Beweis, daß auch von Bayern etwas Gutes kommen kann. Das neue Flüchtlingsiedlungsgesetz und seine Durchführungsbestimmungen geben Anlaß zu vielen Anträgen, und ich darf das hohe Haus beruhigen: Die für die Siedlungen angelegten Mittel werden hundertprozentig so verwendet, wie Sie es beschlossen haben.

Bei dieser Gelegenheit darf ich ganz kurz eine Frage besprechen, die auch vom Herrn Kollegen Weidner aufgegriffen worden ist. Er hat einen Artikel der „Neuen Zeitung“ angezogen. Meine Frauen und Herren! Die „Neue Zeitung“ hat leider Gottes manchmal großes Pech mit ihren Berichten. Sie greift sehr gerne die Frage der Siedlung auf. Wenn sich die „Neue Zeitung“ hierzu das Material holen würde, das ich hier in meiner Etairede bekanntgegeben habe, dann wäre ihre Einstellung vielleicht eine andere. Ich bin der Meinung, daß die „Neue Zeitung“ nicht immer wieder versuchen sollte, die Verhältnisse so darzustellen, als ob die Lösung des großen Flüchtlingsproblems nur eine Angelegenheit der Deutschen wäre. Ich glaube, mit dieser Darstellung trifft die „Neue Zeitung“ nicht den Kern der Dinge. Die Lösung des Flüchtlingsproblems ist nach meinem Dafürhalten eine Angelegenheit nicht nur des deutschen Volkes, sondern der gesamten gesitteten Welt.

(Zustimmung.)

Gerade durch die Beschüsse von Potsdam ist nach meiner Ansicht die große Völkerwanderung verursacht worden, und die Alliierten haben deshalb Anlaß, sich viel stärker in die Lösung der Flüchtlingsfrage einzuschalten.

(Sehr gut! und Händeklatschen.)

Wir allein können dieses Problem niemals lösen; diese Aufgabe geht weit über unsere wirtschaftliche Macht hinaus. Die ganze Welt muß sich bemühen, das

Unrecht dieser Völkerwanderung — und ein Unrecht ist es! — wieder gutzumachen.

(Ausgezeichnet!)

Zeitungsartikel wie die der „Neuen Zeitung“ helfen gar nichts. Die „Neue Zeitung“ als Organ der Militärregierung soll an die eigene Brust klopfen und die Probleme so darstellen, wie sie in Wirklichkeit sind.

(Sehr gut!)

Meine Frauen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hirschenauer hat bemängelt, daß die sogenannte Frankenhilfe, die den Wiederaufbau der zerstörten landwirtschaftlichen Anwesen in Mittelfranken, Unterfranken und Oberfranken fördert, nicht auch auf die zerstörten Gebiete der Oberpfalz und Niederbayerns ausgedehnt wird. Ich habe in meiner Etairede erklärt, daß es die Absicht meines Ministeriums ist, den Wiederaufbau aller zerstörten Gebiete zu fördern. Es sind auch bereits ansehnliche Mittel in die Gegend von Passau, und zwar nach Prag und Tittling, vorgesehen. Meine niederbayerischen Landsleute hatten aber zunächst geglaubt, daß diese Mittel verlorene Zuschüsse wären. Die Mittel, die für die Frankenhilfe aufgebracht werden, sind keine Zuschüsse, sondern verbilligte Kredite. Meine niederbayerischen Landsleute — Kollege Witzlinger wird mir recht geben — sind oft sehr empfindlich und sie wollten ursprünglich das Geld gar nicht nehmen. Die Niederbayern kommen auch daran, aber eben zum Schluß, weil die Zerstörungen nicht so groß sind wie in Franken.

(Zurufe.)

— Herr Kollege Maier, ich bin auch ein Niederbayer und die Niederbayern liegen mir sehr am Herzen; aber ich muß gerecht sein und zunächst dort bauen, wo die Schäden am größten sind.

(Sehr richtig!)

Wir sind uns alle darüber klar, daß in Franken die Kriegsschäden am größten sind. Das ist Ihnen bekannt.

(Zurufe und fortdauernde Unruhe.)

Ich kann aus meiner Haut nicht heraus! Als Minister muß ich gerecht sein und zuerst dort eingreifen,

(Händeklatschen bei der CSU)

wo tatsächlich die Schwierigkeiten am größten sind.

(Zuruf: Oberpfalz!)

Jetzt ist Unterfranken an der Reihe. Für den 10. Januar ist mit unterfränkischen Abgeordneten aller Parteien eine Tagfahrt geplant. Dann werden Sie sich selbst überzeugen können, wie groß und verheerend die Schäden in Unterfranken sind und wie schwierig der Wiederaufbau infolge der kleinbäuerlichen Struktur in Unterfranken ist.

Nun darf ich zu den Ausführungen des Kollegen Scharf noch etwas bemerken. Ich kenne den Kollegen Scharf und weiß, daß er seine Ausführungen auf höhere Anordnung hin gemacht hat.

(Heiterkeit.)

Es sind ihm daher auch einige Irrtümer unterlaufen. Ich möchte zunächst folgendes richtig stellen: Er hat ausgeführt, daß dem Bayerischen Bauernverband nur 25 Prozent der Bauern angehören. Ich habe mir den Stand der Mitglieder des Bayerischen

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Bauernverbands vom 30. September 1949 geben lassen. Der Bayerische Bauernverband hat bis zu diesem Zeitpunkt 325 570 Bauern erfasst,

(Bravo! bei der CSU)

das heißt auf gut deutsch, rund 80 Prozent aller Betriebe. Wir haben in Bayern 496 000 landwirtschaftliche Betriebe, davon 200 000 unter fünf Hektar. Es ist also nicht so, daß der Bayerische Bauernverband als Einheitsorganisation der Bauern nicht eine gewaltige Mitgliederzahl hätte. Ich kann dem Herrn Kollegen Scharf erklären — vielleicht möchte er es weitergeben an seinen Herrn und Meister:

(Heiterkeit)

Niemand stört mehr die Einheitsorganisation der Bauern, auch nicht die Bayernpartei.

(Sehr gut! — Beifall bei der CSU.)

Die Bauern haben nämlich genau wie die Arbeiter erkannt, daß es notwendig ist, sich überparteilich zusammenzuschließen. Das haben die Bauern getan und sie werden sich auch nicht mehr durch Störungsversuche von diesem Weg abhalten lassen.

Was die Bauernkammer betrifft, so bitte ich Sie, Herr Kollege Scharf, Ihrem Herrn und Meister folgendes zu sagen: Der ehemalige bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner hat am 31. Mai 1947 folgendes Geleitwort zur Eröffnung der Landesbauernkammer geschrieben, das ich dem hohen Hause nicht vorenthalten möchte:

Mehr als ein Jahrzehnt hat die Landwirtschaft keine Möglichkeit gehabt, auf ihr Schicksal unmittelbar Einfluß zu nehmen. Sie wurde regiert und mußte gehorchen; sie mußte ihre Kräfte bis zur Erschöpfung einem verbrecherischen Ziele leihen. Das menschliche Kräftereservoir der Landwirtschaft ist weitgehend erschöpft, die natürliche Bodenkraft ist ausgeraubt, die technischen Hilfsmittel sind oft bis zum einfachsten Handgerät herunter gebraucht. Von heute auf morgen kann hier nicht der erforderliche Wandel geschaffen werden. Es ist aber Zeit, damit anzufangen, der Landwirtschaft wieder maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung ihres eigenen Schicksals zu geben, sie verantwortlich in ihren eigenen Wiederaufbau einzuschalten, so wie es vor 1933 unter den Bauernkammern der Fall war.

In den neuen Bauernkammern bestimmen wieder der Bauern darüber, wie ihre Rechte geltend zu machen sind. Aus Bauern setzen sich die Landesbauernkammer, die Kreisbauernkammern und die Bezirksbauernkammern zusammen. In den Fachausschüssen entscheiden Bauern die wichtigsten Einzelfragen. Heute legen wir mit der Gründung der Landesbauernkammer den Grund für die praktische Arbeit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung. Viel Aufbauarbeit ist noch zu leisten. Aber wenn die Landwirtschaft die ihr gegebenen demokratischen Rechte nutzt und ihrer eigenen Arbeit Vertrauen entgegenbringt, dann wird bald eine erspriessliche praktische Arbeit zum Wohle unseres agrarischen Berufsstands und unseres ganzen Volkes Platz greifen. Ich wünsche als Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine

gut funktionierende Berufsvertretung und werde stets alles tun, was ihre Arbeit fördert. Von ganzem Herzen wünsche ich unseren neuen Bauernkammern vollen Erfolg.

Geschrieben am 31. Mai 1947, veröffentlicht in Nr. 52 des „Landwirtschaftlichen Wochenblatts“!

Meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Baumgartner, der Abgeordneter dieses hohen Hauses ist, heute noch bei der CSU wäre, dann würde er keine neuen Bauernkammern fordern; denn wir haben sie schon längst. Sie sind mit seiner Mitwirkung geschaffen worden.

(Zuruf von der CSU: Das hat er vergessen!)

— Das hat er vergessen, weil er sich in der Parteipolitik neu orientiert hat. Also, Herr Kollege Scharf, sagen Sie Ihrem Herrn und Meister, er soll sein Gedächtnis stärken. Die Landwirtschaftskammern sind schon da. Wenn sie ihm heute nicht mehr passen, so wahrscheinlich deswegen, weil er mehr Einfluß auf sie ausüben möchte. Aber die Bauernkammern werden parteipolitisch neutral bleiben.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Der Herr Kollege Dr. Baumgartner ist ja im Präsidium des Bayerischen Bauernverbands. Er kann also dort seinen Einfluß geltend machen. Ich bin für neue Anregungen auf jedem Gebiet sehr dankbar. Eines aber glaube ich sagen zu dürfen: Eine Zwangsorganisation der Bauern wird es auch in der Zukunft nicht geben. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß wir keine Zwangsorganisation brauchen, nachdem die Bauern ohnehin schon bis zu 80 Prozent organisiert sind.

(Sehr richtig! — Dr. Hoegner: Das wäre auch gegen die Verfassung!)

Einige wenige Außenseiter gibt es in jedem Berufsstand. Auch die Gewerkschaften können nicht hundertprozentig alle Arbeiter erfassen.

(Maier Anton: In der Bayernpartei gibt es keine Außenseiter!)

Also, Herr Kollege, halten Sie Ihre Getreuen in der Bayernpartei, soweit sie Bauern sind, dazu an, sie möchten recht tüchtig in den Bauernkammern mitarbeiten. Dann brauchen wir keine neuen Forderungen auf diesem Gebiet.

Herr Kollege Scharf hat die Frage an mich gerichtet, woher die Gelder für die neuen Schulen stammen. Er weiß es aber genau so gut, wie ich es weiß. Bekanntlich sind die Träger der Landwirtschaftsschulen die Landkreise oder Zweckverbände. Das Ministerium gibt nur Zuschüsse, die sich in ziemlich engen Grenzen bewegen. Die finanziellen Mittel stammen also in der Hauptsache aus dem Land selber. Wenn die Abgabe, die auf Grund des Reichsnährstandsaufhebungsgesetzes befristet erhoben werden darf, dazu herangezogen wird, so wird sie nach den Richtlinien des Bundesministeriums verteilt werden. Es wird aus diesen Mitteln ein Teil auch für das Schulwesen abgezweigt werden, weil es sich hier um Bauerngelder handelt, und Bauerngelder sind nicht nur zur Organisation der Bauern, sondern in erster Linie zur Förderung der Bauern zu verwenden.

(Sehr gut! bei der CSU.)

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Ich glaube, damit die Anfragen des Kollegen Scharf beantwortet zu haben. Ich habe eingangs schon erklärt, daß mir bekannt war, daß er einen Auftrag hatte, hier die Dinge kritisch zu beleuchten. Ich lese ja auch die Verlautbarungen der „Landeszeitung“, des Organs der Bayernpartei. Wenn die Bayernpartei mit uns in Fragen der Landwirtschaft zusammenarbeiten will, begrüße ich es. Aber wenn sie versuchen sollte, die E i n i g k e i t der Bauern zu zerstören, dann wird sie auf den Widerstand der gesamten Bauern stoßen.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Der Herr Kollege Gehring hat seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Reichsnährstandsgedanke zum größten Teil aus meinem Ministerium verschwunden ist. Ich kann hierzu sagen, daß es nicht immer leicht war, alle Entwicklungen so abzuschließen, wie wir dies alle wünschen. Der Reichsnährstand hat einmal zwölf Jahre lang diktiert, und es ist gar nicht so einfach, all seine Gedanken in den Gehirnen zu zerstreuen. Es gibt heute noch private Vereinigungen, die immer wieder glauben, ein Recht zu haben, mitzuregieren. Weder der Bayerische Bauernverband noch der Nichtstaatswald noch der Milchwirtschaftliche Verein oder eine andere Organisation haben ein Recht, mitzuregieren. Die Staatsaufgaben hat der Staat selbst unter der Kontrolle der Abgeordneten zu vollziehen.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Das ist eine ganz klare Scheidung. Ich habe bereits im Februar 1948 mit dem Bayerischen Bauernverband die Voraussetzungen festgelegt, die er braucht, um seine Aufgabe als Organisation und als Kammer zu erfüllen. Aber Hoheitsaufgaben kann kein Verband für sich in Anspruch nehmen. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß hierfür der Minister, und zwar der Volksvertretung, verantwortlich ist.

Ich habe vorhin den Milchwirtschaftlichen Verein genannt. Ich anerkenne die Verdienste des Herrn Reichs- und Staatsministers a. D. Professor Fehr, für die gesamte Milchwirtschaft. Aber auch der Milchwirtschaftliche Verein kann im Rahmen des § 38 des Reichsmilchgesetzes nur die Aufgaben wahrnehmen, die in diesem Gesetz verankert sind. In verschiedenen Aussprachen, die ich selbst und die meine Referenten mit Herrn Professor Fehr gehabt haben, wurden die Dinge klargestellt. Ich werde aber auf Grund der heutigen Anfragen des Herrn Abgeordneten K i e n e mit Herrn Professor Fehr nochmals verhandeln und die angeschnittenen Fragen restlos klären. Verantwortlich auch für die Milchwirtschaft in Bayern ist der zuständige Minister; er ist dem Landtag verantwortlich. Das liegt in unserer Verfassung begründet.

Der Herr Kollege Dr. Franke hat Fragen berührt, die zum Teil auch mit den Ausführungen des Kollegen Zillbiller zusammenhängen. Ich habe mich gefreut, daß er die Bedeutung des Waldes richtig erkannt hat. Es ist mein Wille, daß durch das neue Forstrechtsgesetz alle Fragen geklärt werden sollen. Meine Frauen und Herren! Zur Beruhigung des Kollegen Zillbiller darf ich erwähnen, daß mit dem neuen Gesetz nicht irgendein Zwang auf die Bauern ausge-

übt werden soll. Mit dem Gesetz sollen die Forstrechte — wofür wir schon Beispiele haben — in Übereinstimmung mit den Bauern abgelöst werden können. Wir haben das in einem Fall schon getan, und zwar in Oberbayern, wo wir den Forstberechtigten einen bestimmten Waldanteil gegeben haben; dafür sind die Forstrechte abgelöst worden.

(Baumeister: So ist es richtig!)

Dieser Waldanteil wird jetzt genossenschaftlich verwaltet und verwertet. Durch das neue Forstrechtsgesetz soll kein Zwang ausgeübt werden; die Methoden des Dritten Reiches sind vorüber,

(Baumeister: richtig!)

und auch der Gesetzgeber wird sich hüten, solche Methoden in irgendeiner Form wieder neu anzuwenden. Wir sind uns alle darüber klar, daß aber eine Vereinigung notwendig ist, und der Herr Kollege Dr. Franke hat das sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Der Herr Kollege Ortloph hat die Frage der Berufs-schulen angezogen. Ich darf, nachdem auch der Herr Kultusminister anwesend ist, hierzu einige grundsätzliche Ausführungen machen.

(Dr. Hundhammer: Hier sitzt der Abgeordnete Dr. Hundhammer!)

— In dem Fall spreche ich als Minister zu einem Minister.

(Dr. Hundhammer, sich auf die Regierungsbank begebend: Dann muß ich da hinauf gehen! — Heiterkeit.)

Die Frage der landwirtschaftlichen Berufsschulen muß in Bälde in irgendeiner Form gelöst werden. Ein Berufs-schullehrer muß unbedingt die Fachkenntnisse haben, die notwendig sind, um Bauernbuben und Bauernmädels zu unterrichten. Die Berufsschulen sind an die Stelle der Feiertagschulen getreten, und es ist bekannt, daß in diesen Berufsschulen junge Leute sitzen, die sich gerade in den Flegeljahren befinden. Das Handwerk der Landwirtschaft ist sehr vielseitig. Auf diesem Gebiet kann ein Schüler oder eine Schülerin an den Berufsschullehrer so verhängliche Fragen richten, daß die Autorität des Berufsschullehrers erledigt ist, wenn die Antwort nicht geschieht ausfällt.

Meine Frauen und Herren! Wir von der Landwirtschaft wollen nicht, daß die Berufsschulen deswegen vielleicht dem Landwirtschaftsministerium unterstellt werden; denn sie sind Schulen, die der Erziehung dienen. Wir wollen nur, daß die Berufsschullehrer von der Landwirtschaft zum mindesten so viel verstehen als die Schüler und Schülerinnen selbst. Mehr fordern wir gar nicht. Wie zum Beispiel ein Lehrer in einer Berufsschule für Schlosser zumindest ein ausgebildeter Schlosser sein muß, sollen unsere Berufsschullehrer das Handwerk des Bauern kennen. Ich bin sicher, daß Kollege Hundhammer in diesem Gedanken mit mir einig geht, weil ja auch er erkennt, welche große Bedeutung die Berufsschule hat. Wir erheben also nicht irgendeinen Anspruch auf die Berufsschule, sondern wünschen nur, daß wir gemeinsam die Probleme lösen. Und das wollte auch der Kollege Ortloph mit seinen Ausführungen erreichen.

Zu dem, was hier über das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ gesprochen worden ist, das, wie ich aus dem Stenogramm sehe, in zunehmendem

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Maße Regierung und Landtag kritisiert, stelle ich nur fest, daß ich selbst keinen Einfluß auf das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ habe, seit ich Minister bin. Es ist eine Angelegenheit der Redaktion selbst, wie sie sich hier verhält. Ich hoffe aber, daß die Kritik, die heute zum Ausdruck gebracht worden ist, mit dazu beiträgt, daß das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ gegenüber Regierung und Landtag eine Haltung einnimmt, die vollständig objektiv ist.

Wenn Kollege Dr. Loph noch befürwortet hat, daß die bewährten Landwirte und Landarbeiter ausgezeichnet werden sollen, so habe ich diese Anregung sehr gerne aufgenommen.

Nun beschäftige ich mich ganz kurz mit den Ausführungen des Kollegen Maier, eines Landsmannes von mir. Der Herr Kollege Maier hat an der Landessprache Kritik geübt. Er hat keine Namen genannt. Ich weiß, es ist hier ein Unrecht geschehen. Aber, meine Frauen und Herren, in Bausch und Bogen kann ich deswegen nicht eine Einrichtung verdammen, die sich immerhin in der Vergangenheit Verdienste erworben hat. Ich bin nicht dafür, daß irgendein Landesprüfer Handlungen vornimmt, die mit den geltenden Rechtsverhältnissen nicht mehr vereinbar sind. Die Zeiten des Kartoffelkrieges 1947 sind vorbei, in denen die Prüfer und die Gendarmen die Bauernhöfe von unten bis oben durchsuchten.

(Zuruf von der CSU: Baumgartner hat das angeordnet!)

Die weiteren Ausführungen des Kollegen Maier haben sich mit der Bewirtschaftung, mit der Zwangs- wirtschaft usw. befaßt. Er hat aber in diesem Falle die Rednertribüne verwechselt. Der Herr Kollege Maier wäre der beste Bundestagsabgeordnete; dort könnte er all die Fragen besprechen, die er heute hier angerührt hat. Diese Fragen gehören auf Grund der Bundesverfassung, wenn ich sie so nennen darf, leider zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes.

(Maier Anton: Was hat Bayern dazu beigetragen, um sie endlich aufzuheben?)

— Herr Kollege Maier, ich habe mich bisher bemüht — und das beweisen meine Einsparungen im Haushalt — im Vollzug all das zu tun, was ich einigermaßen noch machen kann. Manchmal aber sind meine Maßnahmen wieder aufgehoben.

Ich werde grundsätzlich noch ganz kurz bei meiner Antwort auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Hagen darauf zurückkommen, der ja auch zu diesem Problem gesprochen hat, allerdings in einem anderen Sinne als der Herr Kollege Maier.

Der Herr Kollege Weidner hat beanstandet, daß die Flurbereinigung in Bayern so wenig Fortschritte mache. Dies hängt jedoch damit zusammen, daß dieses Problem in seiner Gesamtheit noch nicht so erkannt worden ist, wie es notwendig wäre. Ich hoffe, daß wir hier sehr bald größere Fortschritte machen können, und habe ausgeführt, was im Jahre 1949 auf diesem Gebiet schon geschehen ist. Der Haushaltsausschuß hat nun drei neue Flurbereinigungsämter genehmigt, so daß ein rasches Vorwärtkommen in der Flurbereinigung erwartet werden kann.

Nun darf ich auf etwas eingehen, was an sich nicht im Rahmen meines Stats liegt; denn etatmäßig ist die Organisation Steffen selbständig und untersteht der Aufsicht des Finanzministeriums. Ich habe hier nur die Dienstaufsicht. Die Organisation Steffen, wie sie sich heißt, wurde durch einen Landtagsausschuß genau untersucht. Die Organisation hat sich zweifellos in der Vergangenheit große Verdienste erworben. So aber, wie die Dinge heute liegen, dürfte es endlich an der Zeit sein, sie wieder in normale Verhältnisse überzuführen. Solange die Militärregierung das Kontrollrecht hatte, war eine Neuorganisation nicht möglich. Heute sind die Verhältnisse anders und heute muß eine Organisation, die in der Hauptsache von ehemaligen Militäristen und Zahlmeistern geführt wird, demokratisiert werden.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich bin vom Ministerrat beauftragt worden, entsprechende Vorschläge zu machen und hoffe, daß ich den Bayerischen Landtag zu gegebener Zeit darüber informieren kann. Vor allem muß einmal all das wegfallen, was noch an den militärischen Charakter erinnert, und später muß an die Auflösung gedacht werden. Dann sind auch die Klagen vorbei.

Nun hat bekanntlich ein unglückseliger Erlass den Widerstand des Mittelstandes so stark herausgefordert. Man hat in Niederbayern und in der Oberpfalz außerhalb der Lagerversorgung der Flüchtlinge, also in den Städten, eigene Verkaufsstellen gegründet. Die Gründung dieser Verkaufsstellen war nach meinem Dafürhalten ein Unglück.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

und mußte Widerstand auslösen. Das Unglück ist aber noch dadurch vergrößert worden, daß man diese Verkaufsstellen, nachdem sie wieder aufgelöst waren, in Niederbayern und in der Oberpfalz, vor allem in Regensburg und Weiden, durch Warenkredite weiterhin unterstützte. Ich habe große Bedenken, ob wir alle Gelder jemals wiedersehen. Es handelt sich um rund 225 000 DM; bis jetzt sind, soviel ich weiß, 60 000 DM zurückbezahlt worden.

Meine Damen und Herren! Die Gelder der Organisation Steffen sind öffentliche Gelder, und sie hat nicht das Recht, diese Gelder ohne Zustimmung des Finanzministers irgendwie anders zu verwenden.

(Krempf: Sehr richtig! — Weitere Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Wenn sich Flüchtlinge zu einem sozialen Hilfswerk zusammengeschlossen haben, so ist das ihre eigene Angelegenheit. Sie müssen in den Konkurrenzkampf treten mit den Konsumvereinen, mit der Edeka, mit dem Einzelhandel. Der Staat als solcher kann nicht in irgendeiner Form die Geschäfte finanzieren, außer der Landtag oder der Finanzminister geben hierfür ihre Zustimmung. So ist die Situation. Ich sah mich veranlaßt, gegen die Leiter der beiden Niederlassungen der Organisation Steffen ein Verfahren einzuleiten; denn sie sollen nicht einmal den Leiter der Organisation von ihren Geschäften verständigt haben.

Nun habe ich heute Mittag ein Telegramm bekommen, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte und das zeigt, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Das Telegramm, das mir von einem Bundestagsabgeordneten geschickt wurde, hat folgenden Wortlaut:

(Staatsminister Dr. Schlögl)

An Staatsminister Dr. Alois Schlögl.

Unterausschuß Bayerische Notstandsgebiete besucht erste Hälfte Januar 1950 bayerische Grenzgebiete. Bitte alle Maßnahmen wie eventuell Schließung staatlicher Verteilungsstellen hintanzuhalten. Ausschuß wird sich besonders für derartige Notstandsmaßnahmen und Selbsthilfeeinrichtungen der Vertriebenen stärkstens interessieren.

(Krempf: Das ist der Höhepunkt!)

Meine Damen und Herren! Ich erkläre hier folgendes: Ich bin sehr erfreut, wenn Bundestagsabgeordnete Bayern besuchen; aber soweit geht es nicht, daß Bundestagsabgeordnete oder ein Ausschuß des Bundestags versuchen, in Exekutivmaßnahmen des bayerischen Landwirtschaftsministers einzugreifen.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut! Sehr richtig!)

Das geht zu weit. Ich werde dem Herrn zurücktelegraphieren, daß ich mich auf den Besuch freue, daß es aber nicht statthaft sei, den Versuch zu unternehmen, in dieser Form in Exekutivmaßnahmen des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einzugreifen.

(Bravorufe. — Zuruf: Herr Minister, bitte den Namen des Abgeordneten!)

— Weigert heißt er.

(Hemmersbach: Das soll bloß eine Anregung sein!)

— Was heißt „Anregung“? Man kennt solche Anregungen. Wenn ich der Anregung Folge leiste, weiß ich, was darauf folgt. Die Fragen, die hier gelöst werden sollen, sind bayerische Angelegenheiten.

(Gröber: Sehr gut! — Schefbeck: Die angeordneten Anregungen kennen wir! — Haas: Wenn es aber dann um Zuschüsse geht?)

— Was heißt hier Zuschüsse? Sie sollen den Flüchtlingen mehr Zuschüsse geben als bisher. Aber hier handelt es sich um den Streit zwischen Sozialem Hilfswerk und Mittelstandsorganisation, Konsumverein, Edeka usw. Auch die Vertreter der Konsumvereine bitten, Abhilfe zu schaffen. Ich verstehe ja, daß sich alle rühren. Soweit das Soziale Hilfswerk mit eigenen Mitteln arbeitet oder auch ordnungsgemäß unterstützt wird, habe ich gar nichts dagegen; aber so hinten herum, ohne Genehmigung, geht es nicht. Das ist eine Benachteiligung aller Organisationen, die sich mit dem Lebensmittelhandel überhaupt beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Weidner hat noch beanstandet, daß es in Zukunft nur zwei Brotsorten geben soll, nämlich Roggenbrot und Weißbrot. Diese Anordnung, die auch ich mit unterschrieben habe, hat den Zweck, den Roggenbrotkonsum möglichst zu heben. Was ich auf diesem Gebiete tun kann, werde ich tun. Der Roggenbrotkonsum wird gehoben werden, sobald es ein gutes Roggenbrot gibt. Das ist die Quintessenz der ganzen Angelegenheit. Dabei spielen die Ausmahlung und andere Dinge mit herein. Die Sache hat zur Zeit eine sehr große Bedeutung.

(Wimmer: Wie hoch ist jetzt die Ausmahlung?)

— 83 Prozent, Herr Kollege, offiziell.

Nun möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Hagen eingehen. Es hat mich außerordentlich interessiert, daß das Mitglied des Ernährungsbeirates, das so lange Zeit mit mir zusammen gearbeitet hat und auch heute noch mit mir arbeitet, von der Landtagstribüne aus verschiedene Dinge kritisiert hat. Meine Frauen und Herren! Die ganzen Schwierigkeiten liegen in dem System, das wir haben. Wir haben praktisch nicht mehr die Zwangswirtschaft, aber auch nicht die freie Wirtschaft. Wir haben heute ein Mittel Ding, eine Art Zwitter, von dem man nicht weiß, wie man es handhaben soll. Wir stoßen überall auf Schwierigkeiten, ganz gleich, wie Sie die Dinge anpacken. Ich darf zum Beispiel nur erwähnen, wie man in der Öffentlichkeit die Geschichte mit der Brotzeit im Landtag aufgefaßt hat. Ich bekomme noch heute eine Menge Briefe, obwohl es sich doch nur darum gehandelt hat, nachzuweisen, daß man in der Stadt München erstens kein Roggenbrot bekommt — ich habe dazu meine besten Leute, darunter den Theoretiker der Zwangswirtschaft, Regierungsdirektor Müller, herumgeschickt — und daß man zweitens eine billige Wurst erhalten kann. Das war der Zweck der Unterhaltung, die wir damals gepflogen haben.

Die Öffentlichkeit kritisiert heute aber alles, und ich werde für Dinge verantwortlich gemacht, die ich persönlich wirklich nicht zu vertreten habe. Ich raufe mich heute mit allen Berufsverbänden herum —, mit den Mehrgern hat es angefangen! Sie machen sich aber kein Bild davon, wie unangenehm alle Anordnungen aufgenommen werden, weil man zuviel von der freien Wirtschaft und allen möglichen Dingen spricht und dabei übersieht, daß wir auf diesen Gebieten nicht die volle Souveränität haben. Wir sind ja auf Einfuhren angewiesen, die in der Hauptsache von den Amerikanern bezahlt werden. Und wer zahlt, der schafft mit an. Die Folge ist, daß wir nicht tun können, was wir wollen. Wir brauchen die großen Einfuhren; infolgedessen ist die Frage der freien Wirtschaft beziehungsweise die Frage der Bewirtschaftung eine Angelegenheit, die im Gegensatz zu mir verankert ist. Ich will gar nicht alle Schuld auf den Bund abwälzen. Ich mache manche Dinge aus eigener Machtvollkommenheit und werde das auch in der Zukunft tun; man kann meine Anordnungen ja höchstens wieder aufheben. Ich wäre schon glücklich, wenn ich nur den Zeitpunkt der Endlösung wüßte, die aus dem derzeitigen Pendeln zwischen Bewirtschaftung und freier Wirtschaft herausführt.

(Zuruf von der SPD.)

Ich habe in meiner Eilatrede ausgeführt, daß wir von Bayern aus eine Endlösung in einer Marktordnung finden wollten. Leider hat man das Marktordnungsgesetz wieder aufgehoben. Herr Kollege Hagen, die Prügel, die Sie mir da versetzt haben, sind gut gemeint gewesen; ich nehme sie auch gerne hin. In Wirklichkeit leide ich aber unter der gegenwärtigen Systemlosigkeit. Wenn man auch Konferenzen mit den Herren in Bonn hat, so schwanken auch die —

(Hagen Lorenz: Ihr habt doch so viele Ministerkonferenzen, da müßt ihr zu einer Endlösung kommen!)

— Ja, die haben wir.

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Ich hätte gewünscht, daß man das bayerische Marktordnungs-gesetz nicht aufhob, denn dann hätten wir in Bayern bereits Erfahrungen, in welcher Art und Weise sich dieses Gesetz auswirkt; dann hätten wir den Plan. Man spricht ja heute auch im Bund davon, daß man die Marktordnung nach englischem Muster einführen wolle. Bis sich die Sache aber einmal einspielt, dauert es wieder viele, viele Zeit und unterdessen geht die Kritik weiter, die sich tatsächlich auf Dinge verlagert, für die ich praktisch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich erinnere nur an die leidige Eierfrage, die auch hier erörtert worden ist. Was bin ich in dieser Angelegenheit schon angesprochen worden, sogar von meiner eigenen Frau, die die Zusammenhänge nämlich auch nicht versteht.

(Hagen Lorenz: Aber sie leidet genau so darunter, wie alle anderen!)

Die Eier sind gegen meinen Rat freigegeben worden. Ich habe damals sofort und vierzehn Tage später noch einmal versucht, die Entwicklung einzufangen oder wenigstens auf die Verteilung noch Einfluß zu nehmen. Sie, Herr Kollege Hagen, als Mitglied des Ernährungsbeirats, wissen das ja. Man hat aber meine Verordnung von Frankfurt aus einfach aufgehoben. Wir stehen heute vor ungeheuren Preisen, auf die ich in der freien Wirtschaft praktisch keinen Einfluß habe. Die Preisfrage gehört nicht in das Hoheitsgebiet des Landwirtschaftsministeriums, sondern für diese Frage ist ein anderer Ministerkollege zuständig, der in seiner Preisbildungsstelle einen längeren Arm hat wie ich. Ich bitte Sie also, die Dinge so zu betrachten, wie sie in der Wirklichkeit sind. Auch auf dem Ernährungsssektor wünschen die einen die freie Wirtschaft, die andern die gelenkte Wirtschaft. Beide Systeme lassen sich nicht vereinen. Dazu spricht auch die Beschäftigungsmacht noch mit. Wir werden noch Monate brauchen, bis die Entwicklung Aussicht auf eine Endlösung bietet.

Ich darf aber doch feststellen, daß sich die Ernährungslage gebessert hat, wenn auch die Preisfrage heute noch nicht befriedigend gelöst ist, so daß wir alle eine gewisse Befriedigung haben müssen. Herr Kollege Hagen, ich werde mich mit Ihnen noch einmal privatim aussprechen. Ich glaube, daß ich doch noch aus einem Saulus einen Paulus mache, denn Sie haben im Ernährungsbeirat immer sehr positive Arbeit geleistet.

Nun möchte ich auf die sogenannten Skandale eingehen, die Sie angeführt haben; sie werden von meinem Ministerium überprüft. Wir hätten diese Skandale nicht, wenn man genau wüßte, wie die Dinge laufen würden. Das Bestreben bestimmter Wirtschaftskreise geht aber darauf hinaus, immer wieder zu versuchen, zum eigenen Vorteil aus reinem Egoismus auf Kosten der Allgemeinheit Geld zu verdienen.

(Hagen Lorenz: Da sind wir uns ja einig!)

— Wir sind uns jetzt schon einig geworden; ich stelle das gerne fest.

Meine Damen und Herren! Unsere Kollegin, Frau Zita Zehner, hat meine weiblichen Lehrkräfte etwas unter die Lupe genommen. Ich darf dazu feststellen, daß ich auf die Ausbildung meiner Lehrkräfte keinen Einfluß habe; denn sie gehört in ein

anderes Ressort. Ich bekomme sie ausgebildet in einem Alter, in dem ihre Erziehung keine Rolle mehr spielen kann. Sie wissen ja, wie empfindlich die jungen Damen sind; aber im allgemeinen möchte ich mich doch schüßend vor meine Lehrerinnen stellen. Nachdem Sie im Ausschuß in so großzügiger Weise Beförderungen genehmigt haben, will ich gerne versuchen, die Lehrkräfte durch weitere Schulung mit den Fragen vertrauter zu machen, die Frau Kollegin Zita Zehner soeben angeschnitten hat. Ich hoffe, daß auch in der Bäuerinnen-Organisation eine Einigung kommt, so wie es bei der Landjugend Gott sei Dank schon der Fall ist.

Zum Schluß darf ich noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Kiene, des Vorsitzenden des Ernährungs- und Landwirtschaftsausschusses eingehen, der die Schmerzen meines Ministeriums besonders gut kennt. Ich bin ihm sehr dankbar für seine Worte. Er weiß genau, wo mich der Schuh drückt. Er hat auch einige Ausführungen über meinen Amtsvorgänger gemacht. Dazu möchte ich feststellen, daß ich noch niemals, weder in der Öffentlichkeit noch hier im hohen Hause, irgendein Wort der Kritik meines Amtsvorgängers gebraucht habe. Die Damen und Herren hier sind meine Zeugen. Ich werde das auch nicht tun; denn ich halte es für undemokratisch, wenn ein Minister seinen Vorgänger kritisiert.

Ich bedauere nur eines, nämlich daß der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner diese selbstverständliche demokratische Einstellung nicht hat.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Er greift mich an, wo er kann. Wenn es so weitergeht, werde ich auch einmal gezwungen sein, auf die Dinge einzugehen, die Kollege Kiene zum Teil angedeutet hat.

(Zuruf von der CSU: Ausmisten!)

Meine Damen und Herren, ich habe nun im wesentlichen die Dinge behandelt, die in der Diskussion zu meiner Etairede noch einer Besprechung bedurften.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch einmal herzlich für Ihre objektive Stellungnahme gegenüber meinem Ministerium danken, und ich hoffe, daß sich die Fragen, vor allem der Ernährungswirtschaft, bald lösen lassen. Wenn das einmal der Fall sein wird, meine Frauen und Herren, dann wird viel Kritik von selbst verstummen; denn die Bemühungen um die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft sind eine Angelegenheit nicht nur der betreffenden Berufsstände und der Bauern, sondern des gesamten Volkes. Ich freue mich, daß der Bayerische Landtag in der Mehrzahl der Redner, die zum Etat sprachen, das erkannt hat. Wenn diese Erkenntnis allgemein vorhanden ist, dann ist es eine Freude, Landwirtschafts- und Forstminister zu sein, und ich hoffe —

(Zuruf von der SPD: Nicht auch Ernährungsminister?)

— Ja, den möchte ich langsam los werden, denn eine gute Landwirtschaft ist auch eine gute Ernährungswirtschaft. Die Marktordnung, an der die Gewerkschaften, die Bauernverbände und alle Verteilerorganisationen verantwortlich mitarbeiten, wie es in der Bayerischen Verfassung vorgesehen ist, soll die Bewirtschaftung auflösen. Ich hoffe, daß sich dann die Kritik nicht mehr gegen mich wendet. Ich freue mich auf den Tag, wo einmal diejenigen in all diese kläglichen Angelegenheiten

(Staatsminister Dr. Schlögl)

eingeschaltet sind, die die großen Berufsverbände vertreten; dann werde ich einmal der Ankläger werden.

(Hagen: Wenn wir also genug zu essen haben, wollen Sie auch wieder Ernährungsminister werden, nicht wahr?)

— Ja, dann mache ich ihn nebenbei am Rande noch mit!

Meine Damen und Herren! Das tragende Element der ganzen Aussprache ist die Erkenntnis gewesen, daß die Probleme der Landwirtschaft nicht mehr nur eine Angelegenheit der Bauern, sondern des gesamten Volkes sind. Diese eine Erkenntnis war es wert, daß nicht nur ich in meiner Etablierung, sondern daß Sie alle zusammen in ihren Ausführungen diese Fragen so eingehend behandelt haben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

II. Vizepräsident: Die Aussprache ist nunmehr geschlossen.

Ehe wir zur Abstimmung kommen, bitte ich das hohe Haus, die Beilage 3097, die Ihnen gedruckt vorliegt, zur Hand zu nehmen und einige Druckfehlerberichtigungen vorzunehmen.

Auf Seite 2 bei Kapitel 721 (Landwirtschaftliche Versuchsgüter und -felder), Titel 485 (Wirtschafts- und Betriebsausgaben) muß es statt 1 882 000 DM richtig heißen 394 700 DM.

Auf Seite 3 bei Kapitel 751 (Tierzüchtämter) muß es im Absatz „Zu Besoldungsgruppe A 2 c 1“ statt „4 Tierzüchtdirektoren“ richtig heißen „6 Tierzüchtdirektoren in gehobener Dienststellung neu“.

Auf Seite 3 ist vor dem Vortrag „Zu Besoldungsgruppe A 2 c 2“ die Zahl „209“ zu streichen.

Nach Vornahme dieser Berichtigungen kommen wir zur Abstimmung.

Ich rufe auf:

Abteilung A und B

Ernährung und Landwirtschaft

Zentrale Verwaltung

Kapitel 701 A. Ministerium

Nach dem gedruckten Haushalt beträgt die Summe der fortdauernden Einnahmen 112 900 DM. Der Ausschuß schlägt vor, bei den persönlichen Ausgaben den Ansatz in Titel 103 „Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte“ um 250 000 DM zu kürzen und damit die Summe der persönlichen Ausgaben auf 3 272 400 DM festzusetzen.

Im einschlägigen Personalausweis auf Seite 144 ist zu vermerken: „Weiterer Personalabbau ist bis zum 31. März 1950 vorgesehen, insgesamt mindestens 60 Stellen.“

In der Übersicht über Angestellte auf Seite 144 sind die in Spalte 3 „Im Haushalt 1949 erforderlich“ angegebenen Zahlen zu streichen und durch die gleichen Zahlen zu ersetzen, die in Spalte 2 „Am 1. Januar 1949 vorhanden“ vorgetragen sind. Die Zahl der Angestellten beträgt für 1949 wiederum 439. — Die Zahl der Arbeiter bleibt mit 46 unverändert, so daß die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter 485 beträgt.

Bei den persönlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß zu Titel 208 „haltung der Dienstkraftwagen

und -kraftwagen“ vor, den Ansatz von 95 000 DM auf 130 000 DM zu erhöhen. Die Summe der jährlichen Ausgaben beträgt dann 747 000 DM. Aus der Abgleichung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bei Kapitel 701 A ein Zuschußbedarf von 3 906 500 DM. — Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 701 B.

Sammelansätze für den Gesamtbereich
des Einzelplanes VIII

Abteilung A und B.

An fortdauernden Einnahmen sind 14 000 DM vorgetragen, an persönlichen Ausgaben 311 000 DM. — Bei den jährlichen Ausgaben beantragt der Ausschuß den Ansatz in Titel 204 „Unterhaltung der Dienstgebäude“ um 200 000 DM auf 700 000 DM zu erhöhen. Die Summe der jährlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 735 600 DM und die Gesamtsumme der Ausgaben, einschließlich der persönlichen Ausgaben, auf 1 046 600 DM. In der Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bei Kapitel 701 B ein Zuschußbedarf von 1 032 600 DM.

Auch hier stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 701 C.

Sonstige Bewilligungen für den Gesamtbereich
des Einzelplanes VIII.

An fortdauernden Einnahmen sind 1 315 000 DM vorgetragen. Bei den „Allgemeinen Haushaltsausgaben“ haben sich in den Ausschüßverhandlungen sehr weitgehende Änderungen gegenüber dem gedruckten Voranschlag ergeben. Es sind nur die Titel 320, 325, 370, 375, 385, 390, 412, 420, 430, 432, 450 und 460 unverändert geblieben. Neu eingefügt wurden die Titel 311 „Errichtung von Neusiedlerstellen im Zuge der Bodenreform“ mit 6 500 000 DM, 312 „Gefährdung von heimatvertriebenen Landwirten nach dem Flüchtlings-Siedlungsgesetz“ mit 2 000 000 DM und 376 „Förderung landwirtschaftlicher Notstandsgebiete“ mit 70 000 DM; diese bewilligten Mittel sind übertragbar. Bei den Titeln 310, 330, 335, 336, 337, 350, 360, 378, 400, 410, 440, 445 und 455 sind überall die Haushaltsansätze und zum Teil die Titel-Bezeichnungen sowie auch die Bemerkungen zu den einzelnen Titeln geändert. Wegen der hier im einzelnen maßgebenden Ausschüßbeschlüsse verweise ich auf die Beilage 3097. Die Gesamtsumme der allgemeinen Haushaltsausgaben des Kapitels 701 C erhöht sich damit von 10 795 000 DM auf 19 280 000 DM.

Bei den „Einmaligen Ausgaben“ wird ein Titel 510 mit 250 000 DM und ein Titel 520 mit 200 000 DM neu eingefügt und bei Titel 531 der Betrag von 15 000 DM auf 115 000 DM erhöht. Die genaue Bezeichnung der neuen Titel ist auf Beilage 3097 Seite 2 aufgeführt. Die Gesamtsumme der einmaligen Ausgaben erhöht sich damit auf 625 000 DM und der Zuschußbedarf des Kapitels 701 C auf 18 590 000 DM.

Die Gesamtabgleichung des Kapitels 701 mit den Abschnitten A, B und C ergibt einen Gesamtzuschußbedarf von 23 529 100 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

(II. Vizepräsident)

Ich rufe auf:

Kapitel 702.
Ernährungsämter
Abteilung A.

Bei den fort dauernden Einnahmen schlägt der Ausschuß vor, in Titel 3 „Gebühren und Strafen“ den Ansatz von 400 000 DM auf 250 000 DM zu kürzen. Die Gesamtsumme der fort dauernden Einnahmen ermäßigt sich damit von 406 500 DM auf 256 500 DM.

Bei den persönlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß in Titel 103 „Hilfsleistungen durch nicht-beamtete Kräfte“ eine Verminderung um 4 000 000 DM auf 4 320 000 DM. — In Auswirkung dieser Kürzung ergibt sich beim Stellenplan auf Seite 144/145 in der dritten Spalte folgende Aufstellung:

Vergütungsgruppe II	—	7
Vergütungsgruppe III	—	83
Vergütungsgruppe IV	—	25
Vergütungsgruppe V b	—	128
Vergütungsgruppe VI b	—	178
Vergütungsgruppe VII	—	552
Vergütungsgruppe VIII	—	330
Vergütungsgruppe IX	—	35.

Gegenüber dem gedruckten Haushalt bedeuten diese Zahlen eine Minderung um 762 Stellen. Ein weiterer Personalabbau ist bis zum 31. Dezember 1949 bzw. bis zum 31. März 1950 um 448 Stellen vorgesehen, davon in

Vergütungsgruppe V b	—	5
Vergütungsgruppe VI b	—	1
Vergütungsgruppe VII	—	255
Vergütungsgruppe VIII	—	152
Vergütungsgruppe IX	—	35.

Bei Titel 115 „Aufwandsentschädigung an die ehrenamtlichen Leiter“ schlägt der Ausschuß eine Kürzung um 50 000 DM auf 130 000 DM vor. Damit beträgt die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben 4 471 900 DM.

Bei den sächlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß in den Titeln 200, 201, 203, 206, 208, 209 und 213 jeweils eine Herabsetzung der in der gedruckten Vorlage enthaltenen Beträge. Die neu vorgeschlagenen Ansätze sind auf Beilage 3097 Seite 2 im einzelnen angegeben. Die Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben vermindert sich von 2 345 000 DM auf 1 265 000 DM.

Die Gesamtsumme der Ausgaben des Kapitels 702 vermindert sich damit von 10 866 900 DM auf 5 736 900 DM. In der Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben bleibt dann bei Kapitel 702 ein Zuschußbedarf von 5 480 400 DM.

Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 703.

Bayerisches Landesernährungsamt.

Hier schlägt der Ausschuß vor, Titel 3 „Gebühren und Strafen“ mit 4 500 000 DM zu streichen und dafür einen neuen Titel 3 a einzufügen mit der Bezeichnung „Abgaben gemäß dem Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 2. November 1948

und der Verordnung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 15. März 1949“. Als neuer Einnahmebetrag sind 5 320 000 DM vorgesehen. — Titel 6 „Vermischte Einnahmen“ soll auf 40 000 DM erhöht und Titel 28 „Einnahmen aus dem Markt- und Frachtausgleich“ um 375 000 DM auf 12 600 000 DM ermäßigt werden. Mit diesen Änderungen ergibt sich dann eine Summe der fort dauernden Einnahmen von 17 960 000 DM.

Bei den persönlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß vor, in Titel 103 „Hilfsleistungen durch nicht-beamtete Kräfte“ den Betrag von 420 000 DM auf 2 504 000 DM zu erhöhen. Diese Erhöhung hat folgenden Grund: Bisher konnten aus den sächlichen Ausgaben bei Titel 355 auch persönliche Ausgaben bestritten werden. Jetzt sollen diese persönlichen Ausgaben bei dem zuständigen Titel, also Titel 103, geführt und der Personalstand im Stellenausweis einzeln ausgewiesen werden. Auf diese Weise erscheinen insgesamt 562 Stellen als Zugang, nämlich 526 Angestellte und 36 Arbeiter. Dem steht ein Abgang von 30 Stellen gegenüber, so daß der tatsächliche Zugang 532 Stellen beträgt. Bis 31. März 1950 werden davon weitere 210 Stellen abgebaut, nämlich:

Außertariflich	—	1
Vergütungsgruppe II	—	2
Vergütungsgruppe III	—	11
Vergütungsgruppe IV	—	13
Vergütungsgruppe V b	—	21
Vergütungsgruppe VI b	—	41
Vergütungsgruppe VII	—	36
Vergütungsgruppe VIII	—	70
Vergütungsgruppe IX	—	12
Vergütungsgruppe X	—	3.

Der Stellenausweis auf Seite 145, Spalte 3 erfährt folgende Neufassung:

Außertarifliche Angestellte	—	1
tarifliche Angestellte,		
Vergütungsgruppe I	—	5
Vergütungsgruppe II	—	5
Vergütungsgruppe III	—	6
Vergütungsgruppe IV	—	3
Vergütungsgruppe V b	—	2
Vergütungsgruppe VI b	—	7
Vergütungsgruppe VII	—	1.

Davon werden bis 31. März 1950 5 Stellen abgebaut, nämlich:

Außertariflich	—	1
Vergütungsgruppe II	—	1
Vergütungsgruppe IV	—	1
Vergütungsgruppe VI b	—	2.

Bei den persönlichen Ausgaben kommen neu hinzu: Titel 106 „Unterstützungen und Beihilfen“ mit 15 800 DM, Titel 108 „Trennungsentschädigung“ mit 11 000 DM, Titel 109 „Abfindungen und Übergangsgelder“ mit 24 300 DM, Titel 117 „Aufwandsentschädigungen an nichthauptamtlich tätige Personen“ mit 160 000 DM. Die Summe der persönlichen Ausgaben beträgt 2 715 100 DM.

Bei den sächlichen Ausgaben werden die Titel 200, 201, 202, 203, 206, 208, 209, 210, 213, 213 a neu eingefügt. Die jeweils einschlägigen Beträge sind

(II. Vizepräsident)

auf Beilage 3097, Seite 2 aufgeführt. Bei Titel 355 tritt infolge der Verlagerung der persönlichen Kosten eine Senkung von 15 580 000 DM auf 12 600 000 DM ein. Die Bemerkung im gedruckten Haushalt „Aus diesen Mitteln dürfen auch persönliche Ausgaben bestritten werden“ ist zu streichen.

Die Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben beträgt jetzt 13 574 900 DM und die Gesamtsumme der fort-dauernden Ausgaben, also einschließlich der persönlichen Ausgaben 16 290 000 DM.

In der Abgleichung der Einnahmen mit den Ausgaben verbleibt bei Kapitel 703 ein Überschuß von 1 670 000 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 704. Obere Siedlungsbehörden,

Kapitel 706. Landstelle München,

Kapitel 711. Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz,

Kapitel 712. Landesfaatuchtanstalt,

Kapitel 713. Landesanstalt für Moormwirtschaft.

Die in der gedruckten Vorlage enthaltenen Ansätze in Einnahmen und Ausgaben bleiben nach den Vorschlägen des Ausschusses unverändert. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 714. Moormwirtschaftsstellen.

An Einnahmen sind 2019 400 DM, an persönlichen Ausgaben 349 600 DM vorgesehen. Bei den sächlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß in Titel 485 „Wirtschafts- und Betriebsausgaben“ eine Erhöhung um 100 000 DM auf 1 882 000 DM. Die Summe der sächlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 2 037 200 DM und die Gesamtsumme der fort-dauernden Ausgaben auf 2 386 800 DM. Dadurch ergibt sich bei Kapitel 714 ein Zuschußbedarf von 367 400 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt:

Kapitel 721. Landwirtschaftliche Versuchsgüter- und -felder.

Die fort-dauernden Einnahmen betragen 323 000 DM, die persönlichen Ausgaben 105 000 DM. Bei den sächlichen Ausgaben tritt bei Titel 485 „Wirtschafts- und Betriebsausgaben“ eine Erhöhung um 30 000 DM auf 394 700 DM ein. Dementsprechend erhöht sich die Gesamtsumme der sächlichen und die Gesamtsumme der fort-dauernden Ausgaben und damit auch der Zuschußbedarf dieses Kapitels, um 30 000 DM auf 212 000 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Bei

Kapitel 722. Verpachtete Staatsgüter bleiben die Haushaltsansätze nach der gedruckten Vorlage unverändert. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 731. Flurbereinigungsämter.

Die Summe der fort-dauernden Einnahmen und der persönlichen Ausgaben bleibt

unverändert. Bei den sächlichen Ausgaben treten bei den Titeln 206, 208 und 209 die auf Beilage 3097 angegebenen Erhöhungen ein, wodurch sich dann in der Abgleichung der Zuschußbedarf von 4 607 200 DM auf 4 722 200 DM erhöht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 741. Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftsschulen.

Im Untertitel ändern sich die Zahlen in „110 Landwirtschaftsämter“ und „100 Landwirtschaftsschulen“.

Die Summe der fort-dauernden Einnahmen von 222 200 DM bleibt unverändert. Bei den persönlichen Ausgaben erhöht sich in Titel 103 „Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte“ um 60 000 DM auf 2 950 500 DM. Im Stellenausweis auf Seite 150 erhöht sich die Zahl der Angestellten der Vergütungsgruppe III in der dritten Spalte um 20 auf 120. Damit erhöht sich auch die Gesamtzahl der Angestellten, Arbeiter und Hilfskräfte von 780 und 800. Die Summe der persönlichen Ausgaben beträgt dann 4 473 300.

Bei den sächlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß in Titel 206 „Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen“ eine Erhöhung um 70 000 DM auf 230 000 DM und in Titel 209 „Reisekosten“ eine Erhöhung um 180 000 DM auf 550 000 DM vor. Die Summe der sächlichen Ausgaben erhöht sich also auf 1 277 200 DM.

Der Zuschußbedarf des Kapitels 741 beträgt somit 5 528 300 DM. — Ich stelle hierzu die Zustimmung des Hauses fest.

Eine neue Überschrift erhielt:

Kapitel 742. Ländliche Hauswirtschaftsberatung und ländliche Hauswirtschaftsschulen.

Der Untertitel lautet: (110 hauswirtschaftliche Beratungsstellen, 80 ländliche Hauswirtschaftsschulen).

Die Summe der Einnahmen mit 273 000 DM bleibt unverändert. Bei den persönlichen Ausgaben erhöht sich der Betrag in Titel 100 „Besoldungen“ um 80 000 DM auf 408 000 DM. Im Stellenausweis auf Seite 134 sind neu einzusetzen: 6 Regierungsräte nach A 2 c 2, 14 Oberlehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltskunde nach A 3 b und 30 Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltskunde nach A 4 b 2. Die Summe der persönlichen Ausgaben beträgt bei dieser Vermehrung der Stellenzahl 1 005 600 DM.

Bei den sächlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß in Titel 209 „Reisekosten“ eine Erhöhung um 23 000 DM auf 143 000 DM vor. Damit erhöht sich die Summe der sächlichen Ausgaben auf 554 400 DM.

Nach der Abgleichung mit den Einnahmen beträgt der Zuschußbedarf 1 287 000 DM. — Ich stelle hierzu die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 743. Webschulen,

Kapitel 744. Staatliche Vogelschutzwarte Garmisch-Partenkirchen,

Kapitel 745. Erweiterter landwirtschaftlicher Beratungsdienst.

(II. Vizepräsident)

Der Ausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme der Ansätze und der gedruckten Vorlage. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf:

Kapitel 751. Tierzuchtämter.

Hier schlägt der Ausschuß vor, bei den persönlichen Ausgaben in Titel 100 „Besoldungen“ den Ansatz um 30 000 DM auf 256 900 DM und in Titel 103 „Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte“ um 50 000 DM auf 1 150 000 DM zu erhöhen. Die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 1 461 400 DM. Im Stellennachweis der planmäßigen Beamten auf Seite 135 sind insgesamt vorzutragen 14 Tierzuchtdirektoren in gehobener Dienststellung nach A 2 c 1, 12 Tierzuchtdirektoren nach A 2 c 2 und 18 Landwirtschaftsräte ebenfalls nach A 2 c 2. Beim Stellennachweis der nichtbeamteten Hilfskräfte auf Seite 152 erhöht sich die Zahl der Angestellten nach Vergütungsgruppe Vb um 2, der Vergütungsgruppe VIb um 14, der Vergütungsgruppe VII um 6, der Vergütungsgruppe VIII ebenfalls um 6, zusammen also um 28 neue Stellen.

Bei den sächlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß eine Erhöhung vor, und zwar bei Titel 206 um 30 000 DM auf 67 400 DM und bei Titel 209 um 50 000 DM auf 464 000 DM. Die Summe der sächlichen Ausgaben erhöht sich also auf 622 400 DM.

Damit erhöht sich der Zuschußbedarf des Kapitels 751 auf 2 083 800 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 752. Landesanstalt für Tierzucht in Grub.

Die fortdauernden Einnahmen sind mit 419 300 DM veranschlagt. Bei den persönlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß zu Titel 100 „Besoldungen“ eine Erhöhung um 5 000 DM auf 56 300 DM vor. Im Ausweis der planmäßigen Beamten auf Seite 135 ist 1 Abteilungsleiter nach A 2 c 1 neu und bei der Besoldungsgruppe A 4 c 2 sind 2 Mellinspektoren statt einem einzusetzen. Die Gesamtzahl der beamteten Kräfte erhöht sich also von 7 auf 9. Mit dieser Änderung erhöhen sich die persönlichen Ausgaben auf 243 300 DM.

Bei den sächlichen Ausgaben beantragt der Ausschuß zu Titel 485 „Wirtschafts- und Betriebsausgaben“ eine Erhöhung um 140 000 DM auf 707 600 DM.

In der Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich dann bei Kapitel 752 ein Zuschußbedarf von 626 400 DM. — Das Haus stimmt dem Vorschlag zu.

Kapitel 753. Milchleistungsprüfungen.

Der Ausschuß beantragt die unveränderte Annahme der Haushaltsansätze in der gedruckten Vorlage. — Ich stelle die Annahme fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 754. Lehr- und Versuchsanstalten und Lehrgüter für Tierzucht und Viehhaltung.

In fortdauernden Einnahmen sind 287 000 DM vorgesehen, an persönlichen Ausgaben 63 200 DM. Bei den sächlichen Aus-

gaben beantragt der Ausschuß zu Titel 485 eine Erhöhung um 15 000 DM auf 225 400 DM. Die Summe der sächlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 257 100 DM, der Zuschußbedarf auf 33 300 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Bei den Kapiteln

755. Milchwirtschaftslehr- und Versuchsanstalten,

761. Gestütsämter,

762. Stammgestüte,

763. Pferdezüchtinspektoren,

764. Hufbeschlagsschulen

beantragt der Ausschuß unveränderte Annahme der Haushaltsansätze in der gedruckten Vorlage. — Das Haus stimmt dem zu.

Ich rufe auf:

Kapitel 772. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Weitzhöchheim.

Die fortdauernden Einnahmen mit 339 400 DM sollen unverändert bleiben. Bei den persönlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß in Titel 103 eine Erhöhung um 5 000 DM auf 83 300 DM. Die Erhöhung ist begründet durch eine neue Stelle nach Vergütungsgruppe IV und durch Erhöhung der Stellenzahl bei Vergütungsgruppe VII von 3 auf 4. Die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter erhöht sich damit von 18 auf 20. Die Summe der persönlichen Ausgaben beträgt dann 153 200 DM.

Bei den sächlichen Ausgaben befürwortet der Ausschuß in Titel 340 „Schulbesuchsbeihilfen“ eine Erhöhung um 10 000 DM auf 11 200 DM und zu Titel 485 „Wirtschafts- und Betriebsausgaben“ eine Erhöhung um 75 000 DM auf 440 000 DM. Das gibt dann eine Summe der sächlichen Ausgaben von 481 400 DM.

Der Zuschußbedarf beläuft sich auf 295 200 DM. — Das Haus stimmt den Haushaltsansätzen mit den von mir bekanntgegebenen Änderungen zu.

Kapitel 773. Leitung und Überwachung der Reb- lausbekämpfung.

Der Ausschuß empfiehlt unveränderte Annahme. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Kapitel 774. Rebveredelungsanstalten und Rebschnittgärten.

Die Summen der fortdauernden Einnahmen mit 183 500 DM und der persönlichen Ausgaben mit 18 500 DM bleiben unverändert.

Bei den sächlichen Ausgaben beantragt der Ausschuß in Titel 485 eine Erhöhung um 30 000 DM auf 210 000 DM. Die Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 253 500 DM. Der Zuschußbedarf beträgt 88 500 DM. — Das Haus stimmt dem zu.

Es folgt:

Kapitel 775. Rebzüchtung.

Die fortdauernden Einnahmen mit 33 000 DM und die persönlichen Ausgaben mit 20 100 DM bleiben unverändert. Bei den sächlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß zu Titel 478 eine Erhöhung um 6 000 DM auf 10 000 DM und zu Titel 485 um 5 000 DM auf 35 200 DM. Das

(II. Vizepräsident)

ergibt eine Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben von 55 800 DM und einen Zuschußbedarf von 42 900 DM.

— Das Haus ist damit einverstanden.

Kapitel 776. Lehr- und Versuchsgüter für Wein-, Obst- und Gartenbau und

Kapitel 777. Staatsweingut Würzburg.

Der Ausschuß empfiehlt unveränderte Annahme.

— Es ist so beschloffen.

Ich rufe auf:

Kapitel 778. Landesanstalt für Bienenzucht.

Die fortdauernden Einnahmen mit 5 700 DM sollen unverändert bleiben. Bei den persönlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß zu Titel 103 eine Erhöhung um 2 000 DM auf 8 900 DM vor und damit eine Erhöhung der persönlichen Ausgaben auf 37 700 DM. Im Ausweis der nichtbeamteten Hilfskräfte auf Seite 157 erhöht sich die Zahl der Angestellten in Vergütungsgruppe VII von 1 auf 2 Stellen und damit die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter von 3 auf 4.

Bei den sächlichen Ausgaben empfiehlt der Ausschuß einen neuen Titel 340 „Schulbesuchsbeihilfen“ mit 2 000 DM einzusetzen und zu Titel 476 eine Erhöhung um 17 000 DM auf 18 000 DM. Die Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben erhöht sich damit auf 29 200 DM.

Der Zuschußbedarf des Kapitels 778 beträgt 61 200 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

In der Abgleichung ergibt sich für Einzelplan VIII, Abteilung A und B, Ernährung und Landwirtschaft, eine Gesamteinnahme von 26 010 300 DM, eine Gesamtausgabe von 72 963 900 DM und damit ein Zuschußbedarf von 46 953 600 DM.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Teil des Einzelplans VIII mit den von mir bekanntgegebenen Abschlußziffern zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke und stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Abteilung C. Ministerialforstabteilung
Zentrale Verwaltung

Kapitel 791 A. Ministerialforstabteilung,

Kapitel 791 B. Sammelansätze für den Gesamtbereich der Staatsforstverwaltung.

Der Ausschuß beantragt für beide Kapitel die unveränderte Annahme des gedruckten Haushaltsentwurfs mit einer Gesamtsumme der fortdauernden Einnahmen von 3 017 400 DM, einer Gesamtsumme der fortdauernden Ausgaben von 11 089 000 DM und einer einmaligen Ausgabe mit 2,5 Millionen DM. Die Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sodann einen Zuschußbedarf von 10 571 600 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 792. Bezirksverwaltung (Regierungsforstämter).

Auch hier beantragt der Ausschuß unveränderte Annahme der Haushaltsansätze mit 8 100 DM in den fortdauernden Einnahmen und 1 940 270

DM in den fortdauernden Ausgaben, woraus sich ein Zuschußbedarf von 1 932 170 DM berechnet. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Kapitel 793. Örtliche Verwaltung (Forstämter).

Die Summe der Verwaltungseinnahmen mit 1 385 000 DM bleibt unverändert. Bei den Einnahmen aus dem Forstbetrieb wird bei Titel 20 „Einnahmen aus der Verwertung von Holz und Rinde“ der Haushaltsansatz von 169 900 000 DM auf 149 900 000 DM zurückgesetzt. Dadurch kürzt sich auch die Gesamtsumme der Einnahmen aus dem Forstbetrieb von 174 525 000 DM auf 154 525 000 DM. Die Einnahmen aus Jagd und Fischerei und sonstige Einnahmen bleiben unverändert.

Bei den Ausgaben bleiben die persönlichen Verwaltungsausgaben unverändert, ebenso die sächlichen Verwaltungsausgaben, beide zusammen mit 18 735 100 DM.

Bei den Ausgaben für den Forstbetrieb erhöht sich bei Titel 306 „Forstkulturen“ der Ansatz von 8 Millionen DM auf 12 Millionen DM und damit die Summe der Ausgaben für den Forstbetrieb von 50 575 000 DM auf 54 575 000 DM.

Mit diesen Änderungen ergibt sich bei Kapitel 793 folgender Abschluß: Summe der Einnahmen 156 045 000 DM, Summe der Ausgaben 73 512 100 DM, so daß ein Überschuß von 82 532 900 DM bleibt.

Ich rufe auf:

Kapitel 794. Forstschulen in Lohr a. M. und Reihem,

Kapitel 795. Forstl. Forschungsanstalt in München,

Kapitel 796. Bayerische Holzwirtschaftsstelle.

Die Etatsansätze dieser Kapitel bleiben unverändert.

Es ergibt sich in der Abgleichung des Haushalts der Staatsforstverwaltung eine Summe der Einnahmen von 159 525 350 DM, eine Summe der Ausgaben von 89 677 100 DM und damit ein Überschuß von 69 848 250 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Für den Gesamthaushalt Einzelplan VIII, also die Abteilungen A, B und C, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ergibt sich dann folgender Abgleich:

Einnahmen	185 535 650 DM,
Ausgaben	162 641 000 DM und damit ein
	Überschuß von 22 894 650 DM.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dieser Abgleichung und damit dem Gesamthaushalt des Einzelplanes VIII die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Der Ausschuß hat zu dem Haushalt neun Anträge angenommen, die auf Beilage 3097 Seite 4 im einzelnen aufgeführt sind. Zu Nr. 9 dieser Anträge, der sich mit der Erhöhung der Mittel für Forstkulturen befaßt, darf ich feststellen, daß der erste Teil dieses Antrags, nämlich die Bereitstellung weiterer 4 Millionen, in unserer Abstimmung bereits berücksichtigt ist. Es bleibt also nur noch, über den zweiten Teil des Antrags hinsichtlich eines Vorgriffs auf das Rechnungsjahr 1950 für weitere Betriebsmittel abzustimmen.

(II. Vizepräsident)

men. Nach Rücksprache mit den beiden Berichterstattern schlage ich dem Hause vor, dem Antrag unter Nr. 9 folgende Fassung zu geben:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ersucht, über die im Nachtragsetat Einzelplan VIII, Kapitel 793, Titel 306 untergebrachten 4 Millionen DM hinaus für diesen Titel im Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1950 weitere Betriebsmittel bis zu 4 Millionen DM bereitzustellen.

Wenn nicht ausdrücklich gewünscht wird, daß über jeden Antrag einzeln abgestimmt wird, lasse ich über sämtliche 9 Ausschußbeschlüsse zusammen abstimmen. — Es erhebt sich kein Widerspruch; ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die den auf Beilage 3097 Seite 4 aufgeführten 8 Ausschußbeschlüssen und der von mir eben bekanntgegebenen Neufassung des Antrags unter Nr. 9 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke; ich konstatiere die Zustimmung des Hauses.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Staatsregierung auf Ermächtigung zur Aufnahme von Anlehen (Beilagen 3186, 3184).

Aus dem Antrag der Staatsregierung ist nun ein Gesetz über Anlehen und Betriebsmittel des bayerischen Staates geworden. Der Gesetzentwurf liegt Ihnen rotarisiert vor.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet der Herr Abgeordnete Dr. L o p h; ich erteile ihm das Wort.

Ortloff (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des Bayerischen Landtags! Ich muß aus dem Gedächtnis berichten, weil gestern erst der Haushaltsausschuß die Angelegenheit besprochen hat und der stenographische Bericht noch nicht vorhanden ist. Der Inhalt des Gesetzes, das Ihnen auf Beilage 3186 vorliegt, wurde gestern im Haushaltsausschuß besprochen.

Wie Herr Kollege Dr. H o e g n e r heute zu Beginn der Sitzung erwähnte, ist von dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Dr. Stang, wohl zum Ausdruck gebracht worden, daß es sich nicht um die Verbesse-
rung eines Gesetzes handle, was aber dann in der Hitze des Gefechtes übersehen worden ist. Durch das Landtagsamt wird Ihnen heute der Beschluß des Haushaltsausschusses in Form eines Gesetzes vorgelegt.

(Dr. Stang: Dann hätte man ja bis heute ein Gesetz machen können!)

— Das Gesetz liegt jetzt vor.

(Dr. Hoegner: Das Gesetz ist heute früh gefertigt worden; das ist im Handumdrehen geschehen. —

Zuruf des Abgeordneten Dr. Stang. — Dr. Hoegner: Dann hätte es länger gedauert.)

Durch das Gesetz soll der Staatsminister der Finanzen ermächtigt werden, den im außerordentlichen Teil des

Haushaltsplans auf Rechnung von Anlehen vorgesehenen Bedarf von 125 Millionen DM durch Anlehen in dem erforderlichen Nennbetrag zu beschaffen und hiefür etwa notwendige Sicherheitsleistungen zu gewähren.

Diese 125 Millionen DM werden benötigt:

1. für einen Kredit in Höhe von 100 Millionen DM der Bayerischen Staatsbank auf ein Jahr, für den die Währungsbank in Frankfurt im Bedarfsfall die Refinanzierung zugesagt hat;

2. für einen Kredit der Zusatzversorgungsanstalt in Amberg auf vier bis fünf Jahre in Höhe von 5 Millionen DM;

3. für einen weiteren Kreditbetrag bis zu 5 Millionen DM, über den noch die Verhandlungen schweben;

4. für die Hingabe von Schuldverschreibungen an die Grundbesitzer zur teilweisen Abfindung ihrer Forderungen aus der Bodenreform in Höhe von 13,5 Millionen DM und

5. für den vom Landtag bereits genehmigten Kredit der Rückversicherung zum Ausbau eines Gebäudes für die Militärregierung in Höhe von 1,8 Millionen DM.

Die Dringlichkeit der Vorlage ergibt sich aus der Tatsache, daß bis jetzt noch kein Haushaltsgesetz vorliegt und daher dem Finanzministerium noch keine Kreditermächtigung zusteht. Sie ist materiell begründet in dem Ende Dezember auftretenden außerordentlichen Geldbedarf des bayerischen Staates und in der in Aussicht stehenden Beratungspause des Bayerischen Landtags.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt Ihnen, dieses Gesetz anzunehmen. Es fand im Haushaltsausschuß einstimmige Zustimmung.

II. Vizepräsident: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Dr. H u n d h a m m e r gemeldet.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich sehe aus der Formulierung, daß die Dringlichkeit des Gesetzes hier ausdrücklich festgestellt wird. Ich glaube, das ist gestern nicht ausdrücklich beschlossen worden. Es erscheint mir notwendig, daß ein solcher Beschluß gefaßt wird. Ich stelle fest, daß die Fraktion der CSU dem zustimmt.

(Dr. Hoegner: Ich habe das heute früh schon erklärt und den § 2 verlesen.)

II. Vizepräsident: Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung; ihr liegt der Wortlaut des Gesetzes auf der rotarisierten Beilage 3168 zugrunde.

Ich rufe auf § 1. — Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem § 1 die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf § 2. Darin wird das Gesetz für dringlich erklärt. Es soll am 1. Dezember 1949 in Kraft treten. — Auch hier stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein. — Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aus-

(II. Vizepräsident)

sprache. — Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**; ihr liegt der Text des Gesetzes in der Fassung der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf § 1 —, § 2 —. Ich stelle fest, daß das Gesetz auch in der zweiten Lesung die **Z u s t i m m u n g** des Hauses gefunden hat.

Wir kommen zur **S c h l u ß a b s t i m m u n g** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke Ihnen. Ich stelle die **Z u s t i m m u n g** des Hauses fest.

Der Titel lautet:

Gesetz über Anlehen und Betriebsmittel des bayerischen Staates im Rechnungsjahr 1949.

Das Gesetz hat die Einleitung:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Stöck und Genossen betreffend Erhöhung des Entlassungsgeldes für Heimkehrer (Beilagen 3183, 3049).

Berichterstatter ist Abgeordneter **P r e c h t l**; ich erteile ihm das Wort.

Prechtl (CSU) [Berichterstatter]: Meine Frauen und Herren! Das stenographische Protokoll der Ausschußverhandlungen liegt mir noch nicht vor; ich muß also ebenfalls aus dem Gedächtnis referieren.

In seinen zwei letzten Sitzungen am Dienstag und Mittwoch dieser Woche hat sich der Haushaltsausschuß mit dem Antrag **Stöck und Genossen** (Beilage 3049) beschäftigt; der Antrag lautet:

Das derzeitig an die aus Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden ausgezahlte Entlassungsgeld in Höhe von DM 90,— wird auf den Betrag von DM 200,— zuzüglich einer Beihilfe für Bekleidung erhöht.

Der Berichterstatter wies unter Bekanntgabe dieses Antrags auf die Eingaben hin, die von Seiten des Landkreisverbandes Bayern und des Bayerischen Städteverbandes sowie von Seiten des Zentralverbandes der Heimkehrer eingereicht wurden. In diesen Eingaben werde das bisher gewährte Entlassungsgeld in Höhe von 90 DM als unzulänglich bezeichnet und gebeten, es möge in einem Nachtragshaushalt des Arbeitsministeriums aus Staatsmitteln aufgestockt werden. Auch in diesen Eingaben werde der Betrag von 200 DM genannt. Dabei werde erwähnt, daß ein Gesetz des Bundes zu erwarten sei, das die Verhältnisse der Heimkehrer regeln werde.

Zur Begründung des Antrags sprach der Abgeordnete **Stöck**. Er betonte, daß es selbstverständlich unmöglich sei, irgendwie in Geld das abzugelten, was die Heimkehrer während ihrer Gefangenschaft seelisch und körperlich gelitten hätten.

Der **A u s s c h u ß** war sich auch darüber einig, daß mit diesem Entlassungsgeld nur eine ganz geringe Entschädigung, eigentlich nur eine Anfangsentschädigung für die Arbeitsleistungen gegeben werde, die die Heimkehrer in ihrer Kriegsgefangenschaft leisten mußten. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieses Entlassungsgeld mehr oder weniger nur eine Erstausstattung der Heimkehrer darstelle.

Herr Staatssekretär Dr. Grieser vom Arbeits- und Sozialministerium nahm Stellung zu der Behauptung, die in den Eingaben des Bayerischen Städteverbandes und des Landkreisverbandes aufgestellt worden war, daß Bayern in der Gewährung des Entlassungsgeldes gegenüber den anderen Ländern weit zurückbleibe. Er stellte fest, daß Nordrhein-Westfalen auf Anordnung der englischen Besatzungsmacht als Entlassungsgeld 40 DM für den gewöhnlichen Mann und 80 DM für den Offizier gebe,

(Stöck: hört, hört!)

daß dieser Betrag aber dann noch freiwillig um je 25 DM erhöht worden sei. Er teilte in seinen Darlegungen ferner mit, daß Hessen 50 DM gewähre, während Württemberg-Baden wie Bayern bis jetzt 90 DM gegeben haben. In warmen Worten legte Herr Staatssekretär Dr. Grieser dann dar, daß die Heimkehrer mit dieser verhältnismäßig geringen Summe des Entlassungsgeldes nur eine kleine Abschlagszahlung erhielten.

In einer langen Debatte, an der sich verschiedene Mitglieder des Ausschusses beteiligten, wurde allgemein anerkannt, daß der gewährte Betrag unter den heutigen Verhältnissen gering sei. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß auch die Bekleidungsbeihilfe, die jeder Heimkehrer erhalte, immerhin eine beträchtliche Hilfe darstelle, die, in Geld bewertet, pro Mann etwa 180 Mark ausmache. Es würden ein Anzug, ein Mantel,

(Zuruf von der SPD: nicht jedem!)

Leibwäsche und Schuhe gegeben. Es müsse also anerkannt werden, daß auch nach dieser Richtung etwas geleistet werde. Ebenso sei jedem bedürftigen Heimkehrer eine gewisse Erholungszeit in Heimkehrererkolungsheimen, franken Heimkehrern ein Aufenthalt in Krankenhäusern zugesichert. Außerdem werde Heimkehrern, die nicht sofort wieder in eine Arbeitsstelle kommen oder in ihrem Beruf in irgendeinen Betrieb zurückkehren können, Arbeitslosenfürsorge gewährt. Weiterhin ist noch darauf hingewiesen worden, daß die Heimkehrer ein Recht darauf haben, in ihre früheren Stellungen zurückzukehren, seien es solche der öffentlichen Verwaltung oder privater Betriebe.

Die eingehende Debatte bewegte sich immer wieder um die Frage, wie die Mittel gefunden werden sollen, mit denen die Erhöhung des Entlassungsgeldes abgedeckt werden könne.

Von Seiten des Finanzministeriums machte Herr Ministerialrat Dr. **Barbarino** darauf aufmerksam, welche große Schwierigkeiten die Abgleichung des Haushalts schon mit sich bringe und welche Anforderungen sich aus diesem Antrag auf Erhöhung des Entlassungsgeldes auf 200 DM pro Mann als Mehrleistungen ergeben würden.

(Pöschl [CSU])

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde durch Herrn Staatssekretär Dr. G r i e s e r festgestellt, daß über Moschendorf täglich durchschnittlich 180 bis 200 Heimkehrer nach Bayern kommen, so daß sich ein monatlicher Zugang von 5 600 bis etwa 6 000 Heimkehrern ergibt. Blicke man nun bei einem Betrag von 200 DM pro Heimkehrer, so würde sich für die Zeit vom 1. Dezember dieses Jahres bis etwa Sommer des nächsten Jahres eine Mehrausgabe von etwa 3 Millionen DM ergeben. Bis dahin sei mit der täglichen Heimkehr von ungefähr der gleichen Zahl ehemaliger Kriegsgefangener zu rechnen. Diese Mehrausgabe im Haushalt unterzubringen, erscheine aber geradezu unmöglich. Es sei jedoch durch Übertragung verschiedener vielleicht nicht voll in Anspruch genommener Positionen die Möglichkeit gegeben, aus Mitteln, die dem Arbeits- und Sozialministerium zur Verfügung stehen, vielleicht auf eine Erhöhung des Entlassungsgeldes bis zu 120 DM zu kommen.

In dem Hin und Her der Debatte — wobei ich wieder betone, daß allseits einmütig die Auffassung bestand, dieses Entlassungsgeld stelle nur den Anfang einer Entschädigung für das dar, was die Heimkehrer durchgemacht haben — kam man schließlich dahin überein, den Vermittlungsvorschlag anzunehmen, den Herr Staatsminister Dr. H u n d h a m m e r in der ersten Sitzung machte, die Staatsregierung möge beauftragt werden, sofort zu prüfen, wieweit eine Erhöhung des Entlassungsgeldes haushaltsmäßig zu ertragen sei.

Der Vertreter des Finanzministeriums wies darauf hin, daß er sich in dieser Frage zuerst noch mit anderen, zumal mit den benachbarten süddeutschen Ländern, ins Benehmen setzen wolle. Der A u s s c h u ß war aber der Auffassung, daß man nicht so lange warten könne, bis eine Einigung zustande komme; noch weniger könne gewartet werden, bis etwa das in Aussicht gestellte B u n d e s g e l d für die Heimkehrer zur Tat werde.

Der Ausschuß schloß sich also dem Vermittlungsvorschlag des Herrn Staatsministers Dr. H u n d h a m m e r an. In der zweiten Sitzung, die am Mittwoch nachmittag stattfand, wurde der Antrag der Staatsregierung dem Ausschuß zur Kenntnis gegeben. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Beschluß der Staatsregierung, für die Heimkehrer in der Zeit vom 1. Dezember 1949 bis Ende März 1950 das Entlassungsgeld von 90 DM auf 150 DM zu erhöhen, wird die Genehmigung erteilt.

Dieser Antrag wurde auf Grund des Antrags auf Beilage 3049 von Seiten der Staatsregierung dem Ausschuß vorgelegt. Nach einer nochmaligen Debatte, in der nachgewiesen wurde, daß die Mittel im wesentlichen aus dem Etat des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge bereitgestellt werden können, gab der Ausschuß dem Antrag seine Zustimmung.

Ich bitte das hohe Haus ebenfalls, diesem Antrag zuzustimmen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile dem Herrn Abgeordneten S t o c k das Wort.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Wie Sie aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters gehört haben, wurde in unserem Antrag ein Entlassungsgeld in Höhe von 200 DM vorgeschlagen. Ich weiß, daß auch mit der Zahlung dieser 200 DM nicht all das abgegolten werden kann, was die Heimkehrer unter Umständen sieben, acht und noch mehr Jahre lang gelitten haben.

Ich stelle nun mit Befremden fest, daß man die in diesem Antrag vorgesehenen 200 DM auf 150 DM reduziert hat. Diese Herabsetzung kann aus dem Statte recht heraus nicht begründet werden.

(Michel: Aber mit der Verfassung!)

Wenn wir genau nach etatrechtlichen Gründen handeln wollten, so wäre zu sagen, daß wir weder für die 150 DM noch für die 200 DM eine Deckung haben. Man hätte deswegen genau so gut auch etwas großzügiger sein und für diese Leute auch die 200 DM bewilligen können.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! — Zuruf von der CSU: Warum geben andere westdeutsche Länder nicht mehr? — Weiterer Zuruf.)

— Bitte, mein Antrag hat auf 200 DM gelautet.

Ich möchte deshalb nochmals an das Plenum das Ersuchen richten, für die Heimkehrer, die doch wirklich für den Staat mit am meisten gelitten haben, anstatt der 150 DM 200 DM festzusetzen.

(Bravorufe und Beifall bei der SPD. —

Michel: Das ist bloß Propaganda!)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. G r i e s e r.

Staatssekretär Dr. Grieser: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, es bei dem Beschluß zu belassen, den gestern der Haushaltsausschuß einstimmig gefaßt hat.

(Dr. Stang: Sehr richtig! — Dr. Hundhammer: Einstimmig! — Stoß: Ich war nicht mehr da.

— Dr. Hundhammer: Das war einstimmiger Beschluß. Das sind Propagandareden hinten nach. — Stoß: Wir haben hier noch nie Propaganda gemacht, das haben wir immer anderen überlassen. — Michel: Schaffen Sie doch die Mittel dafür her. — Stoß: Woher habt Ihr die Mittel für die vierte und fünfte Universität? — Dr. Hundhammer: Dafür brauchen wir 300 000 DM und dort 3 Millionen. — Stoß: Für die Universität brauchen Sie mindestens 20 Millionen. — Dr. Hundhammer: Heuer nicht und nächstes Jahr auch nicht!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete S t o c k hatte beantragt, das Entlassungsgeld von 90 DM auf 200 DM zu erhöhen, und d a n e b e n die Bekleidungsbeihilfe zu geben. Nun bitte ich zu beachten, was gestern im Ausschuß schon dargelegt wurde, daß zu der ordentlichen Bekleidungsbeihilfe im Werte von rund 180 DM im Bedarfsfalle eine W e i h n a c h t s bekleidungsbeihilfe im Werte von etwa 30 bis 35 DM hinzukommt. Der Heimkehrer erhält neben der ordentlichen Bekleidungsbeihilfe für Weihnachten für die Zeit vom 1. Dezember 1949 bis Ende Februar 1950 außerdem ein Hemd, eine Unterhose und ein Paar Strümpfe. Auch für die Heimkehrerinnen ist eine entsprechende Weih-

(Staatssekretär Dr. Grieser)

nachtsbekleidungs-hilfe vorgesehen. Mit anderen Worten: Die Staatsregierung hat zu dem Geldbetrag noch eine Sachleistung hinzugefügt. Wenn Sie zu der Erhöhung des Entlassungsgeldes auf 150 DM den Wert der Sachleistung hinzurechnen, kommen Sie beinahe auf insgesamt 200 DM.

Der Herr Abgeordnete Stöck hatte die 200 DM nur für den Fall vorgesehen, daß lediglich die ordentliche Bekleidungsbeihilfe gewährt wird. Sie sehen also, daß der Heimkehrer im Grunde fast den Betrag von 200 DM zum Teil in Geld und im übrigen in Sachleistungen erhält.

Ich könnte leicht auf die Leistungen hinweisen, die andere Länder geben; zum Teil ist das schon geschehen. Nordrhein-Westfalen gibt im Grunde 65 DM für den Mann.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! — Dr. Hundhammer: Und Niederfachsen?)

Einzelne Gemeinden geben dazu noch Zulagen, aber unter der sehr fragwürdigen Bezeichnung „Empfangsgeschenk“. Ich habe im Ausschuß schon gesagt, daß eine solche Bezeichnung unwürdig für einen Heimkehrer ist, der acht, zehn und elf Jahre lang von seiner Familie getrennt war. Ihm gibt man kein Empfangsgeschenk, sondern ein Entlassungsgeld. Das Entlassungsgeld ist kein bloßes Geschenk, es ist ein Übergangsgeld für den Übergang vom Lager in die Heimat, von der Unfreiheit in die Freiheit, von der Reparationsarbeit für die Heimat in den harten Wettbewerb um eine neue Existenz in der Heimat.

(Stöck: Richtig!)

Wir haben geglaubt, die Gesamtleistung von rund 200 DM in einen Geldbetrag von 150 DM und im übrigen auf Sachleistungen aufteilen zu sollen. Ich bitte Sie dringend, belassen Sie es bei dem Beschluß, den der Ausschuß gestern gefaßt hat.

(Bereinzelter Beifall.)

II. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Herr Abgeordneter Stöck, halten Sie Ihren Antrag aufrecht?

(Stöck: Ich halte meinen Antrag mit 200 DM aufrecht. — Widerspruch rechts. — Staatsminister Dr. Kraus: Ich bitte ums Wort!)

Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Kraus.

Staatsminister Dr. Kraus: Hohes Haus! Ich bin für die Finanzpolitik verantwortlich und muß Ihnen erklären, daß ich nicht in der Lage bin, im Haushalt einen höheren Betrag unterzubringen, als er hier mit 150 DM vorgeschlagen worden ist. Es ist der Staatsregierung nicht leicht gefallen, diesen Betrag dem hohen Hause vorzuschlagen, denn der Landtag weiß mit uns, wie sehr beengt unsere Finanzlage bereits ist und daß wir gerade in den letzten Monaten sehr bedeutende Summen für konsumtive Aufwendungen verausgaben mußten, also für Aufwendungen, die nicht etwa der Wirtschaft, sondern dem Konsum zufließen. Diese Tatsache hat die Finanzminister bei der letzten Finanzministerkonferenz in Bonn sehr stark beunruhigt. Bei der bestehenden großen Arbeitslosigkeit wären für unser Volk an sich nicht konsumtive Aufwendungen notwen-

dig, sondern es wäre richtiger, daß wir das Heer der Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung wieder in Arbeit und Brot bringen.

Ich will mich nun nicht grundsätzlich etwa gegen diese Zuwendungen für die Heimkehrer aussprechen. Wir sind aber nicht in der Lage, höhere Summen unterzubringen, wenn wir eine verantwortungsvolle Finanzpolitik treiben wollen. Wir lehnen auch nicht etwa aus etatrechtlichen Gründen die Bewilligung dieser Summe ab, wie der Herr Abgeordnete Stöck eben gemeint hat. Wir glauben, daß wir diesen Betrag gerade noch zur Not im Haushalt unterbringen können.

(Dr. Hundhammer: Was macht die Erhöhung von 90 DM auf 150 DM im ganzen aus?)

—1,38 Millionen DM. Ich ersuche Sie deshalb, im Interesse eines ausgeglichenen Haushalts es bei dem Ausschlußbeschluß zu belassen.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haas.

Haas (SPD): Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Stöck war gestern nicht mehr im Haushaltsausschuß anwesend, als diese Frage entschieden wurde. Es wurde vorhin jedoch der Vorwurf erhoben, daß es sich um einen Propagandaantrag seinerseits handeln könnte. Ich möchte zu diesem Vorwurf doch feststellen, daß mit dem Antrag bereits genügend Propaganda getrieben worden ist. Wir haben den Antrag im Haushaltsausschuß eingebracht. Die Regierung hat sich zum Teil dagegen gewehrt. Es wurde dann beschlossen, daß der Ministerrat am Montag darüber entscheiden soll. Trotzdem ist in der öffentlichen Darstellung nicht davon die Rede gewesen, daß der Antrag von der Sozialdemokratie eingebracht wurde. Man sprach nur davon, daß der Ministerrat die Erhöhung beschlossen habe. Der Antrag ist auf unseren ausdrücklichen Wunsch eingebracht worden, und man hätte schon aus Gründen der Ehre Veranlassung gehabt, zu sagen, daß der sozialdemokratische Antrag auf Zahlung eines Entlassungsgeldes von 200 DM nicht durchführbar ist, sondern daß die Regierung nur 150 DM zubilligen könne.

(Op den Orth: Sehr gut!)

Wir haben gestern zugestimmt, daß 150 DM genehmigt werden. Ich glaube, daß unsere Fraktion auch heute diesem Antrag ihre Zustimmung geben wird.

II. Vizepräsident: Ich lasse über den Antrag abstimmen. Ich nehme an, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten Stöck damit gegenstandslos geworden ist. Wir haben uns also nur mit dem Antrag zu beschäftigen, der dem Ausschußbeschluß zugrunde liegt. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrag des Ausschusses zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Die hierzu einschlägigen Eingaben 1. des Bayerischen Städteverbandes in München, 2. des Zentralverbandes der Heimkehrer, Bezirksverband Oberfranken in Bayreuth, 3. des Landkreisverbandes Bayern in München betreffend Entlassungsgelder für heimkehrende Kriegsgefangene werden durch obige Beschlußfassung für erledigt erklärt. — Ich stelle das fest.

(II. Vizepräsident)

Einem Wunsche des Herrn Wirtschaftsministers entsprechend, kommen wir nun zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 —,

der auf der Tagesordnung von vorgestern stand. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Orth. Ich erteile ihm das Wort.

Orth (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des Bayerischen Landtags! Ich habe Ihnen über Einzelplan VII Bericht zu erstatten.

(Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

II. Vizepräsident: Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Es ist das größte Gewicht darauf gelegt worden, das Kraftfahrzeuggesetz noch zu verabschieden.

(Op den Orth: Sehr gut!)

Wenn wir jetzt den Haushalt für das Staatsministerium für Wirtschaft beraten, ist es vollständig abgeschlossen, daß wir morgen dieses Gesetz noch verabschieden können.

II. Vizepräsident: Der Herr Staatsminister für Wirtschaft ersuchte heute, einen Teil seiner Eatrede vortragen zu dürfen. Er wird dann seine Rede abbrechen. Das ist der Beratung des Kraftfahrzeuggesetzes bestimmt nicht hinderlich. Ich bin von verschiedenen Kollegen eigens ersucht worden, das Kraftfahrzeuggesetz heute nicht mehr zur Beratung zu bringen. — Herr Abgeordneter Dr. Hoegner, bitte!

Dr. Hoegner (SPD): Dann muß man sich aber über solche Fragen unterhalten. Es war vereinbart worden, daß das Kraftfahrzeuggesetz und die kleineren Berichte unter allen Umständen beraten werden sollten, damit wir morgen freie Hand für die Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums haben. Die Beratung des Kraftfahrzeuggesetzes wird bestimmt nicht in zwei Stunden erledigt sein.

II. Vizepräsident: Es wird bestimmt morgen um 9 Uhr behandelt.

Dr. Hoegner (SPD): Damit wird es nicht fertig. Es geht jetzt alles völlig durcheinander.

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Orth, bitte!

Orth (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des Bayerischen Landtags! Aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Hoegner entnehme ich, daß es der Wunsch des Bayerischen Landtags ist, mich so kurz wie möglich zu fassen.

(Dr. Hoegner: Das ist gerade die richtige Schlußfolgerung!)

Ich komme diesem Ersuchen sehr gerne nach, bitte aber, mir dann nicht den Vorwurf zu machen, daß ich vielleicht nicht gründlich genug gewesen bin.

(Stod: Dann geben Sie den Bericht den Stenographen, und die Ausführungen kommen in das Protokoll!)

— Gut, einverstanden.

Wir können die Sache sehr kurz machen, um so mehr, als der gesamte Etat in zweieinhalb Stunden beraten wurde. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Wimmer.

Ich darf gleich darauf hinweisen, daß am 30. September 1949 die Auflösung des Landeswirtschaftsamtes erfolgte. Die Zahl der Beamten im Bereich des Wirtschaftsministeriums ist von 174 im Jahre 1947 auf 182 im Jahre 1948 gestiegen und wieder auf 174 im Jahre 1949 gefallen. Ende des Jahres wird der gesamte Personalstand des Wirtschaftsministeriums auf 755 Personen reduziert sein. Der Haushalt des Jahres 1949 weist gegenüber dem Haushalt des Jahres 1948 eine Einsparung von 4 583 000 DM aus; das stellt eine 38prozentige Einsparung dar.

Für das Geologische Landesamt sind acht neue Stellen vorgesehen, und zwar für die Fortführung der Bodenkartierungen und Bodenforschung. Die Mehrung dieser Stellen liegt nicht so sehr im Interesse des Wirtschaftsministeriums, als vielmehr des Landwirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums und der Gemeinden.

Herr Staatsminister Dr. Seidel führte zum Etat seines Ministeriums aus, daß durch die Auflösung des Landeswirtschaftsamtes am 1. Oktober weitere Arbeitskräfte frei würden, von denen einige allerdings wieder übernommen werden müßten. Das Ministerium habe sich dazu entschlossen, die noch verbliebenen Bewirtschaftungsaufgaben den Regierungswirtschaftsämtern zu übertragen und somit zu dezentralisieren. Das Ministerium habe weiterhin sehr genau geprüft, ob nicht eine stärkere Konzentration möglich sei, so daß jeder Leerlauf vermieden werde.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß sämtliche Positionen des Einzelplans VII einstimmig angenommen wurden; der Beschluß des Haushaltsausschusses vom 13. Juli 1949 lautet:

Der Landtag wolle beschließen, den Haushalt unverändert zu genehmigen.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß in der 129. Sitzung am 7. Dezember 1949 ein Ergänzungshaushalt vorgelegt wurde. In diesem Ergänzungshaushalt werden 120 000 DM verlangt als Zuschuß an das Institut für Wirtschaftsforschung in München und 540 000 DM als Darlehen zum Umbau industrieller Feuerungsanlagen für den Verbrauch oberpfälzischer Braunkohle. Die Ausgabe dieser 120 000 DM wurde ebenfalls einstimmig genehmigt; auch der Betrag von 540 000 DM fand einstimmige Genehmigung, weil diese 540 000 DM zur Durchführung eines Beschlusses des Landtags dienen.

Nach der Debatte über diese Punkte wurde außerdem noch seitens des Herrn Ministerialrats Dr. Barharino vorgetragen, daß das Wirtschaftsministerium noch einen weiteren Betrag von 120 000 DM für Fremdenverkehrswerbung im Ausland, insbesondere im Zusammenhang mit den Oberammergauer Passionsspielen benötige. Auch dieser Betrag wurde genehmigt. Ausdrücklich wurde aber betont, daß auch die anderen Teile unseres bayerischen Vaterlandes, insbesondere die bisher vernachlässigten Teile, in Zukunft solche Mittel zur Durchführung der Fremdenverkehrswerbung bekommen sollen. Es wurde ein neuer

(Ortloph (CSU))

Artikel eingefügt und hierüber folgender Beschluß gefaßt:

Der Antrag, in Kapitel 601 einen neuen Titel „Zuschüsse und Darlehen für Fremdenverkehrswerbung im Ausland“ mit dem Betrag von 120 000 DM einzufügen und dafür den Ansatz in Kapitel 602 Titel 103 von 1 207 000 auf 1 087 000 DM herabzusetzen, wird einstimmig genehmigt.

(Stang: Aber nicht bloß für Oberammergau, sondern schon heuer für alle!)

Ich habe das bereits zum Ausdruck gebracht.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag des Ausschusses ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichtserstatter. Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Zietsch das Wort.

Zietsch (SPD): Ich möchte doch noch einmal die Frage aufwerfen, ob nicht bezüglich der Tagesordnung anders verfahren werden sollte, als das Haus im Augenblick beschloß. Ich habe den Eindruck, daß wir mit der Tagesordnung nicht fertig werden, wenn wir so weiterfahren. Es sind aber noch so wichtige Angelegenheiten in diesen Sitzungstagen zu erledigen, daß über sie unbedingt beschlossen werden muß. Ich erinnere nur an die Anträge zur Baunotabgabe. Das Ministerium und die Öffentlichkeit müssen Bescheid wissen, wie zu verfahren ist. Deshalb müssen diese Anträge vorweg erledigt werden. Dem Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft kann es nicht schaden, wenn er nicht in diesen Sitzungstagen, sondern erst im Januar erledigt wird. Die Anträge zur Baunotabgabe aber übertragen keine Verzögerung, ebensowenig das Gesetz über die Kraftfahrzeugzuweisungen. Ich bin deshalb der Meinung, daß diese beiden Gegenstände vorweg behandelt werden müssen.

Ich beantrage daher, jetzt mit dem Tagesordnungspunkt des Haushalts des Wirtschaftsministeriums abzubrechen. Der Herr Staatsminister ist sowieso im Augenblick nicht in der Lage, seinen Etat zu vertreten. Ich halte es auch für unmöglich, daß ein Minister seine Rede hier nur zu Protokoll gibt; er muß sie persönlich halten. Wie wir hören, soll drei Stunden lang über den Etat gesprochen werden. Eine solche Debatte würde unsere Tagesordnung so ausdehnen, daß wir nicht mehr zu den anderen Punkten kämen. Ich glaube daher, wir sollten hier abbrechen und auf der Tagung im Januar mit der Rede des Herrn Wirtschaftsministers weiterfahren.

II. Vizepräsident: Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhamer das Wort.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich möchte zunächst an den Herrn Staatsminister für Wirtschaft die Frage richten, ob sich in seinem Etat Positionen befinden, die im einzelnen aus zwingenden Gründen vor Weihnachten verbessert werden müßten. Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich den Ausführungen des Herrn Vorredners beipflichten; denn dann können wir mit dem Beginn der Beratungen über den Etat des Wirtschaftsministeriums ebensogut bis nach Weihnachten warten.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel.

Staatsminister Dr. Seidel: Es ist eine Reihe solcher Positionen vorhanden. Sehr wichtig ist zum Beispiel der Betrag von 120 000 DM für die Fremdenverkehrswerbung. Wenn aber alle die bis jetzt nicht erledigten Tagesordnungspunkte noch behandelt werden, kann ohnehin über meinen Etat nicht abgestimmt werden, selbst wenn ich jetzt und morgen früh meine Etatrede halte.

Ich bin nur ärgerlich über die Tatsache, daß man sich nicht an die Tagesordnung gehalten hat. Hätte man das getan, so wäre mein Etat bereits verabschiedet. Es ist für einen Minister nicht einfach, in einem solchen Schwebeszustand zu leben. Ich sitze nun drei Tage hier und warte darauf, daß ich dem hohen Haus meinen Etat begründen kann.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhamer.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Beschwerde, die der Herr Staatsminister für Wirtschaft vorbringt, ist zweifellos gerechtfertigt. Jetzt ist aber die Zeit schon fortgeschritten und ein Faktum geschaffen; der Herr Wirtschaftsminister wird ebenfalls der Meinung sein, daß eine Verabschiedung seines Etats vor Weihnachten nicht mehr ermöglicht werden kann. Dagegen würde ich es durchaus für möglich halten, daß für den einen oder anderen besonders dringlichen Etatposten die Genehmigung zur vorgriffsweisen Verausgabung erteilt wird, wie wir es auch schon bei anderen Etats gemacht haben. Vielleicht kann der Herr Staatsminister für Wirtschaft uns morgen diese dringenden Positionen benennen, dann können wir über sie sofort abstimmen und die Ermächtigung zu ihrer Verausgabung geben. Im übrigen können wir die Beratungen des Wirtschaftsetats nach Neujahr in Angriff nehmen.

(Zietsch: Einverstanden.)

II. Vizepräsident: Es ist nicht die Schuld des Präsidenten, daß die Tagesordnung nicht in der Reihenfolge erledigt werden kann, wie vorgesehen war; es haben sich leider so viele Beratungsgegenstände dazwischen geschoben. Auch der Landwirtschaftsetat mußte geteilt werden; er wurde vor 14 Tagen in Angriff genommen und konnte erst heute zu Ende geführt werden.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner zur Geschäftsordnung.

Dr. Hoegner (SPD): Ich bin auch ärgerlich darüber, daß das, was ich mit dem Herrn Präsidenten besprochen hatte, umgeworfen worden ist, ohne daß ich verständigt wurde, weil anscheinend ein anderes Mitglied des Hauses mit seinen Vorschlägen durchgedrungen ist.

II. Vizepräsident: Der Herr Wirtschaftsminister ist, wie ich feststelle, damit einverstanden, daß wir so verfahren, wie vorgeschlagen wurde.

Als nächster Beratungsgegenstand kommt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Piehler und Genossen betreffend Verlängerung des Gesetzes zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft (Beilage 3168).

Dieser Punkt der Tagesordnung ist sehr dringlich. Berichtserstatter ist der Herr Abgeordnete Stinglwagner.

(Zietsch: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Zietsch das Wort.

Zietzsch (SPD): Ich bitte, anschließend an diesen Gegenstand die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 7 c) und d) der Tagesordnung für die 133. Sitzung zu behandeln, die ebenso dringlich sind.

(Bezold Otto: Wie lauten diese?)

Sie betreffen die Baunotabgabe und einen Überbrückungskredit an den bayerischen Flußspatbergbau.

II. Vizepräsident: Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (CSU): Das Gesetz über die Kraftfahrzeugbereinigung ist meines Erachtens außerordentlich wichtig und dringlich. Ich glaube, daß über diese Vorlage wohl eine umfangreiche Debatte stattfinden wird. Ich möchte daher dem Hause vorschlagen, diesen Punkt der Tagesordnung zunächst zu behandeln.

II. Vizepräsident: Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Das Verkehrsministerium ist augenblicklich nicht vertreten. Wir müssen die Vertreter des Ministeriums erst rufen lassen. Inzwischen können einige kleinere Angelegenheiten erledigt werden.

(Piehler: Der vom Herrn Präsidenten aufgerufene Punkt wird in kurzer Zeit erledigt sein.)

II. Vizepräsident: Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Piehler und Genossen betreffend Verlängerung des Gesetzes zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft (Beilage 3168).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Stinglwagner. Er ist augenblicklich nicht anwesend.

(Piehler: Ich bin bereit, die Berichterstattung zu übernehmen.)

— Die Berichterstattung übernimmt der Herr Abgeordnete Piehler; ich erteile ihm das Wort.

Piehler (SPD) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Am 31. März 1948 beschloß der Bayerische Landtag das Gesetz zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft. Zur Durchführung dieses Gesetzes wurde beim Wirtschaftsministerium eine Dienststelle mit einem Staatsbeauftragten errichtet. Das Gesetz läuft am 31. Dezember 1949 ab. Ich habe im Einvernehmen mit meiner Fraktion den Antrag eingebracht, dieses Gesetz bis zum 31. Dezember 1950 zu verlängern.

Bei der Beratung im Wirtschaftsausschuß wurden gegen die Verlängerung Bedenken erhoben, weil das Gesetz mit den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr ganz übereinstimme. Ich habe dem zugestimmt und dann einen neuen Antrag eingebracht:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Bemühungen zur bestmöglichen Verwertung der bayerischen Braunkohle fortzusetzen und zu diesem Zwecke die Dienststelle des Staatsbeauftragten für die Brennstoffversorgung gemäß Gesetz Nr. 110 zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft bis 31. Dezember 1950 aufrechtzuerhalten.

Die Begründung meines Antrages geht davon aus, daß die oberpfälzische Braunkohle schon immer stark umstritten gewesen ist. Es ist darüber schon so viel gesprochen worden, daß es wohl nicht nötig sein wird, all das Gesagte noch einmal zu wiederholen. Nun zeigt sich aber zum erstenmal seit unseren ganzen Bemühungen um die Verfeuerung der Braunkohle ein Erfolg. Es wurden neue Kessleinrichtungen gebaut, die in zwei Fällen bereits in Betrieb sind. In dem einen Fall hat uns der Besitzer einer Tonwarenfabrik erklärt, daß er durch die Verfeuerung der Braunkohle nicht nur 30 Prozent an Brennstoff erspart, sondern daß sich dadurch auch die Brenndauer um 30 Prozent vermindert habe, so daß die Produktion gesteigert werden könne. Der Besitzer einer mittleren Anlage hat uns sogar erklärt, daß er gegenüber dem bisher verfeuerten Koks eine Ersparnis von 60 Prozent erzielte. Ich betone, daß nicht ich das sage, sondern daß die Besitzer der Anlagen uns das erklärt haben. Einige der Herren Abgeordneten sind ja Zeugen gewesen. Das scheint mir immerhin ein Erfolg zu sein, der es nun meines Erachtens notwendig macht, die Dienststelle, die die ganzen Arbeiten bis jetzt im Einvernehmen mit der Technischen Hochschule — wie ich eigens betonen möchte — durchgeführt hat, auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Ich bitte deshalb, dem Antrag zuzustimmen, daß das Staatsministerium für Wirtschaft ersucht werden soll, diese Dienststelle bis 31. Dezember 1950 beizubehalten.

II. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter ArEMPL.

ArEMPL (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei dieser Berichterstattung stimmt etwas nicht. Es müßte mindestens auch der Beschluß des Ausschusses bekanntgegeben werden; denn die Mehrheit des Ausschusses, Herr Kollege Piehler, hat den Antrag in dieser Fassung abgelehnt, weil sich der Ausschuß, soviel ich weiß — und so hat auch Herr Kollege Stinglwagner berichtet — auf den Standpunkt gestellt hat, daß zur Förderung der oberpfälzischen Kohle und für eine gewisse Propaganda für diese neuen Heizanlagen usw. eine weitere Besetzung des Postens, um den es sich hier handelt, nicht notwendig ist. Man war der Ansicht, es könnten und sollten die Förderungsmaßnahmen auf andere Weise organisiert werden. Es ist für mich wichtig, zu wissen, wie der Ausschlußbeschluß tatsächlich lautet.

(Piehler: Ich habe ihn ja verlesen! — Dr. Hoegner zeigt dem Redner den Beschluß auf Beilage 3168.)

— Da kann etwas nicht stimmen; denn so war es nicht.

(Zietzsch: Der Antrag auf Beilage 3168 trägt den Vermerk: „Zustimmung zu folgendem neuen Antrag des Abgeordneten Piehler“. Dieser Antrag allein steht zur Abstimmung.)

Die Diskussion ging darum, ob wir den Mut haben, überflüssige Posten abzubauen, oder ob wir diesen Mut nicht haben. Die Braunkohlenausnutzung und Braunkohlenversorgung ist etwas anderes. Die Entscheidung darüber, was hier zu machen ist, kann nicht Aufgabe eines einzelnen Mannes sein, sondern meines Erachtens Aufgabe des gesamten Wirtschaftsministeriums.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel.

Staatsminister Dr. Seidel: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß in der Frage Höltermann eine Lösung gefunden werden kann, ohne daß sich das hohe Haus weiter darum bemüht. Der Ausschuß hat sich nicht entschlossen, eine Verlängerung des Gesetzes zu beantragen, und ich bin darüber sehr froh, weil dieses Gesetz eine Reihe von Bevollmächtigungen ausspricht, die heute nicht mehr tragbar sind. Die Frage der Weiterbeschäftigung des Herrn Höltermann ist für uns in der Verwaltung nicht neu. Wir überlegen uns schon seit geraumer Zeit, wie wir einen entsprechenden Weg finden können. Ich persönlich bin der Auffassung, daß Herr Höltermann am besten in einen Beratungsvertrag mit dem Ministerium eintritt und entweder mir oder dem Staatssekretär unmittelbar unterstellt wird. Dadurch würde vermieden, daß eine Dienststelle, für die die gesetzliche und auch die etatrechtliche Grundlage fehlt, beibehalten wird.

(Krempf: Sehr gut!)

Es wäre das eine Lösung, die sowohl nach der sachlichen wie auch nach der persönlichen Seite hin tragbar wäre. Ich glaube, daß nach dieser Erklärung der hier gestellte Antrag überflüssig ist.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piehler.

Piehler (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe bereits betont, daß ich den Antrag auf Verlängerung des Gesetzes zurückgezogen habe. Der Ausschußbeschuß, der, wie ich betonen möchte, mit Mehrheit gefaßt wurde — und zwar sogar mit Zustimmung des Herrn Kollegen Stinglwagner —, lautet folgendermaßen:

Zustimmung zu folgendem neuen Antrag des Abgeordneten Piehler:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Bemühungen zur bestmöglichen Verwertung der bayerischen Braunkohle fortzusetzen und zu diesem Zwecke die Dienststelle des Staatsbeauftragten für die Brennstoffversorgung gemäß Gesetz Nr. 110 zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft bis 31. Dezember 1950 aufrechtzuerhalten.

Es ist also kein Beschluß gefaßt worden, durch den die Staatsregierung gezwungen werden soll, diese Stelle aufrechtzuerhalten, sondern das Wirtschaftsministerium wird ersucht, dies zu tun. Dieser Antrag, Herr Kollege Krempf, ist im Wirtschaftsausschuß mit Mehrheit angenommen worden.

Herr Staatsminister, es ist mir nicht um die Person des Herrn Höltermann gegangen. Es spielt keine Rolle, wer die Aufgabe übernimmt. Ich bin auch nicht daran schuld gewesen, daß Herr Höltermann an diese Stelle gekommen ist. Herr Höltermann hat sich aber eingehend mit der Sache beschäftigt und hat während der Zeit, in der er damit zu tun hatte, wirklich Großartiges geleistet. Sogar die Besitzer der Braunkohlenwerke — das weiß der Herr Wirtschaftsminister — haben sich einstimmig dafür eingesetzt, daß die Stelle weiter beibehalten wird. Es hat keinen Zweck, jetzt zu behaupten, die Braunkohle taue nichts; wir müßten das Problem wieder aufgeben. Wir haben das größte Interesse daran, zu untersuchen, ob mit den Rohstoffen, die in Bayern

vorhanden, nicht doch etwas zu machen ist. Es bedeutete den ersten Schritt, daß im Verein mit der Technischen Hochschule festgestellt worden ist, daß die bayerische Braunkohle mit den neuen Kessleinrichtungen in einer Umgegend von 100 bis 150 Kilometern verfeuert werden kann. Es ist festgestellt worden — die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen —, daß der Brennstoffverbrauch eines Werkes um 30 Prozent gesenkt und die Produktion um 30 Prozent gesteigert werden konnte. In einem anderen Fall hat der Besitzer eines Betriebes — der Betrieb befindet sich in der Nähe der Heimat des Abgeordneten Krempf, in Frohnberg, und ich habe Herrn Krempf schon ein paar mal ersucht, sich den Betrieb anzusehen — erklärt, daß jetzt 60 Prozent der Brennstoffkosten eingespart werden, nachdem die Braunkohle nach dem neuen Verfahren verfeuert wird.

(Krempf: Der steckt in Schulden.)

Man kann also nicht sagen, daß mit der Braunkohle nichts anzufangen sei. Ich kann wirklich nicht verstehen, warum Kollege Krempf, der sich sonst für die Oberpfalz so einsetzt, sich jetzt auf einmal wehrt, wo zum ersten Male ein Erfolg zu verzeichnen ist. Es scheint, daß es ihm nicht um die Sache, sondern um die Person des Herrn Höltermann geht. Wir können aber nicht an die Stelle eines Mannes, der zwei Jahre auf diesem Gebiete gearbeitet hat, einen anderen setzen, der davon nichts versteht. An diese Angelegenheit muß mit Liebe und mit Erfahrung herangegangen werden. Wenn wir das Vorhaben wirklich durchführen, könnte der Braunkohlenbergbau so gesteigert werden, daß im Laufe der Zeit bis zu 3000 Arbeiter beschäftigt werden können.

(Op den Orth: Sehr richtig!)

Wir haben alle das größte Interesse daran, daß diese Aufgabe durchgeführt wird. Es soll kein Gesetz beschlossen und es sollen auch keine Zwangsmaßnahmen getroffen werden, sondern es ist nur darum ersucht worden, die Stelle, die bis jetzt die Arbeit durchgeführt hat, noch bis zum 31. Dezember 1950 beizubehalten. Es ist um nichts weiteres gegangen.

II. Vizepräsident: Der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel hat das Wort.

Staatsminister Dr. Seidel: Hohes Haus! Die bayerische Staatsregierung weiß genau, daß die oberpfälzische Braunkohle einer Förderung bedarf. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt, die bei einer solchen Förderung auftreten, haben aber aus dem Ergebnis der Arbeit in den letzten zwei Jahren erkennen können, daß die Braunkohle in einem gewissen Umfang gefördert werden kann. Der Umbau von Kesselanlagen und der Versuch, einen Schwelprozeß auszuarbeiten, lassen eine weitere Verwendung der Braunkohle zu. Es sind noch eine Reihe von anderen Versuchen im Gange, die aussichtsreich zu sein scheinen. Es besteht keineswegs die Absicht, daß alle diese Maßnahmen in der Zukunft unterlassen werden sollen. Es ist auch durchaus möglich, daß Herr Höltermann, der sich auf diesem Gebiet eingearbeitet hat, mit genau begrenzten Aufgaben betraut wird. Ich bin bereit, dem hohen Haus die Zusicherung zu geben, daß dies geschieht, vorbehaltlich der Genehmigung des Ministerrats, kann aber nicht in meinem Haus eine Dienststelle unterhalten, für die weder eine

(Staatsminister Dr. Seidel)

gesetzliche noch eine etatrechtliche Grundlage besteht. Ich kann aber mit Herrn Höltermann einen Vertrag abschließen, der ihm seine Tätigkeit ermöglicht und uns und dem oberpfälzischen Braunkohlenbergbau seine Erfahrungen zur Verfügung stellt.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Auf Grund der uns vom Herrn Staatsminister für Wirtschaft gegebenen Aufklärungen scheint der Antrag, der als Ausschußbeschuß vorliegt, eigentlich doch der sachlichen Basis zu entbehren. Deshalb dürfte es zweckmäßig sein, den Antrag zurückzuziehen; er müßte andernfalls abgelehnt werden.

(Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner zur Geschäftsordnung.

Dr. Hoegner (SPD): Ich stelle den Gegenantrag, den Antrag zunächst an den Ausschuß zurückzuverweisen, namentlich im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Staatsministers für Wirtschaft.

(Dr. Hundhammer: Diesem Antrag kann auch unsererseits zugestimmt werden! — Bezoold Otto: Einverstanden! — Dr. Seidel: Ich hoffe dem Ausschuß sagen zu können, wie ich mir die Gestaltung des Antrags vorstelle!)

II. Vizepräsident: Es ist der Antrag gestellt worden, den Antrag an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen. — Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Förderung des Absatzes der einheimischen Aluminiumerzeugnisse (Beilage 3169).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pr ü s c h e n k ; ich erteile ihm das Wort.

Präsident (CSU) [Berichterstatter]: Der Ausschuß für Wirtschaft behandelte in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1949 den Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Förderung des Absatzes der einheimischen Aluminiumerzeugnisse. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Abgeordnete Wilhelm.

Der Berichterstatter führte aus, der Antrag spreche für sich selbst, nachdem der deutsche Holzbestand während der letzten zehn Jahre stark dezimiert worden sei. Der Einschlag habe während des Krieges 150 Prozent und seit 1945 sogar 270 Prozent des normalen Zuwachses betragen. Das augenblicklich vorhandene Überangebot auf dem Holzmarkt werde mit zunehmender Entfaltung der Bautätigkeit wieder einem Holz-mangel weichen; schon heute bestehe ein Mangel an starken Holzklassen. Andererseits habe sich in letzter Zeit ein gewisser Absatzmangel an Aluminium bemerkbar gemacht. Es sei daher für die Zukunft anzustreben, das Holz überall dort durch andere Stoffe zu ersetzen, wo dies möglich ist. Das Aluminium habe in dieser Beziehung besondere Vorzüge: Es roste nicht, sei leicht zu bearbeiten und infolge seines geringen spezifischen Gewichtes gerade für Dachstühle sehr geeignet. Im Hin-

blick darauf könnten eventuell entstehende höhere Kosten in Kauf genommen werden. Es sei zwar anzunehmen, daß die Staatsregierung selbst in diesem Sinne tätig werde, doch könne ein gewisser Anstoß seitens der Volksvertretung nicht schaden. Der Berichterstatter stellte dann den Zusatzantrag, daß bei öffentlichen Bauten überall dort holzfreie Dachkonstruktionen Verwendung finden sollen, wo dies technisch möglich sei.

Der Mitberichterstatter, Abgeordneter Wilhelm, sprach sich gleichfalls zugunsten des Antrags aus, wobei er besonders auf die Verwendungsfähigkeit von Aluminium für Tür- und Fensterstöcke hinwies. In diesem Zusammenhang komme auch dem Einspruch gegen die angeordnete Teildemontage des Töginger Aluminiumwerks besondere Bedeutung zu.

Abgeordneter Hauck gab zu bedenken, daß durch Verwendung von Aluminium für Bauzwecke nicht Schnittholz sondern solche Holzsorten eingespart würden, an denen kein Mangel bestehe.

Der Antragsteller Dr. Hoegner erklärte, es handle sich nicht darum, das Holz zu verdrängen, das beim Bauen nach wie vor unentbehrlich sein werde, sondern darum, in Anbetracht unserer gelichteten Wälder an Stelle des Holzes einen anderen Stoff dort zu verwenden, wo das Holz wirklich entbehrlich sei. Die Verwendung von Aluminium sei notwendig mit Rücksicht auf die Absatzkrise in der Aluminiumindustrie. Gerade im Hinblick auf die zu befürchtende Möglichkeit der teilweisen Demontage des Töginger Aluminiumwerkes sei es zweckmäßig, der dortigen Arbeiterschaft zu helfen, über die Krise leichter hinwegzukommen, indem man für Verwendung von Aluminium auf dem Bausektor sowie bei der Bundesbahn und im Bergbau eintrete.

Abgeordneter Bodesheim wies darauf hin, daß Aluminium keineswegs ein minderwertiger Ersatzstoff, sondern in vielen Fällen ein noch besseres Material als Holz sei.

Der Regierungsvertreter, Ministerialrat Dr. Drechsel, begrüßte namens der Staatsregierung den gestellten Antrag, der sich mit den inzwischen bereits eingeleiteten Maßnahmen decke. Es sei eine Aluminiumberatungsstelle in Düsseldorf und eine Zweigstelle in Stuttgart geschaffen worden, die die Aufgaben haben, den Aluminiumumsatz zu steigern. Bei der nächsten Münchner Messe solle ein Aluminiumhaus errichtet werden, um alle Gegenstände auszustellen, die aus Aluminium hergestellt werden können. Durch die Verwendung von Aluminium zu allen möglichen Zwecken könne viel dazu beigetragen werden, den deutschen Waldbestand zu schonen.

Abgeordneter Hirschenaue r wies darauf hin, daß Aluminium zwar für das Handwerk sehr brauchbar, aber zu teuer sei.

Abgeordneter Hagen Lorenz gab zu erwägen, ob man mit dem vorgeschlagenen Schritt nicht gleichzeitig die Forderung auf Erhöhung der zur Zeit von der Besatzungsmacht zugebilligten Höchstquote der Aluminiumerzeugung verbinden wolle.

Der Antrag wurde unter Einfügung der Worte „sowie bei öffentlichen Bauten“ nach dem Wort „Bergbau“ vom Ausschuß einstimmig angenommen. Ich empfehle dem hohen Haus die Annahme dieses Antrags auf Beilage 2967 mit der auf Beilage 3169 vorgeschlagenen Änderung.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Nachdem der Antrag im Ausschuß einstimmige Annahme gefunden hat, nehme ich an, daß das Haus dem zustimmt. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Hoegner, Zietzsch und Genossen betreffend vollständige Befreiung der Sozialrentner von der Leistung der Baunotabgabe; Dr. Hoegner und Genossen betreffend Wegfall der Baunotabgabe für Sozialrentner, die eine Werkrente beziehen, und Dr. Hille betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Befreiung von der Entrichtung der Baunotabgabe für Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 DM (Beilage 3164).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. W i n t l e r; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat in seiner 128. Sitzung vom 6. Dezember die drei Anträge der Abgeordneten Dr. Hoegner, Zietzsch und Genossen und Dr. Hille behandelt. Die Anträge Dr. Hoegner und Genossen liegen Ihnen in den Beilagen 3017 und 2970, der Antrag des Abgeordneten Dr. Hille in der Beilage 2828 vor.

Staatssekretär Dr. G r i e s e r vom Arbeitsministerium gab eine eingehende Definition der Sozialrenten, worunter in der Hauptsache die gesetzlichen Renten der Invalidenversicherung, die Renten der Knappschaftsversicherung sowie die Renten der Angestelltenversicherung zu verstehen sind.

Nach einer langen Debatte, in der das Für und Wider des Antrags eingehend erörtert wurde, wurde der Antrag Dr. Hoegner, Zietzsch und Genossen auf Beilage 3017 einstimmig angenommen.

Angenommen wurde auch der zweite Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Wegfall der Baunotabgabe für Sozialrentner, die eine zusätzliche Werkrente beziehen. Auch hier gab Staatssekretär Dr. G r i e s e r vom Arbeitsministerium eine eingehende Definition des Ausdrucks „Werkrente“.

Ministerialdirigent Dr. R o e d e r e r vom Finanzministerium wandte sich entschieden gegen die Annahme des Antrags.

Nach einer eingehenden Debatte wurde auch dieser Antrag des Abgeordneten Dr. Hoegner einstimmig in folgender Fassung angenommen:

Der Antrag Dr. Hoegner auf Beilage 2970 wird angenommen mit der Maßgabe, daß das Wort „widerrüßliche“ gestrichen wird.

Beim Antrag des Abgeordneten Dr. Hille betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Befreiung von der Baunotabgabe für Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 DM (Beilagen 2828, 2924) teilte der V o r s i z e n d e, Kollege Zietzsch, mit, daß dieser Antrag vom Kollegen Dr. Hille für den Fall zurückgezogen werde, daß der seinerzeit gestellte Antrag des Kollegen Dr. Hoegner,

Die Staatsregierung wird ersucht, in berücksichtigenswerten Fällen, vor allem bei den niederen

Einkommen, auf die Einhebung der Baunotabgabe, besonders für die Zeit vom 1. April bis 30. Juli 1949 zu verzichten,

angenommen wird. Dieser Antrag wurde nach einer langen Debatte, welche zwischen den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und dem Herrn Ministerialdirigenten Dr. Roederer sowie dem Oberregierungsrat Krusch vom Finanzministerium geführt wurde, in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, in berücksichtigenswerten Fällen, vor allem bei den niederen Einkommen, auf Antrag auf die Einhebung der Baunotabgabe, besonders für die Zeit vom 1. April bis 30. Juli 1949 zu verzichten.

Sie haben es also hier mit drei Anträgen zu tun, welche einstimmig angenommen wurden. Ich bitte das hohe Haus, diesen Anträgen beizutreten.

(Bravo!)

II. Vizepräsident: Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Sie finden den Antrag auf Beilage 3164. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die den Anträgen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Es ist so beschlossen.

(Donsberger: Damit ist der Antrag Dr. Hille gegenstandslos! — Zietzsch: Der Antrag ist zurückgezogen! Das ist bereits erklärt worden!)

Es liegt in der gleichen Sache ein Beschluß des Haushaltsausschusses vor mit folgendem Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, in den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Erhebung einer Baunotabgabe eine klare Definition des Begriffes der Sozialrenten niederzulegen, wobei zum Ausdruck zu bringen ist, daß auf freiwilliger Basis oder auf Verträgen beruhende sogenannte Werkrenten dabei außer Betracht zu bleiben haben.

Das ist ein Gesuch, das an die Regierung gerichtet ist. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Herr Staatssekretär Dr. M ü l l e r hat das Wort.

Staatssekretär Dr. Müller: Meine Damen und Herren! Ich möchte davon Abstand nehmen, das zu wiederholen, was das Finanzministerium im Haushaltsausschuß ausführte und vor allem, was ich dort gestern gesagt habe. Wir haben große Bedenken dagegen, daß die Baunotabgabe, die doch eine Mieterhöhung darstellen soll, langsam durchlöchert wird und so im Ertrag zurückgeht. Wir haben auf die Baunotabgabe eine Vorfinanzierung über 45 Millionen DM gemacht; für diese 45 Millionen DM wurden 10 000 Wohnungen errichtet. Ich meine, das ist eine verhältnismäßig sehr hohe Zahl an Wohnungen, die wir niemals hätten fertigstellen können, wenn wir die Baunotabgabe nicht gehabt hätten.

(Wimmer: Über nur Spitzenfinanzierung!)

Diese 10 000 Wohnungen sind aber doch tatsächlich gebaut worden. Wir sind das einzige Land, das auf diesem Gebiet derartige Leistungen vollbracht hat.

Bezüglich der Formulierung des Begriffes „Sozialrenten“ hatte ich mir gedacht, in den Durchführungsbestimmungen etwa folgende Definition zu geben:

(Staatssekretär Dr. Müller)

Als Sozialrenten im Sinne des § 1 Buchstabe c gelten Renten aus Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und Knappschaftsversicherung, ferner Renten nach dem Körperbeschädigtenleistungsgesetz und nach dem Gesetz über Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, sowie die Unterhaltsbeihilfe nach dem Soforthilfegesetz.

Bezüglich des anderen Punkts, der Werkrenten, wollen wir die Definition etwa folgendermaßen geben:

Als **Werkrenten** sind Zuwendungen anzusehen, die von einem früheren Arbeitgeber oder einer Betriebskasse oder einem Betriebsfonds geleistet werden und die lediglich einen bescheidenen Zuschuß zu der sonst noch bezogenen Sozialrente darstellen. Nicht zu den Werkrenten gehören Bezüge, die auf Grund eines besonderen Vertrags mit dem Arbeitnehmer als Pensionsleistungen gewährt werden.

Wir würden dann diese Definitionen noch im einzelnen an Hand von Beispielen erläutern, damit die Praxis mit der Bearbeitung der Sache fertig wird; denn es handelt sich hier um außerordentlich schwierige technische Arbeiten der Finanzämter.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Die Durchführungsbestimmungen, wie sie eben vorgetragen worden sind, entsprechen dem, was gestern im Haushaltsausschuß beschlossen wurde und womit sich der Haushaltsausschuß einverstanden erklärte.

II. Vizepräsident: Sollen wir nun über diesen Vorschlag des Ausschusses abstimmen?

(Zurufe: Nein! — Staatssekretär Dr. Müller: Die Definitionen kommen in die Ausführungsbestimmungen. — Zurufe von der CSU und des Abgeordneten Bezold Otto: Wir haben es zur Kenntnis genommen.)

Wir kommen nun zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung von Kraftfahrzeugzuweisungen (Beilage 3181).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]: Ich habe die angenehme Aufgabe, nur noch über die letzte Sitzung, die am 12. Dezember dieses Jahres stattgefunden hat, zu berichten. Die früheren Berichte sind ja bereits gegeben worden.

(Bezold Otto: Hoffentlich kriegen wir Weihnachtsgratifikationen! — Zetsch: Die wären nötig für den Unterausschuß.)

— Die Abgeordneten fallen da bekanntlich durch; sie haben nur für andere zu sorgen.

Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter war Kollege Scheff.

Auf Antrag des Mitberichterstatters wurde § 1 in der Fassung der Beschlüsse der 18. Sitzung des Unterausschusses angenommen, dem § 2 wurde gegen eine Stimme zugestimmt.

Der Berichterstatter erläuterte dann den Inhalt des § 3. Ministerialrat Dr. Freudling erklärte, die Vorschrift sei nach § 989 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gestaltet, wobei der Fall des Verzugs entsprechend den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Rechtsverhältnis zwischen Besitzer und Eigentümer nicht besonders geregelt sei.

Abgeordneter Stoll glaubte, daß in der Praxis kolossale Komplikationen beim Vollzug des Gesetzes entstehen würden, vor allem da rechtskräftige Entscheidungen auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen anerkannt würden, auch wenn sie noch so schwere Härten mit sich brächten. Dadurch werde zweierlei Recht geschaffen.

Regierungsrat Dr. Lütke war der Meinung, daß nur in wenigen Fällen rechtskräftige Entscheidungen vorliegen würden. Die meisten Verfahren schwebten in der zweiten Instanz. Das Gesetz sei also von großem Wert, da es für 90 Prozent aller Fälle noch rechtzeitig komme.

Der Berichterstatter hielt es nicht für angängig, in rechtskräftig abgeschlossene Verfahren einzugreifen. Das Gesetz enthalte wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand. Die Rechtsfrage, ob der Staat gegen den Landrat einen Regreßanspruch habe, sei durch dieses Gesetz allerdings nicht endgültig gelöst. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ein solcher Regreß genommen würde, falls den Landrat ein Verschulden treffe.

Abgeordneter Dr. Hille bestritt nicht, daß der letzte Entwurf gegenüber dem ersten einen wesentlichen Fortschritt bedeute, weil erstens die Ersatzpflicht des Staates festgesetzt sei und zweitens die Ansprüche des damaligen Leistungspflichtigen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt würden. Die rechtskräftig festgestellten Rechtsverhältnisse müßten irgendwie in das Gesetz eingebaut werden.

Abgeordneter Stoll verlangte die Schaffung einer Möglichkeit, auch die ergangenen Urteile revidieren zu können, denn diese Urteile würden das Unrecht sanktionieren. Sie seien rein politische Urteile. Der Vorsitzende führte diese Urteile zum großen Teil darauf zurück, daß allein nach dem Buchstaben des Gesetzes und nach Verhältnissen entschieden worden sei, die in den Jahren 1945/46 nicht gegeben waren.

Abgeordneter Piehl betonte, daß auf die damaligen turbulenten Verhältnisse angesichts der Abhängigkeit der Landräte von der Militärregierung nicht der Maßstab von heute angelegt werden dürfe. Der Vorsitzende schlug dann vor, auf die Frage der rechtskräftigen Urteile am Schluß der Beratung zurückzukommen und in der Zwischenzeit weiterzufahren.

§ 4 wurde angenommen.

Zu § 5 stellte Abgeordneter Dr. Hille die Frage, von welchem Zeitpunkt an die in Absatz 4 festgelegte Sechsmonatsfrist zu laufen beginne.

Ministerialrat Dr. Freudling erklärte, die Bestimmung sei nach dem Zwangsenteignungsgesetz gestaltet. Die Rechtsprechung habe schon längst entschieden, von welchem Zeitpunkt an die Frist laufe. Regierungsrat Dr. Lütke beantwortete die Frage durch den Zwischenruf: „Von der Entscheidung an“.

(Dr. Hoegner [SPD])

Der Mitberichterstatter beantragte, in § 5 die Worte „innerhalb von drei Monaten seit Zustellung der Entscheidung“ einzufügen.

§ 5 wurde dann mit der Maßgabe angenommen, daß in Absatz 3 die Verweisung „VGG.“ durch die Worte „des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit“ ersetzt wurde und in Absatz 4 die Worte „innerhalb von sechs Monaten offen“ durch die Worte „innerhalb von drei Monaten seit Zustellung der Entscheidung offen“ ersetzt wurden.

§ 6 wurde in der Fassung des Entwurfs bei einigen Stimmenthaltungen angenommen, ebenso § 7.

Als § 8 beantragte der Mitberichterstatter, folgende Bestimmung aufzunehmen:

Wird in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten die Frage der Rechtswirksamkeit der Inanspruchnahme streitig, so ist das Verfahren bis zur Entscheidung dieser Frage durch die Verwaltungsgerichte auszusetzen.

Regierungsrat Dr. Lüttjes machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, die entstehe, wenn die in § 1 festgesetzte Frist abgelaufen sei, ohne daß Antrag auf Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Inanspruchnahme des Kraftfahrzeugs gestellt worden sei.

Der Mitberichterstatter glaubte, daß nach Fristablauf eben eine Entscheidung des Zivilgerichts nicht mehr erfolgen könne, weil die Vorfrage der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts ebenfalls nicht mehr zur Entscheidung gebracht werden könne, von ihr aber die Entscheidung des Zivilgerichts abhängen würde.

Es wurde folgende neue Fassung des § 8 beschlossen:

Wird in einem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten die Frage der Rechtswirksamkeit streitig, so ist das Verfahren bis zur Entscheidung dieser Frage durch die Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichte auszusetzen.

Ich würde gleich vorschlagen zu sagen: „die Frage der Rechtswirksamkeit der Inanspruchnahme“, also die Worte „der Inanspruchnahme“ einzufügen, damit hier keine Zweifel entstehen.

§ 9, der bisherige § 8, wurde unverändert angenommen.

Regierungsrat Dr. Lüttjes schlug zu § 3 die Anfügung folgenden neuen Absatzes vor:

Hat der Leistungsempfänger über das zugewiesene Kraftfahrzeug unentgeltlich verfügt, so gehen im Falle der Aufhebung der Inanspruchnahme die Rechte und Pflichten des Empfängers auf denjenigen über, welcher auf Grund der unentgeltlichen Verfügung unmittelbar einen rechtlichen Vorteil erlangt hat.

Dieser Vorschlag wurde ohne Erinnerung angenommen.

Ministerialrat Dr. Freudling machte darauf aufmerksam, daß nach dem Besatzungsstatut Gesetze erst 21 Tage nach der Vorlage an die Landeskommis-sare in Kraft treten könnten.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß nach der Verfassung in den Gesetzen ein bestimmter Tag des Inkrafttretens festgesetzt werden müsse.

Abgeordneter Stöck ersuchte dann, noch den Fall der rechtskräftig entschiedenen Rechtsverhältnisse zu regeln.

Abgeordneter Dr. Lacherbauer meinte, daß man unter Umständen für diese Fälle ein Wiederaufnahmeverfahren vorsehen könne, in welchem dann nach den Vorschriften des vorliegenden Gesetzes entschieden werde. Man könnte das Problem aber auch dadurch lösen, daß man die Haftung des Staates in derartigen Fällen besonders regle.

Der Berichterstatter schlug vor, folgende Übergangsbestimmung in das Gesetz aufzunehmen:

In den Fällen, in denen eine rechtskräftige gerichtliche Sachentscheidung vorliegt, ist nachzuprüfen, inwieweit hilfsweise der bayerische Staat nach § 3 dieses Gesetzes einzutreten hat.

Ministerialrat Dr. Freudling bat, von der Aufnahme dieser Bestimmung abzusehen. Er wandte ein, daß der Staat nur für schuldhaft fehlerhafte Verwaltungsakte eines Beamten hafte.

Es wurde zu § 6 folgender Abs. 3 beschlossen:

Etwaige Haftungsansprüche gegen den bayerischen Staat oder öffentliche Körperschaften sind auf Antrag eines der Beteiligten in diesem Verfahren möglichst mitzuregeln.

Ich würde — um das gleich vorwegzunehmen — vorschlagen, hierfür vielleicht folgende Fassung zu wählen:

Etwaige Schadensersatzansprüche gegen den bayerischen Staat oder Körperschaften des öffentlichen Rechts sind auf Antrag eines der Beteiligten in diesem Verfahren möglichst mitzuregeln.

Der Berichterstatter schlug ferner folgende weitere neue Bestimmung vor:

In den Fällen, in denen eine rechtskräftige gerichtliche Sachentscheidung vorliegt, ist nachzuprüfen, inwieweit der bayerische Staat nach § 3 dieses Gesetzes einzutreten hat.

Ministerialrat Dr. Böhm schlug vor, das Gesetz so zu erlassen, wie es vorliege, und nachträglich zu prüfen, inwieweit Härten auf Grund rechtskräftiger Urteile ausgeglichen werden könnten.

Der Mitberichterstatter machte den Vorschlag, für den Fall des Vorliegens rechtskräftiger Urteile eine erweiterte Haftung des Staates zu schaffen.

Der Berichterstatter stellte schließlich folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, in jenen Fällen, in denen bereits eine rechtskräftige Sachentscheidung vorliegt, die den Grundätzen des Gesetzes über die Vereinigung von Kraftfahrzeugzuweisungen widerspricht, aus Billigkeitsgründen Entschädigung zu gewähren.

Dieser Antrag des Berichterstatters wurde bei einer Stimmenthaltung angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz in der sich auf Grund der Beratung und der Einzelbeschlussfassungen ergebenden Fassung bei einigen Stimmenthaltungen gegen 1 Stimme angenommen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Bericht-
erstatter.

Wird gewünscht, daß wir heute noch in die Aus-
sprache eintreten?

(Zietsch: Das wird sich nicht empfehlen, Herr
Präsident! — Bezold Otto: Wieso?)

— Das ist nicht der Fall.

Von der Tagesordnung für Dienstag, den 13. De-
zember, ist noch ein Punkt unerledigt geblieben:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staats-
haushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Wink-
ler und Genossen und Piehler und Genossen be-
treffend Übernahme einer Staatsbürgschaft für
einen Überbrückungskredit an den bayerischen
Flußpatbergbau (Beilage 3165).**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Winkler;
ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Da-
men und Herren dieses hohen Hauses! Der Ausschuß
für den Staatshaushalt hat in seiner 129. Sitzung vom
7. Dezember den Antrag Dr. Winkler und Fraktion und
Piehler und Fraktion beraten.

Ich darf dazu als B e r i c h t e r s t a t t e r ausführen,
daß der oberpfälzische Flußpatbergbau in Not geraten
ist. Es scheint sich aber nur um eine Not von vorüber-
gehender Dauer zu handeln. Der Antrag bezweckt die
Übernahme der Bürgschaft für einen Überbrückungs-
kredit in Höhe von 1 Million DM durch den bayerischen
Staat.

Die Flußpatvorkommen in Amerika sind nahezu er-
schöpft. Nur mehr in Bayern, Spanien und Mexiko ist
Flußpat vorhanden. Zur Zeit schweben — um Ihnen
nur ein Beispiel für die Bedeutung des Flußpats zu
nennen — Verhandlungen mit Amerika über ein
Kompensationsgeschäft in Rohbaumwolle gegen Fluß-
pat in Höhe von 4 Millionen DM. Der Flußpat wird
in der Stahlindustrie, in der keramischen Industrie und
zur Herstellung von Flußsäure verwendet.

Der Ausschuß hat demzufolge folgendem Antrag
einnützig zugestimmt:

Die Staatsregierung wird ersucht, eine kurz-
fristige Staatsbürgschaft in Höhe von 1 Million
DM für einen Überbrückungskredit an den bayeri-
schen Flußpatbergbau zu übernehmen.

Es steht die Existenz von tausend Bergleuten der Ober-
pfalz auf dem Spiel. Ich bitte das hohe Haus, sich
diesem Antrag anzuschließen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Bericht-
erstatter. Das Wort wird nicht gewünscht.

Nachdem der Antrag schon im Ausschuß einstimmig
angenommen worden ist, stelle ich auch hier die Zu-
stimmung des Hauses fest.

Von der Tagesordnung für Mittwoch, den 14. De-
zember, ist noch unerledigt:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Woh-
nungs- und Siedlungsbau zur Eingabe des Beye-
rischen Bauernverbandes in München betreffend
Aufhebung der Verfügungsbeschränkung für Werk-
wohnungen (Beilage 3167).**

Berichterstatter ist Abgeordneter K r e m p l; ich
erteile ihm das Wort.

Krempf (CSU) [Berichterstatter]: Meine
sehr verehrten Damen und Herren, hohes Haus! Die
Beilage 3167 bezieht sich auf eine Eingabe des Bauern-
verbandes, in der gewünscht wird, daß in den Bauern-
häusern Wohnraum freigemacht wird, den man als
Werkwohnung für Dienstknechte und Dienstmägde
notwendig braucht. Nach einer langen Aussprache kam
im Ausschuß folgender Beschluß zustande:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, zweckgebun-
denen Wohnraum, insbesondere in der Landwirt-
schaft und in der Industrie sowie in Gebäuden der
gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen, wenn
sie bestimmungswidrig belegt sind, im Bedarfs-
falle freizumachen.

Die Eingabe des Bayerischen Bauernverbandes
weist darauf hin, daß es trotz zahlreicher Eingaben und
Beschwerden an alle dafür zuständigen Dienststellen
und Behörden bis heute nicht gelungen sei, in obiger
Angelegenheit eine auch nur annähernd befriedigende
Lösung zu erwirken. Es bestehe immer noch der für die
Landwirtschaft weiterhin untragbare Zustand, daß Per-
sonen, überwiegend Flüchtlinge, in landwirtschaftliche
Anwesen zwangsweise zum Wohnen eingewiesen wür-
den. Dabei werde die Voraussetzung zugrunde gelegt,
daß die dafür geeigneten Personen in diesen landwirt-
schaftlichen Betrieben als landwirtschaftliche Arbeits-
kräfte tätig werden. Diese Voraussetzung werde dann
einige Zeit eingehalten; bei gegebener Gelegenheit wür-
den diese Kräfte in andere Berufe, überwiegend
in die Industrie, abwandern, wenn sie es nicht — was
sehr häufig geschieht — vorziehen, jeder Tätigkeit zu
entfagen und überhaupt nicht mehr zu arbeiten, sondern
von Unterstützungen und freiem Handel ihren Lebens-
unterhalt zu bestreiten. Das bleibe nun an sich nach dem
demokratischen Grundsatz der persönlichen Freiheit des
Individuums zwar ihrem Ermessen anheimgestellt;
schwer belastend und unerträglich werde dieser Zu-
stand für die Landwirtschaft aber dadurch, daß es so
gut wie keine gesetzliche Möglichkeit gebe, diese Leute
zur Wiederfreimachung der von ihnen belegten Räume
zu zwingen, die als Werkwohnungen zur Unterbringung
geeigneter und dringend notwendiger Arbeitskräfte er-
forderlich sind, nachdem die Eingewiesenen sich weigern,
als Hilfsarbeiter im Betrieb zu arbeiten. — Diese Aus-
führungen stellen die Begründung des Antrags insbe-
sondere bezüglich der Landwirtschaft dar.

Der B e r i c h t e r s t a t t e r wies in der Ausschüß-
sitzung auf diese Ausführungen hin.

Ich muß erwähnen, daß bei der gesamten Aus-
sprache alle Ausschußmitglieder einmütig der Meinung
waren, es müßte insbesondere zugunsten der Bauern
auf diesem Gebiet etwas getan werden.

Ein A u s s c h u ß m i t g l i e d berichtete, daß sich
beispielsweise ein Mann als Knecht einem Bauern an-
geboten habe, aber mit der Arbeit aufhörte, als die
Soforthilfe kam und er Sozialunterstützung erhielt.

(Zuruf: Ist das Berichterstatter?)

— Darauf wurde in der Ausschüßsitzung hingewiesen.
Auch Regierungsdirektor Dr. Fellner
sprach der Eingabe eine Berechtigung zu und so kam
schließlich der von mir vorhin verlesene Antrag zu-
stande.

(Zurufe und Unruhe.)

(Krempf (CSU))

— Ich habe ja erklärt, daß ich kurz berichten will, weil noch viele Dinge zu behandeln sind. Demjenigen, der von den ländlichen Wohnungsverhältnissen etwas versteht, brauche ich den Antrag nicht weiter zu begründen.

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich an das Protokoll zu halten, nicht aber zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Krempf (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren, nun heißt es immer, man soll sich nicht an das Protokoll halten, sondern aus dem Gedächtnis und kurz referieren; ich habe jetzt ganz kurz referiert und habe es auch nicht recht gemacht.

Ich bitte, dem Antrag des Ausschusses zuzustimmen.
(Bravorufe. — Beifall.)

II. Vizepräsident: Der Berichterstatter soll nicht zu einem Antrag Stellung nehmen, sondern auf Grund des Protokolls berichten.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Roiger**.

Roiger (SPD): Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf das Kontrollratsgesetz Nr. 18, auf das Flüchtlingsgesetz und auf das Mieterschutzgesetz ist die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei der Meinung, daß der Antrag in der vorliegenden Form nicht marschierfähig ist und zur nochmaligen gründlichen Beratung an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen werden soll.

Ich stelle einen diesbezüglichen Antrag.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Bickleder**.

Bickleder (CSU): Sehr geehrte Frauen und Herren! Der Antrag hat im großen und ganzen gesehen seine volle Berechtigung. Es ist ein großer Mißstand, daß es heute in vielen Fällen nicht möglich ist, aus den Wohnungen wieder jene Leute herauszubringen, die bei Bauern in Wohnungen eingewiesen oder dort als landwirtschaftliche Arbeiter eingestanden sind und Werkwohnungen bezogen haben. Ich darf aber darauf hinweisen, daß ein gewisser Prozentsatz von Bauern und Landwirten nicht ganz unschuldig an dieser Lage ist. Mir sind Fälle bekannt, in denen ein einziger Bauer gegen den Willen des Wohnungsamts selbst nach und nach 100 bis 150 Personen aus den Lagern heraus eingestellt hat. Nun sollen die Wohnungsämter die Leute anderweitig unterbringen. In einem Landkreis, der zu 70, 80 und mehr Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung aufweist, gibt es nur die eine Möglichkeit, eine Wohnung freizumachen, daß man die Leute dem einen Bauern wegnimmt und sie einem anderen Bauern zuweist, der sich bisher selbst beholfen hat und ohne dauernde Neuzuzüge ausgekommen ist.

Es besteht ja noch eine andere Möglichkeit, eine Wohnung freizubekommen, nämlich der Weg über die Gerichte.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Sie wissen, daß das Wohnungsamt heute zwar Wohnungen beschlagnahmen kann —

(Zietzsch: Zur Sache! Wir müssen doch zuerst über den Antrag zur Geschäftsordnung sprechen.)

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, es ist der Antrag gestellt, die Sache an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen. Ich würde sie bitten, hierzu Stellung zu nehmen.

Bickleder (CSU): Dann hätte man mir das Wort nicht geben dürfen.

II. Vizepräsident: Ich habe angenommen, Sie wollten als Vertreter Ihrer Fraktion zu dem Geschäftsordnungsantrag sprechen.

Bickleder (CSU): Gut, dann brechen wir die Angelegenheit über diesen Punkt ab und sprechen ein anderes Mal darüber.

II. Vizepräsident: Es ist der Antrag gestellt, diese Angelegenheit an den zuständigen Ausschuß zur nochmaligen Behandlung zurückzuverweisen.

(Krempf: Herr Präsident, ich bin gegen diesen Antrag, denn die Eingabe ist sehr begründet; es liegt ein Notstand vor, dem abgeholfen werden soll!)

— Die Antragsteller lehnen nicht die Begründung ab, sondern beantragen Zurückverweisung.

(Kraus: Zur Geschäftsordnung!)

— Der Herr Abgeordnete **Kraus** spricht zur Geschäftsordnung.

Kraus (CSU): Hohes Haus! Man kann nicht einfach hier im Parlament über ein Gesetz der Militärregierung abstimmen! Das Wohnungsproblem hängt mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 zusammen.

Ich bitte, dem Antrag des Herrn Abgeordneten Roiger Folge zu leisten und die Angelegenheit noch einmal an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen, damit man sie mit der Militärregierung endgültig klären kann.

II. Vizepräsident: Nachdem nun der Herr Abgeordnete Kraus als Wortführer der CSU-Fraktion die Zustimmung zur Zurückverweisung des Antrags auf Beilage 3167 an den Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau gegeben hat, darf ich die Zustimmung des ganzen Hauses hierzu feststellen.

Wahrscheinlich wird das auch für den Antrag auf Beilage 3170, Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Michel und Genossen, betreffend Werkwohnungen für landwirtschaftliche Hilfskräfte, zutreffen, der sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt.

(Zietzsch: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Abgeordneter **Zietzsch**, bitte!

Zietzsch (SPD): Auch der Antrag auf Beilage 3170 hängt mit dieser Materie zusammen, deswegen wird hier gleichfalls beantragt, die Sache zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß zurückzuverweisen.

II. Vizepräsident: Aus dem Hause erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich habe noch folgende Mitteilung zu machen: Beim Präsidium ist eine Interpellation der Abgeordneten Stöck und Fraktion und Bezold Otto und Fraktion eingegangen. Ich habe Auftrag gegeben, diese Interpellation auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu nehmen.

(II. Vizepräsident)

Heute abend um 1/28 Uhr ist im Restaurationsraum eine Zusammenkunft. Morgen um 1/29 Uhr findet eine Sitzung des Ältestenrates statt. Ich ersuche die Mitglieder, pünktlich zu erscheinen, damit wir um 9 Uhr mit der Beratung der Tagesordnung beginnen können.

(Stoß: Zur Geschäftsordnung!)

— Herr Abgeordneter Stoß, bitte!

Stoß (SPD): Um 9 Uhr soll der Haushaltsausschuß zusammentreten, der auch eine halbe Stunde für seine Beratung braucht, so daß das Plenum erst um 1/210 Uhr zusammentreten kann.

(Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung!)

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Hundhammer (CSU): Angesichts der dringenden Fragen wie Kraftfahrzeugbereinigungsgesetz usw. scheint es mir nicht zweckmäßig zu sein, den Beginn der morgigen Sitzung zu verschieben.

(Stoß: Herr Präsident!)

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Stoß!

Stoß (SPD): Dann bitte ich, daß der Haushaltsausschuß jetzt zusammentritt. Er muß zusammentreten wegen der Genehmigung der Zuschüsse an die Provinz-

theater, weil diese Angelegenheit morgen im Plenum behandelt werden soll.

(Bezold Otto: Bis 1/28 Uhr ist ja Zeit.)

II. Vizepräsident: Es ist unbedingt notwendig, daß das Plenum um 9 Uhr beginnt, wenn wir morgen fertig werden wollen. Wir sind in der Zeit gebunden. Ich schlage deshalb vor, daß jetzt anschließend der Haushaltsausschuß tagt.

Herr Abgeordneter Stoß, bitte!

Stoß (SPD): Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses ist nicht da; ich kann darüber nicht bestimmen.

(Bezold: Der Ältestenrat kann doch zusammentreten!)

— Vielleicht kann der Haushaltsausschuß und das Plenum tagen. Lassen wir jetzt den Ältestenrat zusammentreten!

II. Vizepräsident: Dann tagt der Ältestenrat jetzt anschließend an die Sitzung und der Haushaltsausschuß morgen von 1/29 bis 9 Uhr.

(Stoß: Einverstanden!)

Es ist so beschlossen.

(Stoß: Also Plenum um 9 Uhr!)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 11 Minuten.)

